

# DISKUS

## FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER  
 VEREINIGUNG VON  
 FREUNDEN U. FÖRDERERN  
 DER JOHANN WOLFGANG  
 GOETHE - UNIVERSITÄT  
 FRANKFURT AM MAIN E. V.

4. Jahrgang — Heft 8 Preis 10 Pfg. Oktober 1954 Verlagsort Frankfurt a. M.

### Eine notwendige Aufgabe

Europa und Galgenhumor: irgendwie gehört das zueinander. Nicht, als habe auf den Raub der Europa der Galgen gestanden — Dürer hätte bestimmt nicht vergessen, ihn im Bilde anzubringen, jedoch fehlt in der griechischen Mythologie jeglicher Hinweis auf ein Strafverfahren gegen Zeus. Aber wir, angesichts der langjährigen fast fruchtlosen Werbung um die Spröde, sind versucht, uns am Halse zu kratzen, wenn wir sehen, daß alles, was nach so vielen Hoffnungen uns erwartet, achtzehn Monate Dienst sein sollen; und wenn es auch Dienst an der europäischen Gemeinschaft wäre. Viele sind kaum mehr humoristisch aufgelegt, sondern gähnen, wenn sie den Namen des Kontinents noch einmal als politisches Programm hören. Das hoffnungsgrüne „E“ tragen nicht mehr viele am Revers, es sind andere Symbole speziellerer Interessenbindung häufiger zu sehen. Ob aber Langweile oder Galgenhumor, beides sind doch nur Varianten einer großen inneren Enttäuschung nach der Bekanntgabe der Londoner Beschlüsse über die Militärpolitik des Kontinents.

Dieses Gefühl nun macht die Runde und sitzt bei uns mit einer Selbstverständlichkeit, die der Dummheit und der Dreistheit nicht entbehrt. Vielleicht haben es einige Nationen schon früher gehabt, andere nicht. Es ist der Augenblick der verlorenen Illusionen, da man erkennt, wozu diese Idee so nachdrücklich gepredigt wird. Anfangs glaubte man, nur sie könne europäische Bruderkriege künftig verhindern. Dann kam das Europa der Fachkommissionen und der Bemühungen um Zahlungs-, Zoll-, Visa- und Handelskonventionen. Die Integration wurde wirtschaftlich interessant. Benelux formierte sich, um eine günstigere Position zu gewinnen, während wir die Politik der Vorleistungen begannen mit der stillen Hoffnung auf spätere Haben-Saldi. Jetzt ist wieder die militärische Rechnung aufgemacht, nicht vom Brudermord, sondern von der Verteidigung gegen den Osten ist die Rede. Verteidigt würde Europa; wieviel von Westdeutschland, würde westlich von Deutschland entschieden. Dabei hat es bisher den Anschein, als versuche ein Staatsmann den anderen zu majorisieren. Bei solchen mehr oder minder offeneren und erfolgreichen Versuchen muß das Mißtrauen gegen die Dame Europa mit den vielen unaufrichtigen Verehrern wachsen. Was soll mit ihr werden? Soll sie weiterhin Kommissionsware sein?

Jedoch hört man, daß es neben dem Kommissions- und KommissiEuropa noch ein anderes gebe — das geistige. Es lebt unter verschiedenen Farben — schwarz und rot vorzugsweise und in diesen Farben auch zweifellos am imponierendsten verwirklicht, wenn man an Namen wie Claudel, Mounier, Sartre oder Huxley erinnert. Das Kulturreport-Europa ist vielleicht offiziell sehr viel mehr im Schwange, aber nicht sonderlich real, und schon gar nicht ein Gegenstand glühenden Interesses. Oder — um eine kurze Probe zu machen: Wen interessierten denn schon die Paragraphen des Brüsseler Paktes mit den Bestimmungen über die kulturelle und soziale Integration? Welche Zeitung hat sich der Mühe unterzogen, hieraus ein Fundament für Europa zu bauen? Und wenn auch, wieviel Leser wären bei dieser Lektüre hoffnungsfreudiger und glücklicher geworden?

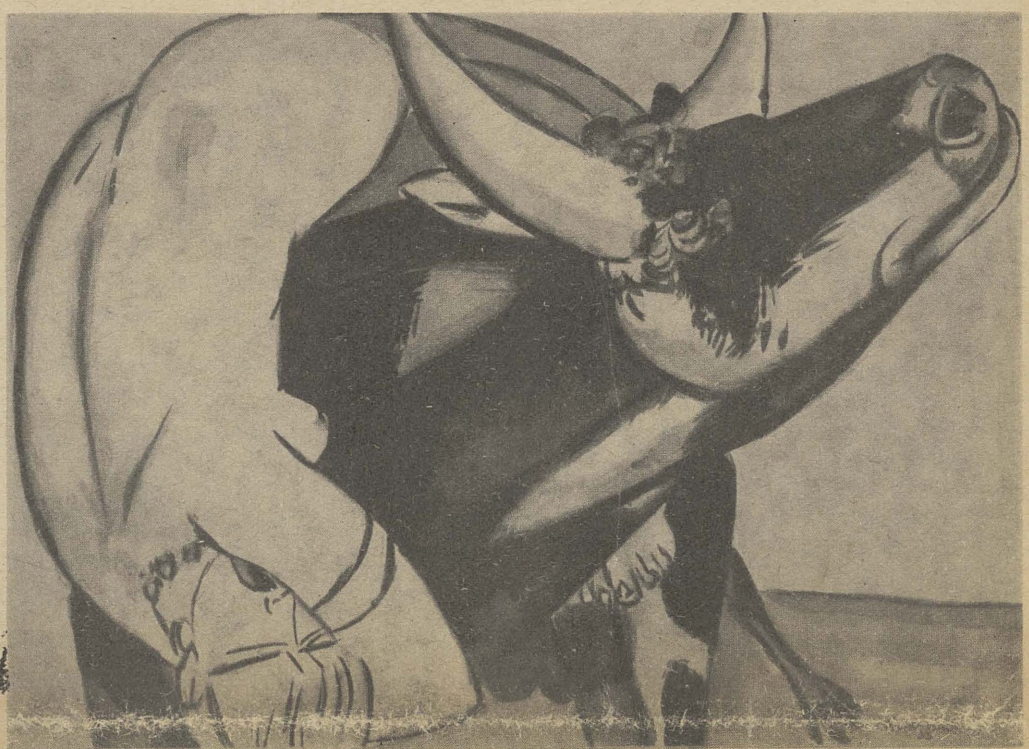
Doch wie sollte es weiter- und zu Ende gehen, wenn wir in diesen Dingen ebenso schafduhm zusehen wollen, wie bei den wichtigeren Dingen, die man zuerst von den Fachleuten unter Dach und Fach gebracht zu sehen wünscht. Worauf liefe es hinaus, wenn die „Kommissionsgewaltigen“ ebenso mit unseren geistigen Angelegenheiten zu Rande kämen, da wir uns für deren Europäisierung bis dato nur sehr mangelhaft für zuständig erklärten. Hier nachzuholen, was wir bisher versäumt haben, wäre zunächst nur von uns selbst, den Akademikern, zu verlangen.

Akademiker besetzen zwar zum größeren Teil jene Kommissionen, aber Akademiker sind auch die meisten unter denen, die — abseits von der Integrationsarbeit dieser Kommissionen — mit ihrer täglichen Arbeit dazu beitragen, den Begriff des Geistes immer wieder zu realisieren; nicht zuletzt die Studenten, die — wenn irgend jemand — der freie Geist

selbst sein können. Von dem Wachsein und der Aktivität dieser Gruppe von „Europäern in spe“ hängt alles ab, Chancen und Mißerfolg der europäischen und antieuropäischen Tendenzen. Sie haben sich mehr als je zuvor gegen offene oder naiv-verhohlene Mißachtung des Geistes zu wehren und und stets und ständig den Mut aufzubringen, gegen jede Beeinträchtigung des Geistes anzugehen. Solche Mißachtung äußert sich oft recht bieder; etwa, daß um diese verwahrloste Generation zurechtzubiegen, ein Feldweibel besser taugt als ein Psychotherapeut.

Aber was tun wir? Vor Jahren wurden Patenverhältnisse zwischen deutschen und ausländischen Universitäten gestiftet. Dozenten und Studenten fahren für jeweils ein oder zwei Semester hinüber und herüber, größere Gruppen versuchen, Kontakt zu finden, um die offizielle Freundschaft der Hochschulen zu einer persönlichen auszubauen. Schon weil es „Programme“ dafür gibt, geht dieser Austausch weiter. Fragt man aber die Studenten danach, so wissen sie wenig davon und noch weniger vom wozu. Wir müssen fürchten, daß eines Tages das Geld für diese Fahrten gesperrt wird. Was wüßten wir dann dagegen anzuführen? Vielleicht ist das Ganze wirklich unpraktisch geworden — nur noch ein Studenten hobby auf Staatskosten! Mit Verdichtung der Kontakte, mit kontinuierlicher Politik hat es nur noch wenig zu tun.

Wie sieht die Verbindung zu Saarbrücken aus, der Universität, die angeblich ein europäisches Experiment schon ist? Sind wir auf dem Laufenden über die derzeitige Realität oder Irrealität dieser Idee so dicht vor unserer Tür? Steuern wir das Unsrige dazu bei oder sind wir etwa vor dem Offiziellen beflissen ohne eine Spur guten Willens, nur begierig auf die Aufdeckung machtpolitischer Unsauberkeiten wartend? Wenig unterscheidet unser Verhältnis zu Saarbrücken von dem zu Leipzig oder Halle, und von einer autonomen geistigen Politik sollten wir in diesem Zusammenhang lieber nicht sprechen. Bisher hört es sich so an, als sei ein Austausch nicht als ernsthaftes Mittel des Kontaktes zu organisieren.



Der Raub der Europa Max Beckmann

Es ist aber anders. Hier wäre wohl eine Möglichkeit und Gelegenheit, politische Talente sich an der Praxis üben zu lassen. Denn es handelt sich nicht allein darum, Begabungen zu fördern, indem man Gelegenheit gibt, den Blickwinkel zu weiten, sondern die Aufgabe dieser Reisenden ist eine politische. Nicht die mollusken, netten Jungs, sondern solche, die Bestimmtes wollen, die reden können, wären auszuwählen. Solche, die sich „drüben“ in Diskussionen um einen neuen — vielleicht den „europäischen“ — Geist schlagen und die bereit sind, zu Hause das „Agitationssemester“ fortzusetzen. In einer Zeit der 5. Kolonne und des politischen Stollentreibens wäre das ein Vorbild. Ihre Aufgabe wäre es auch, in das Milieu ihres Gastlandes einzudringen, um Resentiments und Voreingenommenheiten erkennen zu lernen und sie dann beseitigen zu helfen. So etwa, daß die Franzosen uns ähnlich betrachten und einschätzen, wie wir es mit Polen zu tun pflegen; eine Auffassung, die in Europa so viel dazu beiträgt, die geographischen Grenzen noch mehr mit verschrobenen Hemmnissen zu verbarrikadieren.

Eine Hoffnung ist hier das Deutsche Haus der Cité Universitaire in Paris, das im nächsten Jahr aufgebaut sein wird. Entsprechend den Satzungen dieser modernen Studenten-

(Fortsetzung Seite 2)

### Opportunisten gefragt

Kommissionäre für westliche Welt interessieren sich neuerdings für den in Mitteldeutschland anfallenden marxistischen Bodensatz. Zu diesem gehören, nach einer einschlägigen Beschreibung des sowjetzonalen Staatssekretärs für das Hochschulwesen, Harig, auch jene akademischen Opportunisten, die zu trägen Schmarotzern des doch immerhin sozial gedüngten Regimes geworden sind. Sie nutzen wohl sämtliche finanziellen Chancen aus, die das Staatsstipendienwesen bietet, weder die gewünschte revolutionäre Dynamik aber entfalten, noch bekunden sie überhaupt ein Interesse am gesellschaftlichen Geschehen. Ihr einziger Ehrgeiz liegt in dem Bestreben, sich schnell und möglichst reibungslos in die stilleren Gewässer eines einträglichen Berufes zu lavieren. In den Zeiten der Hochkonjunktur der technischen Intelligenz ist die Wahl des richtigen Studiums kein Problem. Man lebt dann in dem Bewußtsein, einen hohen Kunstwert zu haben, und von der Befriedigung, sich der politischen Diskussion sorglos entziehen zu können. Für den

aufrechten Marxisten sind diese Existenzen natürlich ein Ärgernis. Er weiß, daß er sie nicht ausrotten kann und die geheimen Ursachen dieses Übels nicht einmal offen diskutieren darf, weil sie der handgreifliche Beweis für ein tödliches Leiden im bolschewistischen Organismus sind. So bleibt es bei der klagenden Skizzierung der Symptome.

Diese Schmarotzer an Herrn Harigs marxistischer Hochschulinstitution verdienen sicherlich unser Interesse. Wir möchten annehmen, daß ihr eigentliches Wesen nicht aus diesem politisch-parasitären Dasein zu erkennen ist, sondern daß diese Existenzform sich aus dem ihnen aufgezwungenen gesellschaftlichen System erklärt. Was für Herrn Harig ein greuliches Ekzem sein muß, darin könnten wir den geheimen Widerstand gegen das Regime von seinesgleichen ausspüren.

Auch Herr Egon Erwin Müller, der Autor des bekannten Buches „... stürmt die Festung Wissenschaft“ interessiert

(Fortsetzung Seite 8)



## Man sagt in Bonn

Mehr als elf Stunden diskutierte der deutsche Bundestag am 7. Oktober die Außenpolitik des Kanzlers. Aber nur die letzten 90 Minuten der Debatte, in denen die SPD ihre außenpolitische Konzeption preisgab, fesselten den Zuhörer:

Man fragt sich unwillkürlich, warum konnte nicht mehr als nur 90 von 675 Minuten so sachlich diskutiert werden? Und plötzlich wird einem klar, daß der Bundestag überhaupt sehr selten sachlich diskutiert. Der Bundestagspräsident kann zwar einen Abgeordneten zur Ordnung rufen (wenn er beleidigend wird), aber „zur Sache“ kann er offenbar nicht rufen. Woran liegt es denn, wenn so wenige Bürger Interesse für den Bundestag zeigen? Wie sollten sie auch, wenn sie den Debatten wegen mangelnder Sachlichkeit einfach nicht folgen können?

Ein besonders abschreckendes Beispiel war die Debatte über John und Schmidt-Wittmack im vorigen Monat. Das Thema wäre so einfach gewesen: Hat der Bundesinnenminister bei der Behandlung des Falles John versagt? — Stattdessen stellte die Opposition Fragen wie: „Bestehen geheime Abkommen zwischen den Signataren der EVG über geheime Nachrichtendienste?“ und „Wieviele Nachrichtendienste gibt es zur Zeit in der Bundesrepublik?“ Diese Fragen mögen sich bei sehr viel gutem Willen in eine Beziehung zum Fall John setzen lassen — aber sie müssen das eigentliche Thema verwirren. Es ist schlechterdings nicht verständlich, wie die SPD diese Chance, einen wirklichen Mißstand aufzudecken, selbst aus der Hand geben konnte.

Verwirrend wie die Fragen war auch die Debatte. Jeder Abgeordnete sprach über das, was ihm am Herzen lag. Reinhold Maier sprach über das bittere Unrecht, das ihm der Bundeskanzler und sein Amt angetan hatte. Der Historiker Prinz zu Löwenstein erörterte geschichtliche Tatsachen, die SPD warnte vor der Gefahr des wiedererstehenden Nationalismus, und der BHE erwiderte, die wahre Gefahr liege gar nicht da, sondern beim Bolschewismus.

Hin und wieder sagte man natürlich auch ein paar Sätze zum Fall John selbst; denn die inoffizielle Bezeichnung der Debatte lautete ja „John und Schmidt-Wittmack“. Zu Schmidt-Wittmack jedoch äußerte sich kaum jemand. Nur der Abgeordnete v. Meerkatz stellte fest, daß der Fall Schmidt-Wittmack viel ernster als der Fall John sei; denn Schmidt-Wittmack habe die Legitimation seiner Wähler verraten — aber von da an sprach auch v. Meerkatz nur noch über John. Es ist ja auch viel einfacher, über John zu debattieren: Über diesen Mann mit seiner bewegten und dunklen Vergangenheit und seinen dubiosen Neigungen. Er täuscht ja über das wahre Problem hinweg, das der Fall Schmidt-Wittmack ohne Ausweichmöglichkeiten stellt: Kann man einen Verräter an seiner Vergangenheit, an seinen Neigungen erkennen? Die Antwort kann nur ein NEIN sein. Deshalb sind all die Vorwürfe, die Bundesregierung hätte John nicht einstellen sollen, unhaltbar. Ein Verräter, der sich nicht selbst preisgibt, kann nicht entlarvt werden.

Der scheinbar so ergiebige Fall John aber wurde im Bundestag so restlos zerredet, daß der Bundesinnenminister ganz ungeschoren aus der Debatte hervorging. Auch wenn er ein Prestige verteidigte, das längst vernichtet war. Warum

### FRANKFURTER BÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

gestand er eigentlich nicht ein, daß er „Fehler“ gemacht hatte? — Minister Kaiser bekannte sich zu seiner Empfehlung, die er John gegeben hatte, und er war der einzige, der den Beifall des ganzen Hauses erntete!

Dieser ganze Bundestag scheint enttäuschend durchschnittlich. Er hat weder Niveau noch Stil. Da wird ernsthaft über solche Mätzchen diskutiert, ob der Kanzler die SBZ schon abgeschrieben habe, weil er an einer Stelle nur von einem 50-Millionen-Volk gesprochen habe — oder ob die SPD noch von einem europäischen Sicherheitssystem sprechen könne, wenn die USA eventuell an diesem System beteiligt sei. Diese Abgeordneten halten die Politik für einen permanenten Wahlkampf. Wer von ihnen zieht schon die Konsequenz aus der außenpolitischen Debatte, aus der Feststellung, daß man über Meinungen nicht diskutieren kann? Es kann doch nur die sein: Meinungen sind auf Tatsachen gegründet (sie sollten es wenigstens sein. Politiker, die ihre Meinungen aus der Welt der Gefühle beziehen, mögen uns mit ihren Reden verschonen!). Fakten aber kann man diskutieren. Man kann auch darüber sprechen, warum man aus den feststehenden Tatsachen diese und nicht jene Schlüsse ziehen muß. Konkret gesagt: Es ist Unsinn, darüber zu streiten, ob die CDU die Wiedervereinigung Deutschlands will oder nicht — aber man kann darüber diskutieren, warum die Sowjets den Finnen 1945 Zugeständnisse gemacht haben, und ob diese Voraussetzungen auch für das Deutschland von heute gegeben sind. Erst wenn die Parteien über Fakten diskutieren, wird man wieder auf eine gemeinsame Außenpolitik hoffen können. Dann wird der Zuhörer der Bundestagsdebatten aber auch verstehen, warum die eine Partei gerade diese, die andere Partei aber jene Konzeption in einer bestimmten Frage hat.

Bruno

Fortsetzung von Seite 1:

stadt werden vierzig Prozent seiner Bewohner ausländische Kommilitonen sein. Aber nicht diese Gäste möglichst international zu mischen, wird von Bedeutung für sein Klima sein, sondern das Problem, die deutsche Vertretung so auszuwählen, daß nicht nur „boches“ und harmlose Demonstrierer der deutschen Seele dort haufen werden. Wenn in der Hauptsache bons hommes (weil man sich in Paris als Student „besser austoben“ kann) und Philologen zur Ausfeilung ihrer Sprachkenntnisse dieses Haus als Quartier benutzen, so wird die europäische Idee bald nur mehr historischen Wert für Oberlehrer als ergiebiges Aufsatzthema besitzen.

Soll das Grün der Eruopaflagge mehr als ein augenscheinender Farbfehler im grellbunten europäischen Flaggenwald werden, so wäre es jetzt an der Zeit, mit der Romantik der Schlagbaumverbrennung, wie sie in den letzten Jahren geübt worden ist aufzuräumen. Die Zeit des bloßen Elans und des europäischen Hurratriotismus ist vorbei. Der Straßburger Europarat selbst wird kaum mehr einen unter seiner Prominenz zur Begrüßung der „jungen Europäer“ hergeben, wenn sie — wie vor vier Jahren — ohne Paß und Visum die Grenzen überschreiten. Das schlechte Zeltwetter des letzten Sommers erlaubte in diesem Jahr kein „gemeinsames europäisches Erlebnis“ auf der Loreley.

Diese „Epoche“ sollte vorbei sein. Heute kommt es auf die Detailleistungen der Intelligenz an. Es gilt, Kleinarbeit im Geistigen zu beginnen, die mit der Durchleuchtung der europäischen Bestände auf Kontaktmöglichkeiten ihren Anfang nehmen müßte. Ihre Planung und die Bewußtmachung wäre Aufgabe der Universitäten. Hier die beiden — schon angedeuteten — geistigen Europas zu mobilisieren, wäre ein Ziel; fehlt doch bisher noch die Realität eines wissenschaftlichen Konsenses, der politisch seine Existenz in die Waagschale zu werfen bereit wäre.

Die Universität Frankfurt hat einige Jahre lang diese Aufgabe verfolgt, nachdem ihr Rektor Prof. Walter Hallstein als Staatssekretär im Außenamt zum Geschäftsführer einer deutschen Europapolitik geworden war. Politiker, die für einen europäischen Zusammenschluß eintraten, suchten auf den Europa-Tagen der Universität ihre Argumente vor einem

## Vom »Kram« der Selbstverwaltung

Die Vertreter einer Studentengemeinde beauftragten den Fachschaftsvorsitzenden S., auf der Fachschaftsversammlung zwei ausgewählte Vertreter zum Studentenparlament als Kandidaten zu nominieren. S. hatte diesen Auftrag falsch verstanden — aus zwei wurde drei. Während man sich für zwei Kandidaten aus der Mitgliederzahl der Studentengemeinde und dem üblichen Prozentsatz der Wahlbeteiligung eine große Chance errechnet hatte, verursachte die Stimmenzersplitterung in drei Kandidaten die Wahlniederlage aller.

Eine andere Interessengruppe versuchte, durch ein Wahlbündnis mit Verbindungen „zum Zuge“ zu kommen. Das Bündnis sah eine gemeinsame Liste vor, die allen erreichbaren Studenten schon Tage vor der Wahl als „Informationsmaterial“ zur Einsicht vorgelegt wurde. Die Vertreter besagter Interessengruppe übersehen allerdings, daß noch vor Abschluß des Wahlbündnisses die Verbindungen eine eigene Liste bei ihren Leuten hatten kreisen lassen. Die hielten sich denn auch größtenteils an diesen Vorschlag, und das Endergebnis sah dann so aus, daß die Interessengruppe nicht nur in fast allen Fakultäten ganz empfindliche Stimmverluste erlitt, sondern auch zusehen mußte, wie ihre aussichtsreichen Kandidaten durch die weniger bekannten Vertreter der besagten Verbindungen geschlagen wurden.

Die beiden Beispiele besagen schon einiges über die Bedeutung und Macht der mehr oder weniger studentisch aufgebauten Gruppierungen. Der junge Kommilitone wird nicht sogleich wissen, daß sich der Parteienstreit bis in die Reihen der Studentenschaft heruntergeschlichen hat. Noch vor zwei Jahren war der Komplex der studentischen Selbstverwaltung nicht von dem Begriff der heutigen deutschen Universität zu trennen. Heute scheint diese Aktivität der Nachkriegsjahre völlig zu versiegen. Ein langsamer Abbau hat begonnen, und der bis zum Augenblick verbliebene Rest studentischer Selbstverwaltung ist durchsetzt von parteipolitischen Zweckkrankheiten.

Vor fast drei Jahren brach der Hörsaal H unter der Last der Argumente der Diskutierenden fast zusammen — es ging damals um die Frage einer Wiederaufrüstung Deutschlands. Heute ist kaum noch vorstellbar, daß eine solche Veranstaltung von der Studentenschaft getragen würde. Die damals für die Studentenschaft in die Waagschale geworfenen Argumente waren ernst und überlegt gebraucht. Gehen wir von der Kraft einer solchen Argumentation aus, so zeigt sich das Absinken des Niveaus studentischer Initiative am besten.

Viele Fälle wären zu nennen, in denen sich gerade solche Kommilitonen für die Interessen der Studenten einsetzen, die über keine finanzielle Reserve verfügten, welche vom wirtschaftlichen Standpunkt aus den Verlust von einem oder zwei Semestern rechtfertigen könnte. Manche dieser Kommilitonen arbeiten noch gegenwärtig neben ihrem Studium, um weiter und fertig studieren zu können. Wie eigenartig muß es sie anmuten, daß heute selbst die kleinsten Handgriffe in der studentischen Selbstverwaltung honoriert werden müssen. Eine zur Gewohnheit gewordene schnelldienstähnliche Bezahlung ist an die Stelle des Verzichtes auf den freien Nachmittag in der Woche getreten. Es läßt sich beweisen, daß z. B. manche wiederkehrenden verwaltungsbedingten Etatposten im Haushalt des Asta in den letzten 2 Jahren um rund 100% gestiegen — andere überhaupt erst entstanden sind. Stud. phil. A verkaufte noch vor einem Jahr die Karten für eine größere studentische Veranstaltung an mehreren Tagen und bekam dafür eine Freikarte. Stud. phil. B verkaufte

akademisch kritischen Forum in Übereinstimmung zu bringen. Hier sei nur an die Reden und Diskussionen mit dem Bundeskanzler, dem Minister Blücher, mit Raymond Aron, Heinrich v. Brentano, Graf Coudenhove-Kalergi, Eugen Kogon, John McCloy, erinnert. Im vergangenen und in diesem Jahr wurde nicht mehr davon geredet. Dabei soll weder Organisatoren noch den vielleicht Eingeladenen ein Vorwurf daraus gemacht werden; aber es scheint uns ein Symptom dafür, daß Reden und Diskutieren von der eigentlichen, der berufspolitischen Aktivität bereits seiner Bedeutung entkleidet worden war.

Aber wir wollen es doch weiter versuchen. Auf einem neuen Europa-Tag dieser Universität, um den sich Professoren und Studenten und deren Selbstverwaltung ernstlich bemühen sollten, müssen die Diskussionen über die Wege und Chancen der Politik in den Hintergrund treten. Als Wissenschaftler hoher oder künftiger Grade, als Geistige, hätten wir zu sehen, was wir aus unserer eigenen Tätigkeit Europäisches zu bieten haben, und auf welchen Gebieten wir mit Vorteil noch europäischer werden können. Oder sollte eine europäische Wissenschaft der Nationalökonomie, der Psychologie, der Pädagogik nicht eine gewaltige Antriebskraft auf dem Wege sein können? Was hierin schon existiert und im Stillen geleistet wird — auch an die internationalen Konferenzen zur Angleichung des Geschichtslehrestoffs ist dabei zu denken, — das ist der besondere Anfang der Gemeinsamkeit, den wir als Akademiker beibringen könnten.

Bei den Konstatierungen dürfen wir jedoch nicht stehen bleiben. Eine ungeheure Zahl von Problemen hat sich aus der neuesten Europa- und Antieuropapolitik ergeben. Sie harren des Studiums und der Lösung. Unter ihnen sind manche, die nur ein europäischer brain trust behandeln kann, aber viel mehr von der Art, die gerade Studenten eine Gelegenheit zu erster verantwortlicher Mitarbeit an der Gesellschaft bieten kann. Noch gibt es nicht einmal einen Katalog dieser Probleme, geschweige denn sind Schritte getan, die Kräfte der Gutwilligen im Dienst einer so überzeugend nützlichen Sache zu organisieren. Wir wollen den Versuch dazu machen.

Günther Gruppe

sie in diesem Jahr zur gleichen wiederkehrenden Veranstaltung nach einer vorher vertraglich festgelegten Bezahlung von 1,75 DM pro Stunde und einer Risikoprämie von 3,— DM pro Tag. Noch vor einem Jahr dachte kein Student (Asta-Mitglied) daran, das Aufhängen der Plakate zum Universitätsfest nach Arbeitsstunden zu bezahlen, geschweige denn, sich für das „Verpacken von Einladungen“ für das gleiche Fest 4,50 DM bezahlen zu lassen.

Dieser offensichtlichen Abnahme des direkten Interesses an den Einrichtungen der studentischen Selbstverwaltung steht eine stetige Zunahme der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Studentenparlament unserer Universität gegenüber. Wer nun aber der Auszählung der Stimmen nach einer der neueren Wahlen zum Studentenparlament beigewohnt hat, der wird sich zunächst über den hohen Prozentsatz der mit fertigen Kombinationen angekreuzten Wahlscheine gewundert haben. Die Kandidaten Nr. 2 und 6 waren beispielsweise genauso oft zusammen gewählt worden wie 3 und 4 oder 5 allein, zu dem rund 100 Wähler keinen zweiten von drei möglichen Kandidaten finden wollten. Die am Anfang genannten Koalitionsmanöver einiger stärker werdender Gruppen an unserer Universität sind einmal der Grund für die auf den Wahlscheinen wiederkehrenden Kombinationen, die größere Aktivität der einzelnen Gruppe oder Vereinigung, ihre Mitglieder zur Wahl zu bewegen, der Grund für die steigende Wahlbeteiligung. Grob gesagt verhält sich die Wahlqualität in der letzten Zeit umgekehrt proportional zur steigenden Wahlbeteiligung (von knapp 30% vor zwei Jahren auf fast 50% Ende des Sommersemesters). Das besagt mit anderen Worten, daß die Qualität der einzelnen Stimme gesunken ist. Das Interesse der Mehrzahl der Wähler war zunächst darauf gerichtet, ihrer Gruppe zu dienen, erst in zweiter Linie — wenn überhaupt — darauf, einen gegenüber der Allgemeinheit der Studentenschaft verantwortungsbereiten Vertreter zu wählen.

Diese durchaus negative Einstellung wurde besonders durch Fehlen einer Kritik aus der breiteren Schicht der Studentenschaft gefördert. Es entstand für die älteren Semester der studentischen Selbstverwaltung der Eindruck, die Masse ihrer Kommilitonen habe überhaupt kein Interesse mehr an ihrer Arbeit — lege keinen Wert mehr auf Selbstverwaltung. Diese Ansicht ist falsch, wir wissen heute, daß sich nur eine Verschiebung des persönlichen Interesses des Wählers an der Person und Handlungsweise eines Kandidaten zugunsten eines Gruppen- und Vereinsinteresses vollzogen hat. „Gehört der Asta-Vorsitzende X nur der Vereinigung an, der ich angehöre oder der ich vertraue, dann ist alles gut...“, so der Gedanke der Mehrzahl der Kommilitonen, wenn sie zur Wahl des Studentenparlamentes gehen. Diese Ansicht führt aber zwangsläufig zu einer Nachlässigkeit des Kandidaten selbst, der sich — erst einmal im Kreise einer Mehrheit gleichgesinnter — nicht mehr die Mühe geben wird, wie ein Vertreter der Studentenschaft, der sich im Parlament einer kritischen Zuhörerschaft gegenüber wußte.

Der gegenwärtige Tiefstand unserer studentischen Selbstverwaltung wird nur dann überwunden, wenn der einzelne Student einen Vertreter wählt, den er selbst beobachtet und durch die anderen Vertreter beobachten läßt — und ihn nicht mit einem Schutzgürtel Gleichgesinnter umgibt, die durch die Tolerierung des „eigenen Mannes“ zunächst die Arbeit in unserem Parlament — später aber die ganze Institution der studentischen Selbstverwaltung lahmlegen könnten.

G. Schweikhardt



Herausgeber: Alexander Böhm, Helmut Lehmann-Dronke, Gernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Karl-Heinz Töws.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl-Christian Kaiser, Udo Kollatz, Ernst Alexander Saupe, Werner Schaffernicht, Gernot Schweikhardt.

Verantwortlich für Marburg: G. Mehnert

Korrespondent in Bonn: Peter Scholz

Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von DM 1,50 für zwei Semester schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

## Gefühl über alles?

Man lasse Marschmusik ertönen, dahinter in gedehnten Zweierreihen fackeltragende junge Menschen gehen und ziehe auf einen feierlich geschmückten Platz, über den sich die Dunkelheit senkt. Dort stelle man um ein Rednerpult ein paar Fahnen, lasse darüber Spruchbänder wehen und umgebe das Ganze mit einem Panorama aus roten Lichtern. Hat man zudem noch ein einigermaßen zahlreiches Publikum, so ist die Szene fertig für eine Feierstunde. Ein prominenter Redner spricht, eindringlich, mit bekräftigenden Gesten. Seine Stimme trägt ein Lautsprecher an jedermanns Ohr. Was sagt er? Er spricht von „Liebe“, „Nation“ und „Vaterland“, von den „tragenden Säulen des Staates“, er feuert die jungen Menschen an, er ermahnt die alten. Der Fackelschein spiegelt sich in manch' feuchtem Auge wider. Dann ertönt Musik. Viele Zuhörer atmen ergriffen. Bengalische Lichter flammen auf. Dann wird gesungen.

Diese Zeilen sind kein bloßes Rezept, sie sind auch nicht auf den Lustgarten in Berlin geschrieben, weder auf den einstigen noch auf den jetzigen, der sich Marx-Engels-Platz nennt. Es war vielmehr der Frankfurter Römerberg, und man schrieb den 2. Oktober 1954. Daß der Redner zufällig Thomas Dehler hieß, ist genau so wenig wichtig wie das „über alles in der Welt“, das hinterher von vielen gesungen wurde.

Aber: Muß man denn immer wieder ein Milieu schaffen, in dem das klare Denken zu versagen beginnt und nur bestimmte Gefühle regieren? Eine Demokratie braucht das Klima nüchterner Überlegungen. Massenkundgebungen sind wie ein Rauschgift, man kann sich daran gewöhnen. Ist das erst einmal geschehen dann folgt der Gleichschaltung im Gefühl auch die der Vernunft und des Denkens. Hat das nicht die Vergangenheit bewiesen? H. G. Dorn

## Spiel mit dem Grundgesetz

Die Grabgesänge zur EVG und die schnelle Konzentration auf eine Ersatzlösung täuschten darüber hinweg, daß „amtlich“ für die Bundesrepublik jene Verteidigungsgemeinschaft noch lange nicht gestorben ist: Art. 142a des Grundgesetzes stellt nämlich nach wie vor die Vereinbarkeit des EVG-Vertrages mit unserer Verfassung fest. — Daß danach aber zunächst nur die EVG, nicht auch ein EVG-Ersatz ohne weiteres mit dem Grundgesetz vereinbar ist, bleibt hinter dem unverfänglichen Wortlaut dieser Verfassungsbestimmung verborgen.

Nimmt die Opposition ihre Aufgabe ernst, dann muß sie bei der Ratifizierung der kürzlich in London über die deutsche Wiederbewaffnung getroffenen Abmachungen im Bundestag verfassungsrechtliche Bedenken vorbringen und mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht drohen. Und da die Regierungskoalition sich wiederum nicht dem Risiko einer gerichtlichen Entscheidung über die Vereinbarkeit ihrer außenpolitischen Erfolge mit dem Grundgesetz wird aussetzen wollen, bleibt ihr nur — sie verfügt ja über eine entsprechende Mehrheit! — die Möglichkeit einer weiteren Änderung des Grundgesetzes, um nunmehr die Vereinbarkeit der in London getroffenen Abmachungen mit unserer Verfassung sicherzustellen.

Werden schließlich die in London getroffenen Abmachungen aus irgendeinem Grunde abgeändert oder durch andere Lösungen „ersetzt“, kann sich das Spiel beliebig wiederholen: Grundgesetz wird das jeweilige Aktionsprogramm der Regierung.

Daß die Besatzungsmächte unserer Verfassung mehr Achtung erweisen, kann dann wohl nicht mehr erwartet werden. So haben sie das Inkrafttreten einer Änderung von Art. 73 Ziff. 1 des Grundgesetzes (durch diese Bestimmung soll dem Bund die ausschließliche Gesetzgebung über Verteidigung, Wehrpflicht und Schutz der Zivilbevölkerung zuerkannt werden) von der Wirksamkeit des EVG-Vertrages abhängig gemacht. Der Bund hat also bei einer Ersatzlösung zur EVG

die in Art. 73 Ziff. 1 angeführten Befugnisse nicht, es sei denn, auch die Besatzungsmächte passen ihre Entscheidung der veränderten politischen Lage an.

Juristisch ist gegen das Verfahren der Regierungskoalition und gegen das Verhalten der Besatzungsmächte nichts einzuwenden. Juristische Unanfechtbarkeit ist aber nicht identisch mit politischer Klugheit oder moralischer Integrität. Der beruhigende Mythos von der allvorsausehenden Weisheit der Regierenden und der Unbeirrbarkeit ihrer Konzeption muß darunter leiden, wenn mühsam erstrittene Grundgesetzänderungen so phantasielos erfolgen, daß innerhalb eines Jahres die weitere Abänderung des Geänderten unumgänglich wird. Udo Kollatz

## Kranwagen

Auch der völlig unparteiliche Besuch des Staatsoberhauptes auf einer Rektorenkonferenz der deutschen Universitäten und Hochschulen kann offensichtlich nicht ohne die schwarzglänzenden Begleitkommandowagen abrollen. Allein die Vorausabteilung der Sicherheitsorgane erweckte Aufsehen, als sie sich im Übereifer und in offensichtlicher Verkennung ihrer Aufgaben gleich mit Hilfe eines Kranwagens eines geparkten Autos annahm, das einmal keine Behinderung sein konnte, weil es auf der anderen Straßenseite und in einiger Entfernung von dem Empfangskai ordnungsgemäß geparkt war, und zum anderen unersichtlich bleiben wird, warum der Wagen eine größere Bedrohung der Sicherheit darstellen sollte als die Zuschauer, die später von der gleichen Stelle aus das Heranrauschen des Gros der Staatskarossen interessiert beobachteten. Da man den Eigentümer nicht aufreiben konnte, zerzte man den Wagen an der Kette des städtischen Not- und Hilfsfahrzeuges hundert Meter weiter (in falscher Richtung durch die Einbahnstraße), um ihn sinnigerweise auf der anderen — nennen wir sie „offizielle Straßenseite dieser Stunde“ — seinem etwas verbeulten Schicksal zu überlassen. Kein noch so kleines Zettelchen verriet dem Stunden später sein Auto wiederfindenden persischen Studenten, wer so freundlich war, es aus der Gefahrenzone schleppen zu lassen. „Ach der Heuß...!“ wird er sich gesagt haben — und es wird ihm eine Erinnerung fürs Leben sein. Wer das Polizeiaufgebot vor und in der Universität beachtete, dem mußte Angst um das Leben unseres Bundespräsidenten bekommen. Wir dachten Studenten einer deutschen Universität zu sein, die Bewachung von Professor Heuss aber erinnert an den nahen und fernen Osten, wo die Universität noch immer Mittelpunkt revolutionärer Bestrebungen geblieben ist und neben Bleistift und Kollegheft auch Bomben in der Tasche des „heißblütigen Studikers“ verborgen sein könnten. Wir wissen kein Rezept, um dieses übertriebene Sicherheitsverlangen abzubauen — dafür aber wenigstens einen kleinen Tip, um gegenüber dem genannten Autofahrer nicht brutal den Anschein der verbotenen Eigenmacht zu erwecken. Wir empfehlen die Anfertigung kleiner Vordrucke, auf denen das Nichtzutreffende vor Anbringung an dem Fenster links neben dem Fahrersitz gestrichen werden sollte.

### Verehrter unbekannter Verkehrsteilnehmer!

Leider mußten wir Ihren Wagen einige Meter weiterschleifen. Zu dieser harten aber unumgänglichen Maßnahme zwang uns

- die Unkenntnis unserer Dienstvorschrift —
- der Schutz einer hohen politischen Persönlichkeit —
- Gefahr im Verzuge —
- die Sicherheit auch Ihres Fahrzeuges (wenn nötig auch gegen Ihren Willen) zu schützen —
- die Wiederherstellung eines ordentlichen Straßenbildes. —

Hochachtungsvoll  
Klempner.  
(staatl. Sicherheitsorgan)

michel

## Pastorale

Langsam, langsam kommt die träumerische Verwundung aus der Mode, die nach 45, und genüßlich betroffen nahezu in den ersten Jahren unserer prächtigen neuen ökonomischen Normalität allemal dann sich einstellte, wenn gutmeinende Leute miteinander überlegten, wie diese ganze Epoche Hitlers eigentlich möglich gewesen; wie es wohl geschah, daß sie, in aller Unglaublichkeit, Wahnwitz und Mißwuchs, doch ohne jeden spürbaren Widerstand fort und fort schwoll, bis sie, ganz plötzlich, völlig weg war und alsbald niemand sich vorstellen konnte, daß all diese enorme Letztvergangenheit je im Ernst bestanden hätte. Aus der Mode — und wer diese moralische Pose weiter trägt, gerät in Verdacht, ein fader und demnächst schon perfider Ästhet zu sein, der aus der welthistorischen Rückschau in einem Augenblick zur privatesten Vorsicht überwechseln wird. Der Augenblick ist schon da, und mit ihm gar keine Zeit mehr, der rauhen Wirklichkeit das Maß nach den Möglichkeiten einer füllig und kurzatmig gewordenen Normalität zu nehmen. Nicht das Glücken aus der gärenden Hefe der Nation bezeichnet diesen Augenblick — das ist nur ein Naturphänomen, ewig und international. Da aber von Höchster Stelle verkündet wird, der Jude Mendès-France handle im Auftrag einer internationalen Freimaurerverschwörung; er habe mit Indochina auch Europa an den Bolschewismus verschachert; in Wirklichkeit sei er natürlich ein gewisser Mendelssohn aus Frankfurt; die Franzosen seien ein dekadentes Volk, mit dem nichts mehr anzufangen sei — da solches Woche für Woche zu gläubigen Ohren dringt, wird jene letzthin erlebte tolle Fahrt auf der welthistorischen Achterbahn doch wieder vorstellbar. Wenn nämlich ein Politiker mit derlei Redensarten fuchtelte, dann weiß man, er ist ein Demagog, also ein Epigone, der vom Hitler die Gewissenlosigkeit und die Beschränktheit in einem gelernt hat. Diese Worte aber wurden höhernorts gesprochen, nicht an beliebiger Höchster Stelle, sondern von der Kanzel einer großen Kirche in Höchst herab. Ähnliche Worte fallen dort öfter, und so wehrhaft-unbedachte Worte sind auch von anderen Kanzeln herab schon wieder häufiger zu vernehmen.

Der Kanzelparagraph, im vergangenen Jahre abgeschafft, war seit je mißlich, denn es hieß die Kirche entweihen, wenn einer vom Gottesdienst „Dienst ist Dienst“ sagen und Kanzelworte zu Protokoll nehmen wollte. Nun aber vom Christentum gewisse wieder dem Gewissen anbefohlene Grundzüge der Humanität sowohl wie der Lebensweisheit quasi als Neige der Reeducation-Medizin beiseite schieben, um als teutonisches Prachtoriginal, als germanischer Christ aufzustehen — solcher Freibrief war keinem Seelenhirten ausgestellt. B. Plevese



**RHEIN-MAIN BANK**

AKTIENGESELLSCHAFT

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

**Depositenkassen in Frankfurt a. M.:**

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · **Opernplatz**, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · **Schweizerstraße**, Schweizerstraße 27 · **Großmarkthalle**, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum





# Der Irrtum von Gut und Böse

Seitdem der verzweifelte Aufstand der Arbeiter in Ostberlin und großen Teilen der Ostzone die Gemüter in der Bundesrepublik erregte, hat das solidarische Interesse an diesem Teil Deutschlands seinen bisherigen Höhepunkt überschritten. Sei es, weil infolge der komplexen Politik der beiden Weltmächte keine Möglichkeit zur baldigen Wiedervereinigung gesehen werden kann, sei es, weil die tägliche Berichterstattung über Presse und Funk zu ungeschickt, zu unglaubwürdig oder zu gewohnt ist, oder sei es, weil man an der Mietpreiserhöhung und der Steuerreform unmittelbare Themen hat. Nicht, daß die Ostzone vergessen wäre, der Bruder in Jena oder die Mutter in Leipzig bekommen regelmäßig ihr Paket, obwohl man sagt, daß es drüben gar nicht mehr so schlimm sei, aber über diese caritativen Akte hinaus ist nicht mehr viel. Obwohl Zeitungen und Zeitschriften — man möchte beinahe sagen pflichtgemäß — ihr Pensum an Ost-Westthemen abhandeln und weil das Vergessen ohnehin eine der markantesten Eigenschaften der Deutschen ist, wird das vorhandene Interesse an der Ostzone mehr und mehr vom Zahn der Zeit angenagt und versinkt allmählich unter der Bewußtseinsoberfläche.

In dieser Situation liegt es nahe, sich denjenigen Formen der Unternehmung zuzuwenden, denen ihrem gefälligerem oder künstlerischem Wesen nach breiteres und willigeres Interesse entgegengebracht wird.

Auf der Bühne gibt es wohl kaum ein Stück, das sich der Problematik der Menschen drüben annimmt. Die Jünger der bildenden Künste haben derzeit vielleicht zu abstrakte Ausdrucksmittel, um solche Themen als Motive nehmen zu können. Endlich versuchten die Filme „Gefährlicher Urlaub“ und „Weg ohne Umkehr“ mit den Praktiken des Staatssicherheitsdienstes der DDR und des russischen NWD bekanntzumachen.

Verbleibt die aufklärende belletristische Literatur, die einige Romane aufzuweisen hat, deren — es muß leider gesagt werden — Helden in der Ostzone zu Hause sind.

Dem Grade der Geringfügigkeit nach steht da zuvörderst ein Roman „Dresden 1953“ von dem Dresdener Wolfgang Paul, der laut Waschzettel Dichter und Lyriker sein soll. Er läßt in fragmentärer be bop-Diktion eine mit SSD-Akten und gelegentlichen Vergewaltigungen verschmierte Liebesaffäre abrollen, für die ausgerechnet die politische Not in der Ostzone als Hintergrund dienen muß. Der Held ist ein Dichter, dessen Beschäftigung sich neben der Züchtung von Tomaten auch auf die Verfälschung eines Manuskriptes erstreckt, von dem die Fama zu berichten weiß, daß es die Wahrheit über die Leiden der Ostzone enthielte. Der Gärtner-Poet beabsichtigt, es später der freien Welt feilzubieten. Zu allem Unglück gelingt es ihm auch, die

## Unberechtigte Forderung

Daß sich bei Wahlen in der DDR jeder verdächtig macht, der die vorhandenen Kabinen in Anspruch nimmt oder zumindest solange drinnen verweilt, bis er sein Nein über den Zettel geschrieben hat, ist eine bekannte Tatsache, denn der Ja-Sager braucht nur seinen Wahlschein unverändert in die Urne zu stecken. Es ist ebenfalls bekannt, was es heißt, im Osten politisch verdächtig zu sein.

Bei der am 17. Oktober stattgefundenen Volkskammerwahl, vor der die SED abermals die offene Stimmabgabe propagiert hatte, gab es also für weite Kreise der Bevölkerung nur die Alternative: Stimme ich gegen meinen Willen oder gefährde ich meine persönliche Freiheit? Obwohl die intensiven Nachforschungen nach den Nein-Sagern der vergangenen Volkskammerwahl noch deutlich in Erinnerung standen, war es dem verantwortungsbewußten Menschen sicher schwer, zu einem Schluß zu kommen.

Deshalb war es nicht nur berechtigt, sondern auch genugtuend, daß ein Sprecher des Kaiserministeriums die Wähler in der DDR über den Rundfunk aufforderte, ihre Ja-Stimme ohne weitere Bedenken abzugeben, um ihnen damit Gewissenskonflikte zu ersparen.

Es muß wie ein Schock auf den Rundfunkhörer gewirkt haben, als er einige Tage später, kurz vor den Wahlen aus dem gleichen Westen die an ihn gerichtete Ansprache des Vorsitzenden des Ostbüros der SPD, Thomas Stephan, hörte, in welcher der Redner in der Überzeugung des gläubigen Gehörtwerdens dazu anhielt, die Wahlzettel mit Nein zu überschreiben.

Der Wähler wurde genau in den Konflikt gestürzt, dessen ihn die erste Erklärung glücklich enthoben hatte. Daneben ist ein weiteres Stück des Vertrauens in den hilfreichen Westen leichtsinnig vertan, denn man wird bald merken, daß man sich künftig einem Ratgeber, der keiner ist, besser versagt.

Zudem, und das ist die böseste Folge, gefährdet Herr Stephan mit seiner Aufforderung zum Heroismus Menschenschicksale, um nach der Wahl der Welt verkünden zu können, was sie ohnehin weiß.

Wer es vor sich und seiner Familie verantworten kann, wird ohnehin sein Nein angebracht haben, aber wir haben kein Recht, dazu aufzufordern und damit den Terror zu vergrößern. Es ist Zeit, daß man sich in unserer sicheren Freiheit solcher Wahnsinnssparolen zu enthalten lernt. Wir haben nur das Recht zur Hilfe. Was hier geschah, war Verführung. A. Röhrbach

Papyri auf dem Umweg über ein SSD-Büro und das Bett eines mindestens zwieseligen Offiziersliebchens nach Westberlin zu bringen. Jedoch nicht ehe er die der Einfachheit halber gesamte Parteiaristokratie der DDR in dem Dresdner Parteiturm versammelt hat, durch den Einsturz des Baues alle Bösewichte miteinander literarisch umbringt, womit er noch einmal handgreiflich seine freiheitliche Gesinnung bewiesen hat (was für die Notaufnahme im Westen bekanntermaßen wichtig ist). Leider läßt er der guten Elbe bei dem Einsturz das zu tun übrig, was man von einem Roman dieses Titels erwarten könnte — die Unterspülung der Fundamente.

Außer der Pflicht, auf die Folgen hinzuweisen, die ein solches leichtfertiges Druckerzeugnis auf die ohnehin schwierige Meinungsbildung in puncto Sowjetzone haben muß, gelingt es nicht, auch nur einen Anhaltspunkt zu fassen, der eine ernsthafte Kritik rechtfertigen würde. Denn neben den Plattheiten ist nichts darüber gesagt, was die Tragödie der Ostzone eigentlich ausmacht: die Drosselung selbständigen Denkens durch ständige Berieselung mit ideologischen Richtsätzen, die Einengung der Freiheit zugunsten der leitbaren Kollektivveranstaltung, den planmäßigen Zerfall der Familie durch ständige politische Überforderung.

Vielmehr verliert sich die Handlung in der gänzlich privaten Sphäre einiger Phantasiegestalten und es gelingt dem Autor an keiner Stelle, sich über dieses Niveau zu erheben und das Dresden von 1953 — wie im Titel versprochen — nachzuzeichnen, das es durch das kommunistische Regime geworden ist. Die Gestalten seines Buches sehnen sich bis auf einige hartgesottene Menschenfänger alle nach der Freiheit westlicher Prägung. Es gibt da so gar keine Zweifel. Das herrschende Regime bekommt in den Augen des Lesers den Charakter eines lästigen Insekts, das man notfalls verschneiden kann. Daß es sowohl mit der konformen Sehnsucht, als auch mit dem Verscheuchen realiter wesentlich anders aussieht, ist dem Dichter allzu offensichtlich — wissentlich? — entgangen.

Neun Jahre lang tönen die Propagandatrommeln im Osten, und auch ein Optimist kann bei der Stetigkeit und der verblüffenden Unverfrorenheit kommunistischer Aufklärung nicht glauben, daß es nennenswert viele gäbe, an denen das kompromißlose „pro Osten — contra Westen“ spurlos vorübergegangen wäre. Seit neun Jahren kann der Bürger nicht mehr reden, wie er es möchte, sondern er muß im Gespräch im Büro oder im Restaurant oder sogar in der Familie davon überzeugt scheinen, daß die Sowjetunion der Hort des Friedens ist, und daß die Amerikaner Kartoffelkäfer über Mitteleuropa abwerfen, weil er nicht weiß, ob sein Gegenüber ihn nicht anderntags denunziert. Und wenn er diese Praktiken jahrelang übt, kann es leicht sein, daß er selbst nicht mehr weiß, was Schein und Wahrheit ist. Und der Zweifel am goldenen Westen wird immer stärker, zumal von da aus so gut wie nichts geschieht, um ihn aus seiner Gewissensnot zu befreien.

Dazu kommt, daß es im bolschewistischen Regime durchaus Züge gibt, die dem einzelnen angenehm sind. Da ist die freie Krankenversorgung, es gibt billige Urlaubsreisen für Arbeiter und Jugend, großzügige Kindergärten und Stipendien für Lernende aller Gattungen, um nur einiges zu nennen. Wenn das alles einesteils nur für besondere Schichten da sein mag und andererseits die Versklavung des Geistes der Preis für diese Annehmlichkeiten ist, so sind es doch zuerst einmal Fakten, die ins Auge fallen und Beifall heischen.

Nach all dem ist es ein frivoles Spiel, dem sorglosen, leicht selbstzufriedenen Westen glauben zu machen, daß es auch weiterhin genüge, Margarine nach Dresden zu schicken und Versammlungen in Bad Neuenahr abzuhalten. Das Erwachen in der Wahrheit könnte einmal bitter sein.

Etwas nachsichtiger kann man mit Karl Unselts „Menschen in der Falle“ verfahren. Dieses Buch erhebt jedenfalls von Anfang nicht den Anspruch, ein Kunstwerk zu sein. Es kommt aber trotzdem der Wirklichkeit und einer Daseinsberechtigung erheblich näher. Es spielt in Ostberlin und hat den Charakter einer Kriminalstory, in der es wieder den anscheinend obligatorischen Helden gibt und die SSD-Leute ausnahmslos böse, schwarze Augen haben. Immerhin erlaubt dieser Roman die Spannungen ein wenig zu studieren, die von Staats wegen in die Familie eingetragen werden. Dabei zeichnet Unselts einen wirklichen Helden. Nicht etwa jenen mysteriösen Jüngling und Fliegeroffizier a. D., der in atemberaubendem Vabanque-Spiel pausenlos und überall rettet, selbst unter der harten Bedingung, von einer der Damen seines Herzens als Spitzel angesehen zu werden, sondern es ist die schlicht-burschikose Gemüsehändlerin Mutter Braun, die nicht müde wird, ihren linientreuen Töchtern, der Volkspolizistin und der Volksrichterin ob ihres Tuns den Kopf zu waschen. Und wer die Ostzone genauer als von einer Reise her kennt, wird bestätigen, daß schon dazu soviel Mut gehört, wie eben normalen Menschen eigen zu sein pflegt.

Es gibt heute wohl keine Helden mehr im klassischen Sinne oder wie sie in billigen Romanen umhergeistern, auch nicht in der Ostzone. Sondern Held — wenn das Wort nicht schon zu sehr belastet wäre — ist der, dem es gelingt, in sich selbst eine gewisse Resistenz zu wahren und im kleinsten Kreise, meist der Familie, retardierendes Moment zu sein. Das ist, von ganz wenigen unerfahrenen oder enttäuschten Drängern abgesehen, das Höchste,

und es ist viel und der weiseste Widerstand. Alles was darüber hinaus geschieht, entgeht auf die Dauer nicht den tausend Ohren der Sicherheitsorgane.

Aber auch dieser harmlose Reißer enthält einen gefährlichen Irrtum oder sei es auch nur eine Unfähigkeit des Autors, seine Typen zu profilieren: die Kategorien sind zu naiv. Sie erschöpfen sich in gut und böse und wollen damit dem unbefangenen Leser glauben machen, daß das ganze diffuse Gefüge von Leid, Zweifel, Verlassenheit, Zwang und Versprechungen für den Beteiligten leicht oder überhaupt in Erkennbares zu zerlegen wäre.

Die Zuchthäuser der Ostzone wären erheblich leerer, würde sich das politische Überwachungssystem aus einem Heer bösaugiger Beamter im Ledermantel zusammensetzen. Aber erstens haben selbst die „Profis“ nicht mehr oder weniger unangenehme Kennzeichen als jeder andere und der SSD-Kommissar fährt am Samstag genau so als gemütlicher Familienvater in die Baumbüchse, wie jeder andere; zweitens sind nicht allein sie es, die das System aus Furcht und Angst tragen, sondern es trägt sich selbst. Es ist ein grausames Filigranwerk aus menschlicher Not, Unzulänglichkeit, Unbedachtheit und Schwäche. Tausendfach sind die Fälle, in denen anständige Menschen zur Denunziation getrieben werden, um einem gefangenen Nächsten vermeintliche Hilfe zu leisten, die Mutter dem Sohn, der Mann der Frau. Legion sind die, die durch einen Zufall, durch eine unbedachte Äußerung, durch eine Bindung, durch ihre Ehrlichkeit in Schergendienste gezwungen sind. Es ist vielleicht das schlimmste Los, denn sie stehen gegen ihr eigenes Ich. Wer maßte sich an, über sie den Stab zu brechen. Aber sie sind Streben im Gerüstwerk des Terrors. Und sie haben mit Sicherheit keine Ledermäntel an und blaue Augen. Das ist es, was Unselts Buch zu einem versimplifizierenden Zerrspiegel der Wirklichkeit macht.

Dieter Meichsners Roman: „Die Studenten von Berlin“ paßt sich nur bedingt in den Rahmen des hier behandelten Themas ein, denn der zeitliche Anfang dieses Geflechtes aus vielen Studentenschicksalen liegt noch in den letzten Kriegsjahren und auch der thematische Raum enthält mehr als die Ostzone allein. Trotzdem ist es auch in diesem Zusammenhange ein bemerkenswertes Buch.

Der Autor spürt den Lebenswegen sechs junger Menschen durch die letzten Kriegsjahre, Zusammenbruchswirren und Studium nach und vereinigt sie endlich bei der Gründung der Freien Universität in Berlin. An diesem Skelett der Handlungen formt er mit viel persönlicher Hingabe ein plastisches, vielleicht zu detailliertes Bild der ersten Studentengeneration nach dem Kriege im Gegensatz zwischen Ost und West und mit dem zertrümmerten Fundament der Vergangenheit.

Obwohl das Buch mit regem Interesse aufgenommen worden ist, sind seine Kritiken allgemein nicht sehr günstig. Zu Recht, wenn man allzu sehr von der unglücklichen Bezeichnung Roman ausgeht, denn zu einem solchen fehlen Meichsner offenbar noch die geschärften Stilmittel und die Objektivität des Reifen, seinem Buch die geschlossene Durchführung und die Markierung des Wesentlichen. Berücksichtigt man aber das jugendliche Alter des Autors und das steigende Niveau seiner Bücher, so ergibt sich durchaus die Hoffnung, daß hier der Weg des realistischen Epikers Balzac und später Falladas folgewürdig weiterbegriffen wird. Hans Fallada gelang auch erst mit vierzig Jahren sein zeitkritisches Epos: „Wolf unter Wölfen“, mit dem „Die Studenten von Berlin“ zwar nicht in Straffung und geometrischer Ausgewogenheit, wohl aber in Anlage und Wesen verglichen werden dürfen. Von den Büchern eines sechszwanzigjährigen Balzac spricht kein Mensch, zumindest nichts Gutes.

Der politische Wert dieses Buches ist aber nach unserer Meinung in fast allen Kritiken nicht erkannt worden. Oder ist Politik — insbesondere das Thema Ostzone — inzwischen schon so suspekt geworden, daß man ihn nicht erkennen wollte? Man wirft dem Autor vor, zu tief in der Materie selbst zu stecken und nur aus dem Blickwinkel des heiß politisierenden Berliners geschrieben zu haben. Dieses Argument ist unfair, weil es dem Wesen — nicht der Sache — nach nicht einfach zu widerlegen ist. Es gibt sich den Anschein der geläuterten Betrachtung und ist doch nichts weiter als die Angst um die eigene Ungestörtheit. Man verstopft sich nach dem Prinzip des kleinsten Zwanges die Ohren vor den Stimmen mit mahnend vorwurfsvollen Tenor.

Dieserart taucht der Verdacht auf: Qui accusat, qui defendit. Denn es steht doch wohl außer Frage, daß sich im Westen Deutschlands allenthalben wieder Dinge abspielen, die nach dem Zusammenbruch totgeglaubt waren. Es steht auch außer Frage, daß Westdeutschland bei der Gründung der Freien Universität nicht gerade eine sehr hilfreiche Stellung einnahm. Es steht ferner außer Frage, daß die Gründer selbst das Recht zu einem gewissen Stolz haben. Es ist verständlich, daß bei eben diesen Gründern eine Verbitterung entsteht, wenn diese neue Universität ebenfalls von dem Virus Restauration befallen wird. Wer will wehren, wenn junge Akademiker Zustände des Gemeinwesens kritisieren, und, wie es scheint, nicht zu Unrecht. Und welcher Kritiker kennt nicht das erlaubte Mittel des Skribenten, seine Meinung überspitzt zu Papier zu bringen im Sinne des besseren Eingangs.

Neben dieser Schärfe ist besonders wirksam das Bemühen, um eine realitätsgerechte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, der Versuch also, nicht a priori Antikommunist zu sein, wie es heute in weiten offiziellen und offiziellen Kreisen zum guten Ton gehört. Durch dieses Bemühen überzeugt das Buch. Und wenn seine Hauptfigur Harald Momber nach seinen langen Ost-West-Schwankungen endlich in der Ostzone schuldlos verhaftet wird, so liegt daran die klare Absage an das Ostzonenregime, die dem mißtrauisch gewordenen Leser in Frankfurt beispielsweise verständlicher und fundamentierter erscheint, als 500 Seiten Kommunistschreck.

Mag das Buch auch große Fehler und Schwächen haben, in jeder Phase ist es eine Demonstration, daß es „dort hinten“ in Berlin verteuftelt diffizile und offenbar unangenehme Probleme gibt, die die Beteiligung und das Interesse aller Deutschen erfordern. Aber sie lassen sich allzu leicht vergessen, beispielsweise über einer Fußballweltmeisterschaft, bei der hin und wieder das Deutschlandlied unser Selbstgefühl hebt und hebt. H. Hase



## DAS SIEGEL

ist seit altersher ein Kennzeichen für die Echtheit.

In gleichem Sinne bürgt auch unsere Schutzmarke

für die stets zuverlässige Qualität aller unserer Erzeugnisse.

FARBWERKE HOECHSTAG.

vormalig Meister Lucius & Brüning

Frankfurt (M)-Hochst





# Hochschulnachrichten

Stipendien an britischen Universitäten für das akademische Jahr 1954/55.

Wie in den vergangenen Jahren werden für das im Oktober 1955 beginnende Studienjahr wieder Stipendien an deutsche Hochschullehrer, Forscher und Studenten für ein Studium an britischen Universitäten vergeben werden. Die Bewerbungsformulare sind den Rektoren der Universitäten und Hochschulen bereits zugegangen. Interessenten müssen ihre Bewerbung bis spätestens 1. Dezember 1954 beim Office of the Cultural Relations Adviser, Köln-Marienburg, Hebbelstraße 91/93 eingereicht haben.

## Frankfurt

Für das Rektoratsjahr 1954/55 wurde Dr. rer. pol. Fritz Neumark, Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften zum Rektor gewählt.

Prorektor wird satzungsgemäß der derzeitige Rektor Prof. Dr. med. Dr. med. Oscar Gans.

Zu Dekanen für das Rektoratsjahr 1954/55 wurden gewählt:

Rechtswissenschaftliche Fakultät:

Prof. Dr. iur. Wilhelm Claß

Medizinische Fakultät:

Prof. Dr. med. Ferdinand Hoff

Philosophische Fakultät:

Prof. Dr. phil. Hellmut Ritter

Naturwissenschaftliche Fakultät:

Prof. Dr. phil. nat. Willy Hartner

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät:

Prof. Dr. phil. Karl Banse

Am 10. Oktober 1954 verstarb der Ehrensensator und Ehrenbürger der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, der Stadtrat i. R. Dr. med. Dr. med. dent. h. c. August de Bary, im 81. Lebensjahr.

## Rechtswissenschaftliche Fakultät

Der Hessische Ministerpräsident hat im Namen der Hessischen Landesregierung Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Schlochauer zum beamteten nebenamtlichen Mitglied des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel ernannt.

## Medizinische Fakultät

Der emeritierte ordentliche Professor der Physiologie, Geh. Medizinalrat Dr. phil. Dr. med. Dr. med. h. c. Albrecht Bethe, einer der ersten Rektoren der Frankfurter Universität, ist am 19. Oktober 1954 gestorben.

Prof. Dr. Enzo Bizzozero, Universität Turin, wurde von der Medizinischen Fakultät der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zum Ehren doktor ernannt.

Dr. Otto Hug erhielt die *venia legendi* für Physikalische Grundlagen der Medizin.

Priv.-Doz. Dr. Werner Grüning wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Die *venia legendi* erhielten:

Dr. Luz Heller für Geburtshilfe und Frauenheilkunde,

Dr. Gottfried Leonhardi für physiologische und klinische Chemie,

Dr. Robert Heintz für innere Medizin,

Dr. Rudolf Altman für innere Medizin.

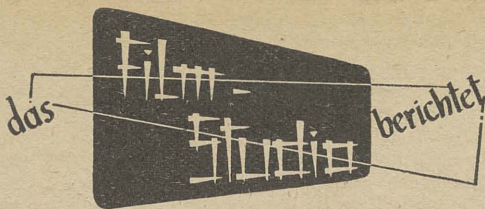
## Naturwissenschaftliche Fakultät

Dr.-Ing. Walter Siedel ist zum außerplanmäßigen Professor für organische Chemie ernannt worden.

## Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Friedrich Henzel hat den Ruf auf das Ordinariat für Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftshochschule Mannheim angenommen.

Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning erhielt einen Lehrauftrag für „Philosophische Grundlagen der Wirtschaft“.



Mittwoch, 3. November, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, 4. November, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

„Rotation“

Regie: Wolfgang Staudte (Defa 1949)

Darsteller: T. Esser, I. Korb, K.-H. Deickert, B. Krause

Beiprogramm: VENT AUX ENCHERES (Jean Mouselle)

1. Abend des FILM-COLLOQUIUM

am Mittwoch, 3. November 20.30 Uhr im Studentenhause

Zimmer II (Anmeldung in der Geschäftsstelle)

Mittwoch, 10. November, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, 11. November, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

„Sous les Toits de Paris“

Regie: René Clair (Frankreich 1929)

Beiprogramm: Paris plein ciel

Wer einen Studenten jüngeren Semesters nach der studentischen Selbstverwaltung fragt, wird leider eine Auskunft erhalten, die sich in der informiert klingenden Bezeichnung Asta erschöpft. Nur, die „die es nötig haben“, wissen auch noch etwas über den „Studentischen Schnelldienst“. Sie wissen zunächst, daß sie durch ihn ihr Studium ermöglichen und ihr Taschengeld verdienen können. Wissen sie aber auch, daß der Schnelldienst finanziert werden muß, daß sie an dieser Finanzierung beteiligt sind — und mehr noch — dadurch mitbestimmend in der studentischen Selbstverwaltung werden?

Diese Finanzierung wird zur Zeit aus einer 3%igen Abgabe vom Nettoverdienst bei jeder Vermittlung bestritten. Geschäftsführung, Telefondienst, Telefongebühren, Druckkosten, Büromaterialien, Porti und andere Ausgaben müssen von dieser Abgabe bezahlt werden. Bis Mitte des letzten Jahres verlangte man 5%, konnte dabei einen kleinen Überschuß erzielen und errechnete sich die mögliche Senkung auf die gegenwärtigen 3%. Die andauernde Abrechnungsuntreue einiger „Kunden“ aber und das beiläufige Vergessen Vieler bereiten jedoch im Augenblick der Geschäftsführung einiges Kopfzerbrechen. Monatlich ist ein geringes Defizit zu verzeichnen, so daß der noch vom

letzten Jahr vorhandene Überschuß zusammenschmilzt und eines Tages eine neue Regelung eintreten muß. Man müßte den Prozentsatz wieder erhöhen, zum anderen aber auch — und das sehr ungerne — ein striktes Kontrollsystem einführen, daß vor jeder Neuvermittlung zunächst erst einmal die Begleichung der Abgabe vom letzten Nettoverdienst prüft. Dagegen läßt sich er rechnen, daß man bei ehrlicher Abrechnung die Abgabe sogar von 3% auf 2% senken könnte, und dabei die unnötige Mehrarbeit wie auch bedauerliche Kontrolle der ständigen Prüfungen ersparen könnte.

Gegenwärtig ist es der Geschäftsführung möglich festzustellen, ob jemand überhaupt nicht abgerechnet hat — und die Neuzulassung zur Arbeitsvermittlung für das kommende Semester wird auch von dieser Prüfung abhängig gemacht werden. Es liegt an allen Interessenten an der studentischen Arbeitsvermittlung, durch einen Stoß ins eigene Kreuz diese Schnelldienst-Sorgen zu beseitigen und damit weiterhin das Verhältnis zwischen Kommilitonen zu wahren, welches wie bisher weitgehend erfreulich und der Studentenschaft angemessen war, ist und bitte bleiben soll.

gs

# VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

## Neue Mitglieder

Dr. med. C. W. Bader, (16) Frankfurt am Main, Bettinastraße 43 c

Direktor Erich Euler, (16) Frankfurt am Main, Neuwiesenstraße 19

General a. D. Hans Georg Hildebrandt, (16) Frankfurt am Main,

Marbachweg 252

Hans Karl von Scheele, (16) Bad Homburg v. d. H., Hardtwaldweg 10

Stadtrat i. R. Dr. Bruno Müller, (16) Schönbeng (Taunus), Im Brühl 22

Direktor Walter Röwe, Vorst.-Mitgl. d. Siemens & Halske AG., (16) König-

stein i. Ts., Oehlmühlweg 43

Felix Baumann, (16) Frankfurt am Main, Franz-Rücker-Allee 39

Max R. Großmann, American Consulate General, (16) Frankfurt am Main,

Feldstraße 2-4

Direktor i. R. Fritz Hrdina, (16) Frankfurt am Main, Mörikestraße 14

Dr. Gerhard Frenzel, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und

Handelstages, (22c) Bonn am Rhein, Hausdorffstraße 115

Johann Georg Prah, (16) Frankfurt am Main, Weserstraße 54

Professor Dr. R. Prigge, Dir. des Paul-Ehrlich-Institutes, (16) Frank-

furt am Main, Paul-Ehrlich-Straße 8

Der Vorstand der Landmaschinen Finanzierung AG., (16) Frankfurt a. M.,

Goethestraße 7

Direktor Max Weckert, München, Theresienstraße 20

Deutsche Commerz GmbH., (16) Frankfurt a. M., Bockenheimer Ldstr. 106

Dr.-Ing. e. h. Franz Grabowski, Vors. d. Vorst. d. Buderus'sche Eisenwerke,

Wetzlar, Schließfach 201/202

Hans von Behr, Bad Schachen (Bodensee), Haus Strandek

Gerling-Konzern, Allgemeine Versicherungs-AG., Generaldirektor Dr. Hans

Gerling, Köln am Rhein, von Werthstraße 14

Klimsch & Co., (16) Frankfurt am Main, Alte Mainzer Gasse 37

Dr. Günther Ramdohr, (16) Frankfurt am Main, Zeil 54

Richard von Szilvinyi, Frankfurt a. M.-Niedererrad, Waldfriedeck II

Dr. G. Frank-Fahle, Luisenhof bei Oberursel i. Ts.

Bankhaus Heinrich Kirsholtes & Co., vorm. Gebrüder Sulzbach,

(16) Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 4-6

Konrad Weil, (16) Frankfurt am Main, Broßstraße 7

Otto Klepper, Preußischer Staats- und Finanzminister a. D.,

(16) Frankfurt am Main, Palmengartenstraße 1-3, Apt. 45

Direktor Dr. Wilhelm Fischersworing i. Fa. Robert Gerling & Cie. GmbH.,

(16) Frankfurt am Main, Beethovenstraße 71

Horst Knapp, Geschäftsführer der Fa. G. Schanzenbach & Co. GmbH.,

(16) Frankfurt am Main, Adalbertstraße 15

Direktor Wilhelm Nuber, Vorst.-Mitgl. d. Commerz- u. Credit-Bank AG.,

(16) Frankfurt am Main, Neue Mainzer Straße 32

Mitteldeutsche Papierwarenfabrik W. Petersen & Co. KG., (16) Frank-

furt am Main, Hanauer Landstraße 181-185

Industriekreditbank AG., Düsseldorf, Karl-Theodor-Straße 6-8

Fritz Voltz Sohn, Apparatebau, (16) Frankfurt am Main, Solmstraße 60

Dröll & Scheuermann, (16) Frankfurt am Main, Roßmarkt 15

Regierungsdirektor Dr. jur. Hans Dickhaut, Hannover, Zwingstraße 2

Wilhelm Mann, (16) Frankfurt am Main, Rotschildallee 22

Leder-Aktiengesellschaft, (16) Frankfurt am Main, Mainzer Landstr. 59/63

E. Berwald, (16) Frankfurt am Main, Oskar-Sommer-Straße 1

May & Christe, Transformatorenfabrik, (16) Oberursel i. Ts.,

Zimmersmühlenweg 11

Dozent Dr. Lothar Wendt, Facharzt f. innere Krankheiten,

(16) Frankfurt am Main, Schubertstraße 2

Ph. Kitz KG., (16) Frankfurt am Main Eschersheimer Landstraße 8

Bürgermeister Dr. Walter Leiske, (16) Frankfurt a. M., Beethovenstraße 71

Indemnity Insurance Company of North America, Philadelphia,

Niederlassung für Deutschland, (16) Frankfurt a. M., Tausananlage 11

Heinrich Wörner, (16) Frankfurt a. M.-Fechenheim, Vilbeler Landstraße 7

## Auszeichnung für Dr. Schmidt-Polex

Für seine Verdienste auf dem Gebiet öffentlicher Meinungspflege zwischenstaatlichen Charakters erhielt der Vorsitz der Vorstandes der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Dr. Hans Walter Schmidt-Polex, Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG., das Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (Steckkreuz).

## ORIENT-INSTITUT FRANKFURT AM MAIN

Einladung zu einem Vortrag von

Herrn August Abel

über

### „Erlebnisse als Alluvial-Goldgräber in Zentralafrika“

(mit Lichtbildern)

am Samstag, 30. Oktober 1954, 18.00 Uhr, pünktlich im großen Hörsaal des Senckenbergmuseums

(Dauer etwa eine Stunde)

Stadtrat Dr. H. Reinert, Vorsitzender

Eintritt frei für Mitglieder der „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“

Interessenten, die die Vorträge des Orient-Institutes laufend zu besuchen wünschen, bitten wir, ihre Anschrift beim Büro des Institutes, Savignystraße 65, Tel. 74 164, aufzugeben. Sie erhalten alsdann zu allen Vorträgen persönliche Einladungen.

Betr.: Zustellung unseres Nachrichtenblattes „DISKUS“ Frankfurter Studentenzeitung

Um bei Anschriftenänderung des Adressaten die laufende Zustellung unseres Nachrichtenblattes zu gewährleisten, empfehlen wir unseren Mitgliedern, neben der Angabe ihrer neuen Anschrift an unsere Geschäftsführung die neue Adresse auch dem für sie zuletzt zuständigen Postamt bekanntzugeben. Für die Mitglieder entstehen daraus keine weiteren Kosten.

# SÜDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Zentrale: München - Frankfurt (Main)

Aktienkapital und Reserven 74 Millionen DM



106 Geschäftsstellen in Süddeutschland

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Eröffnung von Sparkonten

früher DEUTSCHE BANK



# Milhaudie

Im Claassenverlag, Hamburg, erschienen Claude Rostands „Gespräche mit Milhaud“<sup>\*)</sup>. Der Pariser Musikkritiker Rostand, in der Rolle eines emanzipierten Eckermann, weiß mit geschickten Fragen dem Komponisten allerlei Instruktives zu entlocken. Der heute 62jährige hat eine Fülle verschiedenartigster Werke geschrieben und liebt zu betonen, daß es in seiner Produktion keine Entwicklung gibt, sondern eine Reihe verschiedenartiger Wege, nebeneinander herlaufend, die er jeweils unter dem Anreiz eines neuen Werkes einschlägt. In der Tat hat er nie eine Ausdrucksmöglichkeit an einem Opus verwandt, um sie danach ad acta zu legen, sondern häufig greift er in späten Arbeiten technische Mittel der früheren Produktion wieder auf, je nach Erfordernis des vorliegenden Werks. Überhaupt sind ihm die Bedingungen eines Werks, etwa ein Opernlibretto oder ein Ballettsujet, die einzige Voraussetzung für seine Gestaltungsweise. Er hat zwar einen sehr typischen eigenen Stil, doch undoktrinär unterwirft er ihn den jeweiligen Gegebenheiten. So stehen in seinem Oeuvre neben leicht hingeschriebenen sketchhaften „Minutenopern“ („Die Entführung der Europa“) wuchtige „große Opern“ fast im Geiste Meyerbeers („Bolivar“), artistische Unterhaltungsmusik („Scaramouche“) neben der religiösen Chor-sinfonie (Te Deum). Diese Vielgesichtigkeit teilt er weitgehend mit seinen Freunden aus der „Groupe des Six“, der er 1919 sich anschloß, einer Gruppe junger Komponisten um den musikalischen Outsider Satie, die schroff von der Avantgarde des Gestern, Wagner und Debussy, sich abzuheben trachtete. Darunter waren auch Poulenc, Honegger und Auric. Ihnen gemeinsam und Milhaud besonders zueigen ist eine gleichzeitige Fähigkeit zu Grazie und Charme wie zum Pathos. Nach dem frühen lyrischen Werk „Das verlorene Schaf“ (geschrieben 1910—15) — ebenso wie „Malheurs d'Orfée“ mit Cocteau die Modernisierung eines antiken Vorwurfs — war seine bedeutendste frühe künstlerische Äußerung die Musik zu Claudels Nachdichtung der aischyleischen Orestie. Und zwar gewinnt die Musik darin bei der fortlaufenden Beschäftigung des Komponisten mit der Trilogie stetig an Raum. Im „Agamemnon“ vertont er nur eine Szene: Streitgespräch der Klytemnästra mit dem Chor nach dem Mord (1913); der zweite Teil, „Totenopfer“, umfaßt mehrere Solo- und Chornummern; und schließlich „Die Eumeniden“ wurden zu einer vollständigen dreiaktigen Oper (1916—22). Milhaud wendet darin streckenweise rein rhythmische Chöre an, die den gesprochenen Text der Solisten durch Wiederholungen einzelner Worte und Sätze begleiten, wobei bewußt von der Prosodie des Textes, der natürlichen, sprachlichen Betonung, abgewichen wird zugunsten einer ungewohnten, stehenden Akzentverlagerung, Strawinskys „Ödipus rex“ verwandt. Die Mittel der beiden Komponisten in diesem Falle sind die gleichen, der erstrebte Effekt verschieden. Es zeigt sich darin ihre andersgeartete Einstellung zur Oper. Beide stehen in der Reaktion auf das Wagnersche Musikdrama. Strawinsky lehnt bei Wagner die dienende Funktion der Musik ab, sie ist dort nur Vehikel für psychologische Vorgänge, verliert somit an Souveränität. Daher benutzt er Opersujets nicht zum Vertonen, er nimmt sie nur zum Anlaß, eine möglichst eigenständige Musik zu schreiben, die ohne Engagement neben der Handlung herläuft („Geschichte vom Soldaten“). Im „Ödipus rex“ betont er die Autonomie der Musik durch die tote Sprache (Latein) und die Nichtachtung ihrer quantifizierenden Betonungsgesetze. Milhaud in seiner Orestie dagegen wünscht durch die „falsche“ Betonung das Bedeutsame und Unrealistische der Chorfunktion zu unterstreichen. Auch teilt er keineswegs Strawinskys Auffassung von der Unabhängigkeit der Musik in der Oper, im Gegenteil: er weist ihr eine zwar wichtige, doch funktionelle Rolle zu. Sie habe im akustischen Bereich die Aufgabe des Beleuchtens. „Sie muß den Auftritt einer Person vorbereiten oder unterstreichen . . .“, die Person seelisch und gefühlsmäßig in ihrem

Wesen umreißen . . . Klima, Atmosphäre, Klangdekoration nach Maßgabe des jeweiligen Textes schaffen.“ Wir sehen: nichts Revolutionäres zur Opernästhetik. Was Milhaud der Oper an Neuerung bringt, ergibt sich vornehmlich aus der Vertonung ungewöhnlicher Bücher. Vor allem Claudels „Christophe Colombe“, ein gewaltiges, mehr episches denn dramatisches Werk, strukturell dem szenischen Oratorium (Honeggers „Johanna auf dem Scheiterhaufen“) und der szenischen Kantate (Orffs „Carmina Burana“) verwandt, eine Folge symbolisch geladener Bilderszenen, eine Revue bedeutsamer Stationen aus der Vita des Columbus, ein allegorisches Panoptikum, verknüpft und vermittelt durch einen Ansager: der säkularisierte Testo des Oratoriums religiöser Provenienz (Sprechstimme rhythmisch vom Schlagzeug unterstützt). Die Musik zu diesem Werk durchläuft alle Nuancen von „absoluten Nummern“ bis zur illustrativen Sturmschilderung. Das Stück wurde 1930 in Berlin uraufgeführt. Milhauds übrige Opern weichen weniger vom traditionellen Muster ab: 1932 „Maximilian“ nach Werfel; 1940 „Medea“; 1950 „Bolivar“ nach Super-vielle.

Stichworte, geprägt von den Herausgebern und Kommentatoren, sollen ein besseres Zurechtfinden und eine größere Übersichtlichkeit in den Gesetzen ermöglichen: Daß aber diese Schlagworte nicht immer stichhaltig sind, ist so bekannt, wie daß sie von Auflage zu Auflage und von Kommentar zu Kommentar unverändert übernommen werden. Es muß deshalb auffallen, daß Dreher und Maassen<sup>1)</sup> das Strafgesetzbuch nicht nur mit Verweisungen und kurzen Erläuterungen herausgegeben haben, sondern zugleich auch versuchten, passendere Bezeichnungen für die einzelnen Delikte zu finden. § 247 StGB z. B. wurde herkömmlich als „Haus- und Familiendiebstahl“ betitelt; nicht zutreffend, weil er sich auch auf Unterschlagungen bezieht. Dreher kommt mit seiner Bezeichnung als „Eigentumsvergehen in Haus und Familie“ dem Sinn des § 247 schon näher; noch korrekter wäre „Eigentumsdelikte . . .“, weil sich die angeführte Bestimmung auch auf „Verbrechen“ (Schweren Diebstahl z. B.) bezieht. Mitunter ist die übliche Begriffsbildung zu willkürlich geändert. Stellen wie „Raub ist der Diebstahl, bei dem zum Zwecke der Wegnahme bestimmte Vergewaltigungsmittel eingesetzt werden“ oder „Versucht ist die Tat, sobald mit unmittelbarer Verwirklichung der Wegnahme oder der Vergewaltigungshandlung begonnen ist“ könnten zu abwegigen Assoziationen verleiten. Die Erläuterungen zum Allgemeinen wie zum Besonderen Teil enthalten trotz ihrer Knappheit alles Wesentliche und berücksichtigen sehr eingehend die neuere Rechtsprechung. Wünschenswert wäre eine Ausdehnung der Erläuterungen auf die mit abgedruckten wichtigsten Nebengesetze, z. B. auf das gegenwärtig besonders aktuelle Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften.

## Neue Schaeffer-Bände

**Strafrecht.** Die umfangreichen Gesetzänderungen der letzten Jahre sowie die Entwicklung der Rechtsprechung haben eine völlige Umarbeitung der beiden Strafrechtbände<sup>2)</sup> erforderlich gemacht. Die schematische Darstellungsweise ermöglicht im Allgemeinen Teil, vor allem bei der Auseinandersetzung mit der Irrtumslehre, eine übersichtliche Zusammenfassung der wichtigsten Theorien. Deren praktische Auswirkungen werden hier — wie auch an anderen Stellen des Buches — an klassischen Beispielen aufgezeigt. Die Darstellung schließt mit einem Überblick über das Jugendstrafrecht und Tabellen zum Aufbau strafbarer Handlungen nach der herrschenden und der finalen Handlungslehre und zur Systematik der Rechtfertigungs- und Schuld-ausschließungsgründe.

Daß ein Leser des Besonderen Teils einen Gesetzestext zur Hand hat, kann vorausgesetzt werden. Deshalb ist aber die bloße Aufzählung von Delikten ohne weitere Erläuterung dazu eine überflüssige Konzession an die Vollständigkeit der Darstellung. Das gilt insbesondere für die Abschnitte Hochverrat, Verfassungsverrat, Landesverrat usw., wo ohnehin immer wieder gesagt ist: „Näheres § XY des Strafgesetzbuches“. Es läge im Interesse der Studierenden, bloße Aufzählungen zu unterlassen und statt dessen wichtigere Delikte ausführlicher zu besprechen.

**Öffentliches Recht.** Einen Überblick über Wesen und Entstehung der Staatsformen geben soll die Allgemeine Staatslehre<sup>3)</sup>, ergänzt durch eine Darstellung der wichtigsten Verfassungen der Gegenwart. Daß in einem 1953 erschienenen Werk aber noch behauptet wird, der Präsident der USA könne unbeschränkt wiedergewählt werden, muß Zweifel an der Sorgfalt der Bearbeitung erwecken. Auch sind die zur Förderung der Allgemeinbildung eingestreuten Bemerkungen wie „Die nationalen Gedanken verdichteten sich (= in Frankreich) nicht zuletzt durch den Hundertjährigen Krieg mit England, in welchem die Jungfrau von Orleans die Freiheit der Nation verteidigte“ (S. 61) nicht nur historisch, sondern auch logisch bedenklich. Im Register findet man z. B. „Adenauer, Konrad, Politiker 105; Cato, röm. Staatsmann 45; Giese, Rechtslehrer 115; Schumacher, W., Politiker 105“, vermag aber auf den angegebenen Seiten auch nicht die beiläufigste Erwähnung der Genannten entdecken, so daß ihre Aufzählung im Register hochstaplerisch anmutet. Bei der nach diesen kurzen Andeutungen sehr dringlichen

Interessant ist Milhauds Beschäftigung mit Folkloristischem. Vor allem verwandte er brasilianische Volks- und Unterhaltungsmusik, die er 1917 als Begleiter des Diplomaten Claudel im Lande kennenlernte. Dabei kommt es teils zu Adaptationen folkloristischer Themen, die er kontrapunktisch verarbeitet, teils auch bildet er selbst im Geist und Stil dieser Musik eigene Melodien, wie Bartok und De Falla. So in „Saudades do Brasil“. Mit viel Geschick benutzt er auch Jazzmaterial, das er eigenwillig kontrapunktisch „komponiert“, polytonal übereinanderschichtet. (Polytonalität meint Gleichzeitigkeit mehrerer Stimmen in verschiedenen Tonarten.) Ein Beispiel für derartige Jazzstilisierung ist das Ballett „Création du monde“, ein Werk, das sowohl der Kunstmusik als auch dem Jazz gerecht wird, darin wohlthuend einerseits von Gershwins „Rhapsody in blue“ mit ihrer billigen Pseudo-Liszt-Harmonik sich abhebend, wie auch von Strawinskys Jazz verarbeitenden Produktionen („Geschichte vom Soldaten“ „Scenes de ballet“), die lediglich ein paar rhythmische Jazzrudimente erhalten. Milhaud nahm in seine Kompositionen auch provençalische und jüdische Volksmusik auf, angeregt durch seine Abstammung und Religion.

Ein interessanter Komponist; in dem sehr ungleichmäßigen Niveau seiner Produktion Berlioz vergleichbar, den er sehr schätzt.

## Jurnal gegen Examensangst

gründlichen Überarbeitung des Werkes dürfte auch die Rechtschreibung nicht vergessen werden: Nicht jeder Leser hat genug Phantasie, hinter „Köllreuter“ Otto Koellreutter und hinter „Hajak“ Hayek zu entdecken.

Das **Verwaltungsrecht**<sup>4)</sup> enthält nicht nur eine umfassende Darstellung von Recht und Rechtsschutz in der Verwaltung, sondern befaßt sich auch eingehend mit einem von den rein wissenschaftlichen Lehrbüchern des Verwaltungsrechts gern vernachlässigten Gebiet: Der Abschnitt über Organisation und Aufbau der Verwaltung im allgemeinen, in der Bundesrepublik und den einzelnen Bundesländern gibt einen guten Eindruck vom praktischen Funktionieren der Verwaltung und den dabei auftretenden Problemen. Die geschichtliche Einführung in das Wesen verwaltender Tätigkeit erleichtert das Verständnis und ermöglicht ein Erkennen der Vor- und Nachteile verschiedener Ausgestaltungen der Verwaltung.

Das **Gemeinderecht**<sup>5)</sup> desselben Verfassers ist ebenfalls historisch aufgebaut. Hervorzuheben ist die umfassende Behandlung der modernen Gemeindeführung. Abschnitte über Notwendigkeit und Art der Staatsaufsicht sowie das Recht der Gemeindeverbände und deutschen kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Städtebund, Gemeindetag usw.) schließen die Darstellung ab.

Ein **Allgemeines Polizeirecht**<sup>6)</sup> für die Bundesrepublik Deutschland zu schreiben, ist eine schwierige Aufgabe, solange das Polizeirecht alles andere als allgemein, d. h. einheitlich ist. Nebinger ist es gelungen, das wirklich „Allgemeine“ durch Gegenüberstellung der nord- und süddeutschen Polizeisysteme herauszuarbeiten. Wenn auch im Ergebnis die Unterschiede häufig nicht so groß sein mögen, so fördert das fortwährende Vergleichen die Kritik und damit die selbständige Stellungnahme zu den aufgeworfenen Problemen.

Der Band **Steuerrecht**<sup>7)</sup> macht die auf diesem Gebiet in Deutschland gegenwärtig herrschende Konfusion deutlich. Es genügt aber nicht, bei einer Darstellung des Steuerrechts von der staatlichen Steuerhoheit auszugehen: Daß der Kampf um das Recht der Steuerbewilligung zur Entwicklung der modernen Demokratie führte, ist zu wichtig, um es stillschweigend voraussetzen. Und daß die Demokratisierung der Steuerbewilligung bei dem geringen Spielraum, den die unabdingbaren Bestandteile eines Etats noch lassen, heute fragwürdig geworden ist, dürfte auch nicht verschwiegen werden.

Das Verständnis für die Wichtigkeit der einzelnen Steuern könnte aber noch gefördert werden, wenn künftigen Auflagen einige Vergleichszahlen über die Erträge der einzelnen Steuern (und auch die Kosten, die durch ihre Erhebung entstehen!) beigelegt und die im einzelnen zu bestreitenden staatlichen Aufgaben verdeutlicht würden: Erst damit wäre die Stellung des Steuerwesens im Staate klar umrissen; ohne diese Ergänzungen bleibt eine Darstellung des Steuerrechts abstrakt und unverbundlich.

U. K.

\*) Claude Rostand: Gespräche mit Darius Milhaud, Claassen-Verlag, Hamburg, 165 Seiten, GzL 9,80 DM.

## Konzernrecht

Für erfahrene Juristen, besonders Wirtschaftsjuristen, ist Friedländers „Konzernrecht“ ein Begriff. Die Frage ist, ob dieses Werk, das nunmehr in der 2. Auflage vorliegt, auch den heranwachsenden Juristen zum Studium empfohlen werden kann.

Der Verfasser schickt in einem „Allgemeinen Teil“ eine kurze, präzise Definition und Erläuterung der in Betracht kommenden Grundbegriffe voraus. So wird man sofort damit vertraut gemacht, was unter einer „Vollgemeinschaft“ und einer „Teilgemeinschaft“ zu verstehen ist; weiter wird auf die möglichen Rechtsformen der Unternehmenszusammenfassungen hingewiesen. „Weil gesetzlich — nicht minder bei Vertragsformulierungen — erhebliche Verwirrung herrscht“, hat der Verfasser die Begriffe „Betrieb“, „Unternehmen“ und „Gesamtunternehmen“ (Konzern) gegeneinander abgegrenzt. Schließlich wird das im Zusammenhang mit Unternehmenszusammenfassungen auftauchende Problem der Selbständigkeit der juristischen Personen, d. h. ob und inwieweit bei der Eingliederung einer juristischen Person in eine höhere Einheit deren rechtliche Selbständigkeit beschränkt werden kann, behandelt. Gerade zu dieser Frage wird an Hand maßgeblicher Entscheidungen des Reichgerichts kritisch Stellung genommen. Für das Verständnis wichtiger wirtschaftsrechtlicher Zusammenhänge entscheidend sind dann die im „Besonderen Teil“ behandelten Fragen — um nur einiges herauszugreifen — der Umwandlung und Verschmelzung und deren Rechtswirkungen auf die mit dem Unternehmen verbundenen Rechtsverhältnisse; die Möglichkeiten der Zusammenfassung durch Beteiligungen; der Begriff und die Rechtsnatur eines Schutzgemeinschaftsvertrags. In besonderen Kapiteln werden die Berührungspunkte und Verbindungen zwischen der Konzernbildung und dem Aktienrecht, dem Patentrecht und dem Warenzeichenrecht in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht besprochen und erörtert.

Zu allen Fragen ist die einschlägige höchstrichterliche Rechtsprechung und umfangreiche Literatur herangezogen und zum Teil kritisch beleuchtet. Von besonderem Interesse ist die Erörterung und Stellungnahme zu dem „Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (Kartellgesetz), dem der Verfasser wegen seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Aktualität einen besonderen Abschnitt widmet.

Erich Petry.

## Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN  
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

### KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke  
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenh. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 755 89

## Universitätsbuchhandlung

### BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 936 33 u. 952 64

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften



# Wege des modernen Strafvollzugs

Von Alexander Böhm

Seit dem 1. Januar dieses Jahres haben wir in der Bundesrepublik eine Einrichtung, die am besten zeigt, daß es auch auf dem Gebiete des Strafvollzugs einen Fortschritt gibt: Die Strafaussetzung zur Bewährung.

Sie wird vom Richter ausgesprochen. Der Angeklagte wird beispielweise zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird auf drei Jahre ausgesetzt, innerhalb deren sich der Angeklagte gut führen und sich den vom Gericht auferlegten Bedingungen fügen muß.

## Strafe muß sein!

Die Strafaussetzung auf Bewährung hingegen wird vom Richter ausgesprochen. Der Angeklagte wird beispielsweise zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird auf drei Jahre ausgesetzt, innerhalb deren sich der Angeklagte gut führen und sich den vom Gericht auferlegten Bedingungen fügen muß.

Ist das nun noch eine Strafe? Das Volk zählt nur das echte Gefängnis, die verbüßte Strafhaft. Aussetzung auf Bewährung ist so gut wie Freispruch. Und das geht nicht; denn „Strafe muß sein“!

Dafür, daß Strafe sein muß, gibt es zahlreiche Begründungen, die freilich nicht immer überzeugen. Welcher Art die Strafe aber sein muß, ist hier zunächst von Interesse.

Im Mittelalter war die übliche Strafe die Todesstrafe, die in etwa vierzig Variationen vollstreckt wurde. Die Übeltäter wurden gehenkt, verbrannt, gesteinigt, lebendig begraben, enthauptet, vergiftet, in die Schlangengrube geworfen, gekreuzigt oder aufs Rad geflochten — um nur die gebräuchlichsten Methoden aufzuzählen. Der englische König Heinrich der Achte ließ in seiner Regierungszeit (1509—1547) 72 000 Verbrecher hinrichten. Noch 1780 gab es in England 240 Verbrechen, die mit der Todesstrafe bedroht waren, darunter Taschendiebstahl und Mundraub. Daneben gab es die Strafe der Körperverletzung, vollstreckt durch Abschlagen einer Hand oder durch Blenden, sowie einige andere brutale Bestrafungen. Man dachte damals nur an die Vergeltung des vom Täter begangenen Unrechts.

In den Zeiten der Verelendung nach dem dreißigjährigen Krieg kamen die Richter in Amsterdam auf den Gedanken, die Vergeltungsstrafe mit dem Besserungszweck zu verbinden und schufen ein Zuchthaus, in dem die Freiheitsstrafe nicht als eine Art Lebensvernichtung vollzogen werden sollte, sondern mit dem Ziel, den Inhaftierten zu bessern. An der Pforte des Zuchthauses ließen sie deshalb den Satz anbringen:

Fürchte dich nicht. Ich räche nicht Böses, sondern zwinge zum Guten. Hart ist meine Hand, aber lieblich mein Gemüt.

Das war der Beginn des modernen Strafvollzuges. Inzwischen hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Verbrecher eine Art Mitmensch ist, dem man eine Chance geben muß, den man nicht brutal behandeln darf, der für die Gesellschaft eine Aufgabe darstellt, mit der sie in einer anderen Weise als der Vernichtung fertig werden muß. Das entspricht der Religion des Christentums und dem heutigen Stand unserer Zivilisation. Während die alte, reine Vergeltung bei grauenhafter Ungerechtigkeit wenigstens in sich klar und einleuchtend war, wohnten jetzt zwei Seelen in der Brust des Strafvollzuges, die Seele der Vergeltung und die Seele der Besserung. Und dazu kommt ein Drittes: Man darf es den Verbrechern nicht zu angenehm machen, sonst werden sie und andere nicht von Untaten abgeschreckt.

Von der abschreckenden Wirkung der Strafe hat der brave Bürger eine durch keine Tatsachen zu erschütternde, falsche Vorstellung. Das hängt damit zusammen, daß er sich mit dem Übeltäter identifiziert und z. B. folgendes denkt: Wenn ich so böse wäre, wie der Einbrecher X, dann würde ich nur einbrechen, wenn ich nicht mit Zuchthaus, sondern nur mit Gefängnis zu rechnen hätte. Und wenn ich so böse wäre, wie der Mörder Y, dann würde ich nur morden, wenn darauf nicht die Todesstrafe steht. Der brave Bürger stiehlt und mordet aber überhaupt nicht. Er würde auch keinen Mord begehen, wenn

bezahlt er noch obendrein den Unterhalt für die Familie des Inhaftierten.

All das zeigt, daß die Aufgabe der Resozialisierung im Gefängnis nicht gelöst werden kann.

## Die Konsequenzen

Da also das Gefängnis weder resozialisiert noch abschreckt, befinden sich nur jene zu Recht dort, die man nicht frei herumlaufen lassen kann, weil sie gefährlich und unverträglich sind. Das sind ganz wenige der heutigen Gefängnisinsassen. Vielleicht auf 10 Inhaftierte einer. Oder noch weniger. Was geschieht mit dem Rest?

Die Amerikaner wollen viel mehr Leuten Strafaussetzung auf Bewährung zuerkennen und die Strafe in die Auflagen hineinlegen. Das halte ich auch für richtig, möchte es aber noch etwas erläutern.

Bei den Verkehrssündern ist man mit Führerscheinentzug und Beschlagnahme der Kraftfahrzeuge schon auf dem richtigen Wege. Man müßte außerdem allen Verkehrssündern, die eine Sache beschädigt oder einen Menschen verletzt haben, in Strafurteil die volle Entschädigung auferlegen. Hier besteht dann für Freiheitsstrafen gar kein Bedürfnis mehr.

Diebe, Einbrecher, Betrüger, Veruntreuer, Wucherer und sonstige Parasiten, die auf Kosten anderer leben wollen, gehören schon gar nicht ins Gefängnis. Dort leben sie ja schon wieder auf Kosten der Gesellschaft! Hier wäre in allen Fällen zunächst einmal die Verurteilung zur Wiedergutmachung notwendig. Damit würde auch der Gerechtigkeit am meisten gedient. Nun sagt jeder Jurist vom 2. Semester aufwärts, das sei keine Strafe; denn den verursachten Schaden müßten diese Leute sowieso nach zivilrechtlichen Vorschriften ersetzen. Das ist richtig aber leider sehr theoretisch. Der durch Vermögensdelikte einschließlich Brandstiftung im Jahre 1952 in Hessen verursachte Schaden betrug über 21 Millionen Deutsche Mark. Nur ein Drittel davon wurde wieder ersetzt. Die Einsperrung eines Diebes ist also zu allem andern noch ein Unrecht am Bestohlenen, dem man damit praktisch alle Hoffnung nimmt, jemals wieder zu einem Ersatz seines Schadens zu kommen, wenn man die gestohlene Sache nicht zufällig wieder gefunden hat. Welcher Strafrichter und Staatsanwalt kennt nicht die bange Frage des Geschädigten nach der Verurteilung des Diebes: „Und wann bekomme ich meine Sachen wieder?“ Er bekommt sie natürlich nicht wieder. Der Dieb wandert ins Gefängnis, der Bestohlene zahlt mit seinen Steuern den Gefängnisaufenthalt des Diebes und die Fürsorgeunterstützung der Familie des Diebes, er wird praktisch noch einmal bestohlen. Aber so etwas Hehres wie den staatlichen Strafanspruch kann man natürlich nicht zur Regelung privater Schadenersatzansprüche mißbrauchen! Also: Keine Gefängnisstrafe sondern Wiedergutmachung und, wo das nicht genügt, noch eine weitere Sondersteuer. Das darf nicht dazu führen, daß der Verurteilte erst recht wieder stehlen muß. Mit Hilfe eines guten Probation-Officers kann man aber schon die richtigen Raten festlegen. Wenn der so Verurteilte nicht freiwillig seinen Auflagen nachkommt, läßt man ihn eben unter Bewachung arbeiten in für solche Fälle einzurichtenden Arbeitslagern. Unter diese Strafregelung könnten auch harmlose Räuber und Erpresser, die Brandstifter und die Hehler fallen.

Sittlichkeitsverbrecher muß man unterschiedlich behandeln. Für die — außerhalb ihrer unglücklichen Veranlagung normalen — Kinderverderber käme der Aufenthalt in einem „kinderfreien Dorf“ in Frage. Hier können sie kein Unheil anrichten und trotzdem nützlicher Beschäftigung nachgehen.

Bei leichteren Schlägereien dürfte man auch mit Verurteilung zum Ersatz des verursachten Schadens und anderen Auflagen auskommen. Für das Gefängnis bleiben die wenigen unverbesserlichen, gefährlichen Verbrecher übrig.

Wir können das Gefängnis und die Freiheitsstrafe aus unserem sozialen Leben nicht wegdenken. Und trotzdem hat es Zeiten gegeben, in denen es die Freiheitsstrafe nicht gab, in denen alle Verbrecher hingerichtet oder verstümmelt wurden. Man hat sich damals nicht vorstellen können, daß man diesen Strafvollzug durch Gefängnis ersetzen könnte.

Er ist fast völlig durch Gefängnis ersetzt worden.

Einer späteren Zeit wird die Freiheitsstrafe unverständlich und roh vorkommen, so wie uns heute das Blenden und Aufs-Rad-flechten.

Grundfesten des „modernen“ Strafvollzugs rütteln. Sie reden nicht gegen die Gefängnisse alten Stils mit engen Zellen und hohen Mauern — man hat in Amerika für die weniger gefährlichen Verbrecher, welche die große Mehrheit der Inhaftierten bilden, schon seit geraumer Zeit mäßig oder schwach bewachte Anstalten, die eher an ein Arbeitslager erinnern — sie reden gegen das Gefängnis, die Freiheitsstrafe, überhaupt. Sie sagen, man brauche nicht bessere Gefängnisse sondern weniger Gefängnisse. Als man die Rohheit und Erfolglosigkeit der Prügelstrafe erkannt habe, habe man diese nicht reformiert sondern verboten. Das Gefängnis stehe dem modernen Strafvollzug im Wege und sei ein Feind der Gesellschaft. Wir wollen uns zum Schluß mit den Argumenten dieser Leute auseinandersetzen und den Weg aufzeigen, den der Strafvollzug nehmen wird, wenn man auch dieser neuen Reform folgt. Daß man ihr folgen wird, daran zweifele ich nicht. Nur wann, und vor allem wann hier, das ist die Frage.

Das Hauptanliegen des modernen Strafvollzuges ist die Resozialisierung. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal wiederholen, daß die Resozialisierung natürlich nicht der Grund der Strafe ist. Grund der Strafe ist die Notwendigkeit einer Sühne für begangenes Unrecht. Das interessiert hier aber nur am Rande. Die Strafe liegt in der Verurteilung im öffentlichen Verfahren und in allen Auflagen die der Verurteilte erhält. Die Wahl der Strafmittel und die Durchführung der Strafe, ihr Vollzug, sind unabhängig von dem Grund der Bestrafung an sich. Sie sind frei von Vergeltungs- und Sühnedenken und erstreben die Wiedereingliederung des Täters in die Gesellschaft. Die Wiedereingliederung wird ungemein erschwert, wenn man den Verurteilten durch die Strafhaft erst ausgliedert. Und auch die beste Strafhaft kann niemanden auf ein straffreies Leben in der Freiheit mit allen ihren Gefahren und Versuchungen vorbereiten. In der Strafhaft kann man zwar gute Vorsätze fassen, wenn man Glück hat, sogar etwas Vernünftiges lernen, aber man kann nie lernen, wie man sich in der Freiheit zu verhalten hat, um die guten Vorsätze in die Tat umzusetzen. Das Wohlverhalten in der Freiheit und in der Gefangenschaft ist ganz verschieden. In der Gefangenschaft ist wesentlich leichter.

Das Gefängnis kann also gar nicht resozialisieren. Es kann, wie wir anfangs gesehen haben, auch nicht abschrecken. Es kann nur sichern. Und auf diesen Sicherungszweck sollte man es beschränken. Der Gefängnisinsasse ist auch sonst für Resozialisierungsversuche ein undankbares Objekt. Viele Verurteilte kamen ins Gefängnis, weil sie in schlechte Gesellschaft gekommen waren. Man sollte sie von der schlechten Gesellschaft fern halten. Was tut man: Man steckt sie ins Gefängnis! Solche, die straffällig geworden sind, ohne zuvor in schlechte Gesellschaft gekommen zu sein, werden in der Gefängnisgesellschaft auch nicht auf ein straffreies Leben vorbereitet. Ein Verurteilter sollte guten Umgang haben, keinen schlechten. Im Gefängnis werden oft Freundschaften geschlossen. Wird der Gefangene auf Bewährung entlassen, verlangt man von ihm, daß er sich von seinen alten Strafanstaltskameraden fernhält. Viele bewahren sich aber eine Anhänglichkeit an diese alten Kumpels und kommen in Konflikte. Es wäre doch besser, wenn solche Freundschaften erst gar nicht entstünden. Um auch — dem Zuge der Zeit folgend — ein sexuelles Problem anzuschneiden, sei erwähnt, daß lange Gefängnishaft zu Homosexualität führen kann, wenn ich auch auf dieses Argument kein gar zu großes Gewicht legen möchte. Immerhin läßt man wohl auch aus diesem Grunde in den Strafanstalten in Mexiko Besuche der Ehefrauen der Häftlinge über Nacht zu.

Außerdem bestraft man durch die Inhaftierung des Verurteilten dessen Angehörige oft schwerer als ihn. Man greift nicht nur familiäre Bindungen an, die oft genug zum Schaden des Häftlings und der Gemeinschaft zerstört werden, sondern man setzt auch die Familien materieller Not aus. Der Häftling, der in vielen Fällen seine Familie durch ehrliche Arbeit unterhält, ist daran in der Strafanstalt gehindert. Was er da erarbeitet reicht allenfalls zur Deckung der Unkosten aus, die er dem Staat verursacht. Seine Familie fällt unterdessen der Fürsorge zur Last. So zahlt der Steuerzahler doppelt für sein Vergnügen, den bösen Dieb im Gefängnis zu wissen. Einmal bezahlt er die Institution und die Wachmannschaft, und dann

5 Jahre Zuchthaus darauf stünden. Ihm genügt es vollkommen, daß morden und stehlen verboten ist, und daß man es nicht tut. Deswegen kann er sich auch nie in die Überlegungen hineinendenken, die den bösen Bürger zur Begehung von Straftaten veranlassen.

## Schreckt die Strafdrohung ab?

Der Gedanke an die Strafe spielt beim Tatentschluß des bösen Bürgers keine große Rolle. Die geplante Tat steht auf dem Fundament: Es kommt nicht heraus. Die Erfahrung lehrt, daß dieses Fundament gar nicht so wackelt, wie es den Anschein hat. Nach den Statistiken werden rund 70% der Straftaten aufgeklärt, die der Polizei bekannt werden. Wieviel Prozent der wirklich begangenen Delikte der Polizei bekannt sind, läßt sich natürlich nur schätzen. Sittlichkeitsdelikte werden aus Angst vor Schande nicht angezeigt, bei kleinen Diebstählen ist der Bestohlene oft zu faul, bei der Polizei eine Anzeige zu erstatten, oft sind die Umstände des Diebstahls auch zu blamabel, wenn er z. B. in einem zweifelhaften Lokal begangen worden ist, in dem der Bestohlene „eigentlich“ nicht hätte sein sollen. Sehr oft gibt der ertappte Dieb oder Betrüger die Erträgnisse der Tat an den Geschädigten zurück, worauf dieser kein Interesse mehr an der Anzeige hat. Unehrlische Angestellte und Arbeiter werden durch die Entlassung bestraft. Auch gegen diese wird häufig keine Anzeige erstattet. Die zahlreichen Straftaten unter Verbrechern werden oft auch nicht angezeigt.

So ist also die Wahrscheinlichkeit, daß man nicht erwischt wird, gar nicht so gering. Dabei sind nach den Polizeistatistiken sogar die gängigen Straftaten verhältnismäßig „lohnend“. Von den bekannt gewordenen Diebstahlsdelikten aller Art werden keine 50 Prozent aufgeklärt, von den Raubüberfällen etwa 65 Prozent. Die meisten Straftaten würden gar nicht begangen werden, wenn der Täter nicht darauf hoffte, daß sie nicht entdeckt würden. Alle Vermögensdelikte, und das sind gut zwei Drittel aller Straftaten, sind in der Hoffnung begangen, daß sie nicht entdeckt werden; sie würden nicht begangen, wenn der Täter keinen Grund zu dieser Hoffnung hätte. Andere Straftaten, manche Sittlichkeitsdelikte z. B., werden begangen, weil der Täter nicht anders kann. Er wird trotzdem bestraft, wenn er nicht geisteskrank ist. Hier schreckt die Strafe auch nicht ab.

Es mag Fälle geben, in denen Höhe und Schärfe der Strafe abschreckend wirken. Man wird jedenfalls nie beweisen können, daß es diese Fälle nicht gibt. Es hat sich aber gezeigt, daß diese Fälle nicht zahlreich genug sind, um etwa statistisch ins Gewicht zu fallen. Man konnte das sehr gut in der Schweiz beobachten, in der bis 1942 jeder Kanton sein Strafgesetzbuch hatte, in dem unterschiedliche Strafen angedroht waren. Man kann es heute noch in den USA sehen, in denen 48 teilweise sehr verschiedene Strafgesetzsysteme bestehen. Ist unter einem System die Diebstahlsstrafe gering, unter dem anderen hoch, so entwickelt sich die Diebstahlskriminalität in beiden Systemen doch ziemlich gleichlaufend.

Im Jahre 1822 gab es in England noch 60 verschiedene todeswürdige Straftaten. Von den 12 Millionen Einwohnern saßen damals etwa 50 000 im Gefängnis. 1885 gab es in England nur noch drei todeswürdige Verbrechen: Mord, Seeräuberei und Landesverrat. Die Strenge der Strafen hatte also nachgelassen. Die Bevölkerung hatte sich vermehrt: 27 Millionen bewohnten die britischen Inseln. Und nur 9000 saßen im Gefängnis. Die Kriminalität hatte stark nachgelassen — trotz milderer Strafvollzugs, oder vielleicht gerade deswegen? Auf der abschreckenden Wirkung hoher und scharfer Strafen kann man mithin kein Strafvollzugssystem aufbauen.

## Vergeltung im Strafvollzug?

Was die Vergeltung des Unrechts angeht, so können wir uns damit beruhigen, daß die Vergeltung bereits darin besteht, daß man einen Übeltäter polizeilich verfolgt, vor Gericht stellt wegen des Verstoßes gegen irgendeine Norm schuldig spricht und mit irgendeiner Strafe belegt. Wir vergelten schon



längst nicht mehr Gleiches mit Gleichem, sondern Totschlag, Raub, Betrug und Diebstahl mit Freiheitsentzug, wobei die Dauer des Entzuges in einer gewissen Relation zu unserer Einschätzung des Delikts steht.

Die Vergeltung besteht somit darin, daß wir bestrafen. Bei der Art und Höhe der Strafe können und sollten wir den Gesichtspunkt der Vergeltung außer Acht lassen oder jedenfalls zurückstellen; denn er verträgt sich oft nicht mit dem, was wir von der Art und Höhe der Strafe erwarten: Die Wiedereingliederung des Täters in die Gesellschaft aller mehr oder weniger rechtschaffenen Menschen. In dieser Beziehung haben Gefängnis und Zuchthaus nicht überwältigende Erfolge erzielt. Auch das Absitzen einer Strafe schreckt in der Regel nicht von der Begehung einer neuen Straftat ab. Nicht etwa, weil es dem Häftling so gut geht, und er gerne zurückkehrt, sondern weil er natürlich wieder hofft, daß seine Straftat diesmal nun nicht herauskommt. Ich denke dabei an den Häftling, der am Tage seiner Entlassung zum Gefängnispfarrer sagte: „Eins hab' ich hier gelernt, ja wirklich, ich hab' hier was gelernt.“ Der Pfarrer, in der Hoffnung die seelsorgerische und erzieherische Betreuung habe Früchte getragen, fragte ihn, was er denn gelernt habe. „Nie werde ich wieder eine Frau ins Vertrauen ziehen!“ entgegnete der Häftling, dessen erste Straftat von einer Freundin verraten worden war.

Die hohe Rückfallquote ist in der Form des Strafvollzugs begründet. Die Anstalten sind zu überfüllt, das Personal ist zahlenmäßig zu schwach und miserabel bezahlt. In der Strafanstalt gibt man sich Mühe mit den Häftlingen, viele schöne Pläne scheitern aber an den Vorschriften und dem Geldmangel. Eines Tages wird der Häftling entlassen in eine Welt, in der er es noch schwerer hat als vorher, einem ehrlichen Beruf nachzugehen. Mitmenschen und Behörden lassen ihn seine Vorstrafe fühlen, und wenn er rückfällig wird, heißt es: „Die Katze läßt das Mäusen nicht!“

#### Willkür im Strafmaß

Der Strafprozeß ist in Deutschland vorbildlich, solange es sich nur darum handelt, festzustellen, ob der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat wirklich begangen hat, und wenn ja, gegen welches Strafgesetz diese Tat verstößt. Sobald es aber bei uns um die Strafzumessung geht, verliert der Prozeß zusehends an Niveau. In den meisten Verfahren besteht das Gericht aus Berufsrichtern und Schöffen. Ob man einem Zeugen Glauben schenken kann, ist eine Sache der Lebenserfahrung. Hierüber verfügen Berufsrichter und Schöffen in gleicher Weise. Welches Recht zur Anwendung kommt, wissen die Berufsrichter. Die Schöffen wissen es natürlich nicht, das schadet aber nichts, weil sie sich den Richtern in dieser Frage unterordnen. Nun kommt die Strafzumessung. Das Gesetz gibt einen meistens sehr weiten Rahmen. Welche Strafe ist nun angemessen? Das hat niemand gelernt, weder der Richter noch der Schöffe. Jeder hat seine eigene Straftheorie. Richtlinien gibt es kaum, und die wenigen Vorschriften, die es gibt, werden häufig noch mißachtet. Das Ergebnis ist: Gerechtigkeit in der Schuldfeststellung, Willkür im Strafmaß.

In Amerika ist der Strafprozeß in manchem nicht so gut und zuverlässig wie in Deutschland. Aber er endet mit dem Schuldspruch. Eine bestimmte Strafe wird vom Staatsanwalt nicht beantragt, und die Geschworenen begnügen sich mit der Feststellung: Schuldig im Sinne der Anklage. Das Strafmaß setzt der Richter nach dem Gesetz fest, es wird nicht — wie bei uns — um die Monate gefeilscht.

Schon um 1870 setzte ein amerikanischer Richter in Boston Zweifel in seine Unfehlbarkeit hinsichtlich einer vernünftigen Strafzumessung. Er bat deshalb seinen Freund, den Schuster John Augustus, die Familie des Verurteilten aufzusuchen, sich ein Bild von dem Manne zu machen und ihm dann zu berichten. Dieses Beispiel machte Schule und heute gibt es in Amerika an jedem Gericht eine besondere Behörde, das Probation Office, in dem in geeigneter Weise geschulte Beamte — Hochschulstudium wird vorausgesetzt — Berichte über die Persönlichkeit verurteilter, aber noch nicht bestraffter Personen anfertigen. Diese Berichte enthalten natürlich das Strafregister, aber auch einen genauen Lebenslauf, einen Bericht über die häuslichen Verhältnisse, die Familie, alle Erkrankungen, die Fähigkeiten und die Interessen des Verurteilten. Der meist mehrere Schreibmaschinenseiten umfassende Bericht schließt

mit eine Empfehlung an den Richter, den Verurteilten eine Weile einzusperrn, oder auf Bewährung freizulassen. Wird das letztere vorgeschlagen, so werden gleich die notwendig erscheinenden Bedingungen formuliert. Der Richter ist völlig frei in seiner Entscheidung. Er braucht nicht einmal den Bericht des Probation-Office einzuholen. Es zeigt sich aber, daß die überwältigende Mehrheit der Richter von der Möglichkeit, einen solchen Bericht zu bekommen, Gebrauch macht. Es liegt ferner auch beim Richter, ob er sich den Vorschlägen des Probation-Office anschließt. Er besitzt jedenfalls alle Unterlagen, um sich ein Bild von den Verhältnissen und dem Leben des Verurteilten zu machen. Unsere Richter können zwar den Angeklagten darüber hören und werden das auch in der Regel tun, haben aber doch nicht so einen genauen und objektiven Bericht; denn das Probation-Office prüft die Angaben des Verurteilten nach, besucht seine Angehörigen und verschafft sich so einen Eindruck, den sich ein Richter bei uns in der Hauptverhandlung schon aus Zeit- und Arbeitsgründen gar nicht verschaffen kann.

In der Möglichkeit der Strafaussetzung auf Bewährung ist der amerikanische Richter wesentlich freier als der deutsche Richter, der sich in dem engen Rahmen des § 23 StGB halten muß. Danach können nur Freiheitsstrafen von weniger als 9 Monaten unter bestimmten Bedingungen auf Bewährung ausgesetzt werden. Diese Bestimmung wird freilich geändert werden, wenn sich die Einrichtung der Strafaussetzung bei uns erst bewährt haben wird. Das allerdings wird davon abhängen, wie man sie handhabt.

In Amerika arbeitet auch hier das Probation Office mit. Jeder bedingt Entlassene wird einem Beamten aus diesem Amt zugeteilt. Der Entlassene muß sich jeden Monat schriftlich oder persönlich bei seinem Probationofficer melden. Er darf weder die Arbeitsstelle wechseln, noch verreisen, noch ein Auto kaufen, noch heiraten ohne die Erlaubnis dieses Amtes. Er muß sich außerdem einem Bewährungshelfer anvertrauen, einem gut beleumundeten Freund, oder dem Pfarrer der Gemeinde oder einem Rechtsanwalt, der sich um den Entlassenen kümmert. Ein Beamter des Probation Office arbeitet als Stellenvermittler und sorgt dafür, daß keiner von den bedingt Entlassenen arbeitslos ist. Jede Verfehlung des bedingt Entlassenen, sei es eine neue strafbare Handlung oder ein Verstoß gegen die ihm gemachten Auflagen, führt zu einer Verhandlung vor dem Probation-Office. Er wird dann entweder dem Richter zurückgegeben mit der Bitte um Einweisung in eine Strafanstalt oder mit verschärften Auflagen versehen. Ob es bei uns in Deutschland ohne ein solches Amt mit besonders geschulten Kräften geht, bleibt abzuwarten. Die Kosten des Amtes würden sich jedenfalls lohnen. In Amerika kostet ein bedingt Entlassener den Staat täglich 65 cents, ein Strafgefangener 3 Dollars.

Die Gesichtspunkte, nach denen in Amerika bedingte Strafaussetzung gewährt wird, sind frei von jedem Vergeltungsgedanken. Die Amerikaner sagen sich, daß man die Resozialisierung in den Vordergrund stellen muß. Jeder nicht zu lebenslänglicher Inhaftierung Bestrafte kommt eines Tages wieder zurück in die menschliche Gesellschaft. Die Gesellschaft hat einen Anspruch darauf, daß man diesen Mann so behandelt, daß er nicht wieder strafbar wird. Die Amerikaner sind sich darüber im klaren, daß Vergeltung und Resozialisierung, Wiedereingliederung in die Gesellschaft, sich ausschließen. Sie versuchen das Gefühl der Rache gegen den Rechtsbrecher zu unterdrücken und stattdessen die Resozialisierung zu wählen. Sie tun das nicht aus schwächlicher Sentimentalität, sondern aus Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Übeltäter und vor allem gegenüber der Gesellschaft, und in dem Gedanken, das Verbrechen zu bekämpfen.

#### Bessert das Gefängnis?

In Deutschland hält man zur Zeit das Gefängnis und das Zuchthaus für geeignete Anstalten, den Rechtsbrecher zu bessern. Man ist sich allerdings darüber im klaren, daß man zu dem Zweck noch einiges ändern sollte. Wie bei unserer Strafzumessung, so finden wir auch bei der Freiheitsstrafe und ihrem Vollzug Vergeltungs- und Resozialisierungselemente im trauten Beisammensein. Man sagt sich offenbar mit Bert Brecht:

„Der Mensch ist gar nicht gut,  
drum hau ihm auf den Hut.“

Hast du ihm auf den Hut gehauen,  
dann wird er vielleicht gut!“

Schon die Unterscheidung zwischen Gefängnis und Zuchthaus, wie sie heute auch praktisch nur noch in der Theorie besteht (nach § 21 StGB sind 8 Monate Zuchthaus einem Jahr Gefängnis gleichzuachten. Da der Strafvollzug kaum verschieden ist, treten in den Strafanstalten gelegentlich zu Gefängnis Verurteilte an die Direktion heran mit der Bitte, man möge ihre dreijährige Gefängnisstrafe nach § 21 StGB in eine zweijährige Zuchthausstrafe umändern!), verstößt gegen den Wiedereingliederungsgedanken. Die entehrenden Nebenfolgen des Zuchthausaufenthaltes treffen den Verurteilten ja erst, wenn er wieder in der Freiheit ist und nun ein gesetzestreuendes Leben führen soll.

Man schränkt den Briefverkehr zwischen dem Häftling und seiner Familie ein. Gerade die Familie ist bei vielen ein resozialisierender Faktor. Man kann aus Geld und Praktikabilitätsgründen natürlich nicht unbegrenzte Mengen Post schreiben lassen, aber man muß die Möglichkeit zu einer Korrespondenz mit der Familie und dem Arbeitgeber geben. In den amerikanischen Strafanstalten läßt man die Gefangenen drei Briefe in der Woche, in Deutschland im Zuchthaus einen im Monat, im Gefängnis einen in der Woche schreiben. Analoge Gedanken gelten für die Besuche. Die monatlich einmal erlaubten Besuche spielen sich in drängender Eile ab. Der Gefangene darf seine Angehörigen eine Viertelstunde unter Aufsicht eines Beamten sehen. Meistens bringen die Angehörigen etwas zu essen mit. Davon dürfen die Häftlinge aber nichts mit in ihre Zelle nehmen. Sie verbringen zu einem Teil also die Besuchszeit, rasch große Portionen Essen hinunterschlingend. Die Gefängniskost ist zwar mit großer Mühe zubereitet, aber sehr eintönig und teilweise einfach schlecht. Es wird in den Zellen „serviert“, in denen der Kübel stinkt (dreimal täglich zu leeren). Tucholsky legt einer Frau als eine ihr unverrückbar richtig erscheinende Lebensweisheit den Satz in den Mund: „Wenn man Rhabarber nachzuckert, wird er sauer.“ Auf demselben Niveau liegt die Äußerung deutscher Gefängniswärter, man könne in Strafanstalten keine WC's einrichten, weil diese dann immer verstopft seien. In amerikanischen Strafanstalten sind alle Zellen mit WC und fließendem Wasser ausgerüstet. Das gute, für amerikanische Verhältnisse freilich einfache Essen wird in einem großen Speisesaal eingenommen.

Wichtig erscheint mir auch, daß der Aufsichtsbeamte in Amerika gut bezahlt wird (bei einer 40-Stunden-Woche) und ein Aufnahmeexamen bestehen muß, in dem Kenntnisse vorausgesetzt werden, die man sich regelmäßig nur auf der höheren Schule aneignen kann. So unterscheiden sich die Aufsichtsbeamten in Amerika von dem Häftling auch bildungsmäßig, während sich der Unterschied in Deutschland auf das Nicht-Bestraft-Sein beschränkt. Auch die Möglichkeiten zur Weiterbildung und vernünftiger Arbeit sind in den amerikanischen Anstalten größer.

#### Entlassung auf Bewährung

Der wichtigste Unterschied ergibt sich aber bei der Betrachtung der Haftentlassung. Und hier versucht die kleine Strafrechtsreform vom vergangenen Herbst auch die deutschen Verhältnisse zu bessern.

In Amerika kann der Häftling spätestens nach Verbüßung von einem Drittel seiner Strafe Entlassung auf Bewährung beantragen. Dazu muß er eine ordentliche Unterkunft, eine angemessene Beschäftigung und einen Bewährungshelfer nachweisen. Um zu diesen drei Bedingungen seiner Entlassung zu kommen, nimmt er die Hilfe der Probation-Offices in Anspruch. Sie gehen in die vom Häftling angegebene Unterkunft, sehen sich die Vermieter an und suchen eine neue Unterkunft, wenn sie der Meinung sind, daß die Vermieter keine einwandfreien Leute sind. Sie prüfen auch nach, ob die angegebene Arbeitsstelle seriös ist. Schließlich vergewissern sie sich über die Person des Bewährungshelfers. Sobald dieser Punkt geklärt ist, werden alle Beamten, die in der Anstalt mit dem Häftling zu tun hatten, eingehend über

den zu Entlassenden gehört. Dann werden die gesamten Unterlagen einem Gremium zugeleitet, das über den Antrag entscheidet. Wird der Antrag abgelehnt, so kann er nach einer bestimmten Zeit wiederholt werden. Der bedingt entlassene Häftling unterliegt denselben Beschränkungen und einer ebens scharfen Überwachung wie der, dessen Strafe auf Bewährung ausgesetzt ist. Auch er kann weder den Aufenthaltsort, noch die Arbeitsstelle ohne Genehmigung wechseln und unterliegt auch sonst noch recht erheblichen Beschränkungen. Die Beschränkungen werden nach einiger Zeit gelockert, da man festgestellt hat, daß die meisten Verfehlungen innerhalb der ersten 6 Monate nach Haftentlassung vorkommen. Sind die Verfehlungen ernsterer Natur, so wird der Entlassene zur Verbüßung der restlichen Strafhaf wieder in die Anstalt eingewiesen. Aber auch die Häftlinge, die nicht bedingt entlassen werden, kommen vor Ablauf ihrer Strafzeit wieder in die Freiheit auf Grund des pre-release-programs. Hier sammelt sich der Gefangene Punkte für Wohlverhalten und kann bei langer Strafdauer auf diese Weise ziemlich zur Verkürzung seiner Strafzeit beitragen. Auch hier bleibt vor der Entlassung die Vorsorge für Arbeitsplatz und Wohnung und nach der Entlassung die Überwachung durch das Probation-Office.

In Deutschland war es bis vor kurzem so, von ruhmreichen Ausnahmefällen abgesehen, daß der Durchschnittsgefangene am Tage des Ablaufs seiner Strafe um 6 Uhr mit einem Butterbrot, einer bescheidenen Summe Geldes und den bei seiner Einlieferung abgegebenen Zivilkleidern aus der Strafanstalt entlassen wurde. Niemand hatte für seine Unterkunft gesorgt, niemand hatte sich um eine Beschäftigung für ihn bemüht und niemand kümmerte sich fernerhin um ihn. Vielen Gefangenen ist besonders das letztere sehr recht. Aber diese Auffassung ist kurzsichtig und selbst, wenn sie berechtigt wäre, brauchten wir sie nicht zu teilen. Tatsache ist jedenfalls, daß der so auf der Straße stehende Straftatlassene der Versuchung, eine neue Straftat zu begehen und in schlechte Gesellschaft zu geraten, leichter ausgesetzt ist als der, um den man sich kümmert. Die meisten Entlassenen verlassen die Anstalt mit dem festen Vorsatz, keine starfbare Handlung mehr zu begehen. Daß sie diesen Vorsatz meistens nicht verwirklichen, liegt daran, daß sie einerseits willensschwach sind, andererseits aber auch besonderen Schwierigkeiten begegnen, wenn sie anständig leben wollen. Das ist die Folge der Unlogik der Unbestraften, die jedem ehemaligen Sträfling Schwierigkeiten machen und sich trotzdem über die Rückfälligkeit ereifern. Auch hier müssen wir wählen: mehr Mörder, Räuber, Einbrecher und Diebe dafür aber die Genugtuung, daß keine ehemaligen Häftlinge ehrbaren Berufen nachgehen, oder weniger Verbrecher aber mehr Vorbestrafte in ehrbaren Berufen.

Der neue § 26 StGB schafft nun hier auch in Deutschland eine wesentliche Verbesserung der Situation. Nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe kann das Gericht den Häftling unter Bewährungsauflagen freilassen. Daß diese Freilassungsgewalt in die Hände des Gerichtes gelegt ist, entspricht der Idee des Rechtsstaates mehr als es die amerikanische Lösung tut, zumal in der Hand dieser Behörde ja auch die Entscheidung über eine etwaige Wiedereinweisung in die Anstalt bei schlechter Führung liegt. Man sollte in Deutschland von der Möglichkeit großzügig Gebrauch machen, die Häftlinge unter Aufsicht vorzeitig zu entlassen. Der Erfolg wird allerdings auch hier davon abhängen, daß man es mit den Bewährungsauflagen und der Aufsicht ernst nimmt. Es wird sich nicht vermeiden lassen, eine eigene Behörde mit gut ausgebildeten und gut bezahlten Fachkräften eigens zu dem Zweck zu errichten. Im Anfang wird das zwar den Staat Geld kosten, aber durch die Senkung der Kriminalität wird sich der Aufwand schließlich doch lohnen. Freilich müssen dabei der Landtag, der Justizminister und vor allem die Gesellschaft mithelfen. Und da sehe ich, ehrlich gesagt, eben noch etwas schwarz.

#### Prison: The enemy of society

Während man in Deutschland durch die eben erörterten Gesetzesänderungen die anderwärts erprobten Strafvollzugsreformen, soweit sie für uns in Frage kommen, in unser Recht aufnimmt, werden in Amerika schon Stimmen laut, die an den



# Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an den Universitäten des Landes Hessen

Der DISKUS veröffentlicht an dieser Stelle in ständigem Wechsel die Prüfungsordnungen sämtlicher Fachrichtungen der Fakultäten der Universitäten Frankfurt und Marburg. Er bringt Ihnen in dieser Ausgabe die Prüfungsordnungen und die Promotionsordnung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Darüber hinaus gibt der DISKUS an dieser Stelle — vornehmlich für die jüngeren Semester — einige Empfehlungen zur zweckmäßigen Gestaltung des Studienganges.

## I. Die Fachrichtungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät vermittelt das Studium der Volkswirtschaftslehre mit anschließendem Examen als Diplom-Volkswirt, das Studium der Betriebswirtschaftslehre mit anschließendem Examen als Diplomkaufmann sowie das Studium der Wirtschaftspädagogik, das seinen Abschluß in der Diplom-Handelslehrer-Prüfung findet.

Das wirtschaftspädagogische Studium unterteilt sich in a) ein betriebswirtschaftliche, b) eine sprachliche, c) eine technologische Studienrichtung.

Das volkswirtschaftliche, das betriebswirtschaftliche und das wirtschaftspädagogische Studium umschließen nicht streng voneinander zu trennende Wissensgebiete. Alle beschäftigen sich mit der Wirtschaft, legen aber bei ihren Forschungen das Schwergewicht auf verschiedene Untersuchungsobjekte. So sind das Erfahrungsobjekt des volkswirtschaftlichen Studiums in erster Linie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, während das betriebswirtschaftliche Studium vor allem die Erforschung der einzelnen Betriebswirtschaft (so z. B. Bank-, Industrie- oder Handelsbetrieb) zum Inhalt hat. Das wirtschaftspädagogische Studium bereitet im Rahmen der gewählten Fachrichtung auf den Lehrberuf an den einschlägigen Fachschulen (Wirtschaftsoberschulen, Handelshochschulen und kaufmännischen Berufsschulen) vor.

## II. Vorbedingungen

Neben dem Reifezeugnis oder einem gleichwertigen Abschlußzeugnis wird zur Meldung zur volkswirtschaftlichen und kaufmännischen Diplomprüfung der Nachweis einer kaufmännisch-praktischen Tätigkeit von mindestens einem halben Jahr gefordert, die vor Beginn des Studiums oder in den Semesterferien absolviert werden kann. Dabei ist eine zusammenhängende Ableistung des Praktikums nicht erforderlich. Handelslehramtskandidaten müssen mindestens ein Jahr kaufmännisch-praktische Tätigkeit nachweisen. Davon muß ein halbes Jahr zusammenhängend, möglichst vor Beginn des Studiums oder während einer einsemestrigen Studienunterbrechung, abgeleistet werden, während das zweite Halbjahr in den Semesterferien absolviert werden kann. In jedem Falle muß die kaufmännisch-praktische Tätigkeit bis zu Beginn des fünften Semesters abgeleistet sein.

## III. Studienaufbau

1. Die Anfangssemester vermitteln durch den Besuch der einführenden Vorlesungen und Übungen einen Einblick in das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studium und umschließen allgemeinbildende Vorlesungen anderer Fakultäten nach eigener Wahl.

In den mittleren Semestern wird durch den Besuch der Spezialvorlesungen mit den entsprechenden Übungen und Proseminaren die Ausrichtung auf eine bestimmte Studienrichtung erreicht.

Die Schlußsemester dienen der Vertiefung des Spezialwissens und der Wiederholung des gesamten Stoffgebietes durch weiteren Besuch der Spezialvorlesungen und durch Mitarbeit in den Hauptseminaren.

2. Im Verlauf des Studiums sind folgende Nachweise zu erbringen:

a) erfolgreiche Teilnahme an den Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen einschließlich Finanzmathematik und Buch-

haltung. Von den Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen und Buchhaltung sind die Absolventen der Wirtschaftsoberschulen und der zweijährigen höheren Handelsschulen befreit, soweit die entsprechenden Zeugnisnoten mindestens ausreichend sind.

b) erfolgreiche Teilnahme an der Vorklausur in Statistik. Wer Statistik als Prüfungsfach (schriftlich und mündlich) wählt, ist von der Vorklausur in Statistik befreit. Die Statistik-Klausur entfällt für Handelslehramtskandidaten, doch ist die Teilnahme an der Vorlesung Statistik und den Übungen zu empfehlen.

c) für Betriebswirte: Erwerb mindestens eines Proseminarscheines.

d) Erwerb von mindestens zwei Institutspraktiken.

e) Erwerb eines BGB-Übungsscheines für Anfänger.

f) Handelslehramtskandidaten sind zum Nachweis einer zweisemestrigen Teilnahme am Unterricht und an den Übungen in einer Berufs- und Handelsschule verpflichtet. Gelegenheit dazu bietet sich im Rahmen der praktisch-methodischen Übungen. Ferner muß der Nachweis einer Zulassungsprobe aus dem Fachgebiet der gewählten Gruppe erbracht werden, der als Institutspraktikum angerechnet wird.

g) Anfertigung einer Diplom-Arbeit. Die Themen zu dieser ersten größeren wissenschaftlichen Hausarbeit werden frühestens am Ende des vierten Semesters ausgelost. Die Bearbeitungszeit beträgt sechs Monate, in Ausnahmefällen kann Verlängerung beantragt werden. In besonderen Fällen kann die Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit nach freier Themenwahl außerhalb des Auslosungsverfahrens beantragt werden.

h) Bei der Meldung zur Prüfung werden die im Laufe des Studiums belegten Wochenstunden berücksichtigt. Insgesamt sind 120 Wochenstunden erforderlich. Um Anhaltspunkte in der Verteilung der Stunden auf die einzelnen Studiengebiete zu geben, seien folgende Mindestzahlen genannt:

Bei der Meldung zur Diplomprüfung für Kaufleute:		
Betriebswirtschaftslehre	40	Stunden
Volkswirtschaftslehre	30	Stunden
Recht	25	Stunden

Bei der Meldung zur Diplomprüfung für Volkswirte:		
Volkswirtschaftslehre	40	Stunden
Betriebswirtschaftslehre	30	Stunden
Recht	25	Stunden

Im Wahlfach müssen mindestens 6 Wochenstunden belegt sein.

i) Den Abschluß des Studiums bildet die Diplom-Prüfung. Sie umfaßt einen mündlichen und einen schriftlichen Teil. Die Diplomprüfung kann frühestens zu Beginn des siebenten Semesters abgelegt werden. Sie berechtigt zur Führung des akademischen Grades Diplom-Volkswirt, Diplom-Kaufmann oder Diplom-Handelslehrer.

## IV. Empfehlung zur Gestaltung des ersten Studiensemesters für Diplomvolkswirte, Diplom-Kaufleute und Diplomhandelslehrer

1. Es ist angebracht, daß der Studierende das erste Semester dazu benutzt, sich langsam in sein Studiengebiet einzufinden. Doch ist es genau so wesentlich, daß er die Gelegenheit wahrnimmt, im ersten Semester etwas heranzuhören, um einen möglichst großen Einblick in andere Studiengebiete zu erhalten. Der Studierende erwirbt sich durch diesen Einblick in die Arbeitsfelder anderer Wissenschaften eine bessere Basis für sein Fachstudium. Es wird empfohlen, Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten zu besuchen, die als solche im Vorlesungsverzeichnis besonders gekennzeichnet sind. Mehr als insgesamt 26 Wochenstunden zu belegen, erscheint nicht ratsam.

In Ausnahmefällen kann die Fakultät von der Ablegung der Diplomprüfung absehen, wenn eine außergewöhnliche wissenschaftliche Leistung vorliegt.

Der Bewerber muß sich ferner als Schüler oder wissenschaftlicher Mitarbeiter eines habilitierten Dozenten der Fakultät ausweisen. Von diesem Grundsatz kann nur in ganz besonderen Fällen abgegangen werden.

Dem Gesuch um Zulassung zur Dr.-Prüfung, das an den Dekan der Fakultät zu richten ist, sind beizufügen:

1. Ein in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, der namentlich auch über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt, sowie ein Lichtbild.

2. Die Zeugnisse über die Vorbildung, das Diplom in einer beglaubigten Abschrift und ein nach Fächern geordnetes Verzeichnis der gehörten Vorlesungen.

3. Ein Leumundszeugnis der zuständigen Universitätsbehörde, oder, wenn der Bewerber nicht mehr studiert, ein polizeiliches Führungszeugnis.

4. Eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolge der Bewerber sich bereits einer Doktorprüfung oder einer Staatsprüfung unterzogen hat.

5. Zwei Exemplare der in deutscher Sprache abgefaßten Dissertation. Sie ist in Maschinschrift und geheftet oder gebunden einzureichen. Dem Bewerber steht es frei, noch andere von ihm verfaßte, durch den Druck veröffentlichte Schriften beizufügen.

6. Eine Erklärung, ob die eingereichte Arbeit oder wesentliche Teile derselben bereits einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegen haben. Ist das der Fall, so bestimmt die Fakultät, ob die Arbeit als Dissertation zugelassen ist.

7. Am Schluß der Dissertation hat folgende Erklärung des Bewerbers, von ihm unterzeichnet, zu stehen:

„Ich versichere hiermit eidesstattlich, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Benutzung der angeführten Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Sämtliche Entlehnungen oder Anlehnungen sind durch Quellenangabe kenntlich gemacht.“

8. Eine Quittung über die gezahlte Promotionsgebühr.

Für die Abgabe der erforderlichen Erklärungen sind die von der Fakultät vorgeschriebenen Formulare zu benutzen.

Die eingereichte Dissertation wird von zwei Referenten begutachtet. Wenn die Dissertation abgelehnt wird, ist die Doktorprüfung als nicht bestanden beendet.

Nach Annahme der Dissertation durch die Gutachter bestimmt der Dekan einen Termin für die mündliche Prüfung.

Die mündliche Prüfung erstreckt sich bei Bewerbern, die die Diplomprüfung der Volkswirte, Kaufleute oder Handelslehrer bestanden haben, auf vier, bei den übrigen Bewerbern auf fünf Fächer. Prüfungsfächer, soweit ordnungsgemäß durch einen Lehrstuhl vertreten, sind:

a) in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe: 1. Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. Spezielle Volkswirtschaftslehre, 3. Finanzwissenschaft, 4. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 6. Sozialpolitik, 7. Soziologie, 8. Statistik, 9. Politische Wissenschaft, 10. Wirtschaftsgeschichte, 11. Wirtschaftspädagogik.

Andere Fächer können von der Fakultät genehmigt werden. Unter den gewählten Prüfungsfächern muß sich immer allgemeine Volkswirtschaftslehre oder allgemeine Betriebswirtschaftslehre und spezielle Volkswirtschaftslehre oder spezielle Betriebswirtschaftslehre befinden.

Im übrigen sind folgende Fächerkombinationen zulässig:

1. Volkswirtschaftslehre: allgemeine Volkswirtschaftslehre, spezielle Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

2. Sozialpolitik: Sozialpolitik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

3. Statistik: Statistik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

4. Wirtschaftspädagogik: Handlungspädagogik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

(wird fortgesetzt)

Kandidaten, die die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestanden und in einem der Gebiete Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Fremdsprache, Mathematik, Physik oder Chemie die Lehrbefähigung für die Oberstufe erlangt haben, werden zu einer beschränkten Prüfung zugelassen, die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik und zwei Ergänzungsblätter umfaßt. Diese Ergänzungsprüfung erstreckt sich in der Chemie und Physik auf ihre wirtschaftlichen Anwendungsgebiete, insbesondere auf die Technologie, in den Fremdsprachen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Sprachgebietes und die Verkehrssprache des Handels (Handelsbriefwechsel), in der Wirtschaftsgeographie auf die Grundzüge der Geographie des Menschen und die Länderkunde Mitteleuropas und eines anderen wichtigen Erdgebietes.

Der Kandidat kann auf seinen Antrag bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die ordentlichen Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsausschusses ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungsleistungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

## Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:

1. eine wissenschaftliche Arbeit aus einem der Prüfungsfächer. Ein Thema hierzu kann vom Kandidaten frühestens im Laufe des vierten Studiensemesters beim Prüfungsamt beantragt werden. Das Thema wird durch das Los bestimmt. Die Frist zur Abgabe der wissenschaftlichen Arbeit umfaßt den Zeitraum von sechs Monaten.

2. je eine Klausurarbeit über eine Aufgabe oder Aufgaben-Gruppe in vier Fächern. Diese Fächer sind:

a) in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft.

b) in der sprachlichen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, erste fremde Sprache, zweite fremde Sprache oder Wirtschaftsgeographie.

c) in der geographisch-technologischen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, chemische oder physikalische Technologie, Wirtschaftsgeographie.

Für jede Klausurarbeit wird bis zu vier Stunden Zeit gewährt.

## Mündliche Prüfung:

Die Bestimmungen entsprechen wörtlich denen der mündlichen Prüfung für Diplom-Volkswirte.

## B. Promotionsordnung

### der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Die Fakultät verleiht den Grad eines Dr. rer. pol. auf Grund einer von dem Bewerber verfaßten Dissertation und einer vor der Fakultät erfolgreich abgelegten mündlichen Prüfung. Ein Rechtsanspruch auf Zulassung zur Promotion besteht nicht.

Der Bewerber muß das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis besitzen.

Weitere Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion: Der Bewerber muß ein mindestens acht-semestriges Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an deutschen oder gleichwertigen ausländischen Universitäten oder Handelshochschulen nachweisen und die Prüfung eines Diplom-Handelslehrers oder eine entsprechende ausländische Prüfung bestanden haben.

Nach der Ablegung der Diplomprüfung muß der Bewerber mindestens zwei Semester an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität ordnungsgemäß studiert haben.



2. **Diplom-Kaufleute und Diplom-Volkswirten** wird empfohlen, im ersten Semester folgende Vorlesungen zu belegen und zu hören:

a) Einführung in die Volkswirtschaftslehre. b) Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Übungen, falls diese vom gleichen Dozenten gehalten werden. c) allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Übungen, falls diese vom gleichen Dozenten gehalten werden. d) Bürgerliches und Handelsrecht für Wirtschaftswissenschaftler. e) Buchhaltung. f) Wirtschaftsrechnen I. g) Wirtschaftsrechnen II. h) Finanzmathematik. i) Statistik I. k) Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten.

3. **Diplom-Handelslehrern** wird empfohlen, im ersten Semester folgende Vorlesungen zu belegen und zu hören:

a) Wesen und Ziele der Bildung I. b) Einführung in die Psychologie. c) Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. d) Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. e) Einführung in die allgemeine Volkswirtschaftslehre. f) Allgemeine Volkswirtschaftslehre. g) Buchhaltung. h) Wirtschaftsrechnen I. i) Wirtschaftsrechnen II. k) Finanzmathematik. l) entsprechend den zu wählenden Prüfungsgebieten Vorlesungen und Übungen der Grammatik und Syntax einer Fremdsprache oder Experimentalchemie. m) Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten.

### V. Vorklausuren

Die Vorklausuren können jeweils am Ende des Semesters nach vorheriger Anmeldung beim Diplom-Prüfungsamt geschrieben werden. Die Vorklausuren dürfen nur zweimal wiederholt werden und müssen bis Ende des vierten Semesters bestanden sein. Es wird empfohlen, sich sehr gründlich auf die Vorklausuren vorzubereiten, da es im Hinblick auf das weitere Studium angebracht erscheint, die technischen Fächer sehr bald hinter sich zu bringen. Es ist ratsam, bereits am Ende des ersten Semesters ein Vorklausur zu schreiben. Die Vorklausuren sind vierstündig und dürfen nur geschrieben werden, wenn folgende Vorlesungen gehört sind:

Klausur:	Vorlesungen:
a) Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik	Wirtschaftsrechnen I Wirtschaftsrechnen II Finanzmathematik
b) Buchhaltung	Buchhaltung I Buchhaltung II
c) Statistik	Statistik I Statistik II

Während die Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen und Buchhaltung bereits nach dem ersten Semester geschrieben werden können, kann Statistik erst nach zwei Semestern geschrieben werden, da Statistik I und II nicht im gleichen Semester gelesen werden. Es ist zu beachten, daß Statistik II auch vor Statistik I gehört werden kann.

Studierende, die an einer anderen Universität Vorklausuren geschrieben haben, können beim Diplom-Prüfungsamt erfahren, inwieweit diese angerechnet werden. Als Termine für die Vorklausuren werden empfohlen:

Ende des 1. Semesters: Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik  
Ende des 2. Semesters: Buchhaltung  
Ende des 3. Semesters: Statistik

Die vorliegende Übersicht über das wirtschaftswissenschaftliche Studium gründet sich auf die Prüfungsordnung und berücksichtigt Erfahrungen. Zu weiteren Informationen stehen sowohl die Studienberater der Fakultät als auch die Assistenten der Fakultät zur Verfügung.

### VI. Institutspraktiken

Das Institutspraktikum stellt den Nachweis für erfolgreiche Mitarbeit in einem Seminar, bzw. bei Betriebswirten in einem Hauptseminar dar. Die Teilnahme an einem betriebswirtschaftlichen Hauptseminar setzt die Teilnahme an mindestens einem betriebswirtschaftlichen Proseminar voraus, die durch einen Proseminarschein nachgewiesen wird. Ein Institutspraktikum wird gewährt

a) in den volkswirtschaftlichen Seminaren für die Anfertigung eines Referates sowie (in einigen Seminaren) erfolgreicher Teilnahme an einer Übungsklausur.

b) in den betriebswirtschaftlichen Hauptseminaren für die Anfertigung eines Referates sowie (in jedem Fall) erfolgreicher Teilnahme an einer Übungsklausur.

Für die Anfertigung lediglich eines Referates oder Teilnahme lediglich an einer Übungsklausur wird ein Seminar-schein gewährt. Zwei in aufeinanderfolgenden Semestern erworbene Seminarscheine ergeben ein Institutspraktikum.

Volkswirte müssen mindestens ein Institutspraktikum in einem volkswirtschaftlichen, Betriebswirte mindestens ein Institutspraktikum in einem betriebswirtschaftlichen Seminar erworben haben.

Im übrigen wird empfohlen, erst ab dem 4. Semester an Seminaren bzw. Hauptseminaren teilzunehmen.

### A. Diplomprüfungen

#### 1. Diplomprüfung für Volkswirte

Die Prüfung für Diplom-Volkswirte bildet den ordnungsmäßigen Abschluß des volkswirtschaftlichen Hochschulstudiums. Auf Grund der bestandenen Prüfungen wird der Grad „Diplom-Volkswirt“ verliehen.

Der Kandidat muß sechs Semester an einer anerkannten deutschen Hochschule dem Studium der Wissenschaften, die Gegenstand der Diplom-Prüfung sind, obgelegen haben. Davon muß er das letzte und mindestens ein früheres Semester an der beteiligten Hochschule studiert haben. Außerdem muß er mindestens ein halbes Jahr praktisch in der Wirtschaft gearbeitet haben. Die praktische Tätigkeit kann vor Beginn des Studiums liegen oder während der Semesterferien abgeleistet werden. Sie muß spätestens zu Beginn des fünften Semesters abgeleistet sein.

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

- Allgemeine Volkswirtschaftslehre einschließlich Geld-, Bank- und Börsenwesen.
- Besondere Volkswirtschaftslehre (Wirtschafts- und Sozialpolitik) einschließlich Wirtschaftsgeschichte.
- Finanzwissenschaft.
- Betriebswirtschaftslehre.
- a) die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Bürgerlichen Rechts (ohne Familien- und Erbrecht) sowie Handels- und Wechselrecht;  
b) das geltende Staats- und Verwaltungsrecht (einschließlich Steuerrecht).

Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes um ein Pflichtfach vermindert werden, wenn der Kandidat während der letzten drei Jahre in dem Pflichtfach vor einer staatlichen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die gleichen Anforderungen gestellt wurden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden. Außerdem kann auf Antrag des Kandidaten bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem mündlichen und einem schriftlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsamtes ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

#### Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:

- eine wissenschaftliche Arbeit aus der Volkswirtschaftslehre. Ein Thema hierzu kann von dem Kandidaten frühestens im Laufe des vierten Studiensemesters beim Prüfungsamt beantragt werden. Das Thema wird durch das Los bestimmt. Die Frist zur Abgabe der wissenschaftlichen Arbeit umfaßt den Zeitraum von sechs Monaten;
- je eine Klausurarbeit aus den fünf Pflichtfächern (siehe oben). Für jede Klausurarbeit werden mindestens zwei Aufgaben zur Wahl gestellt, zur Anfertigung stehen je bis zu vier Stunden zur Verfügung.

#### Mündliche Prüfung:

Über die Zulassung zur mündlichen Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsamtes. Nicht zugelassen wird, wer in der wissenschaftlichen Arbeit oder in zwei Klausur-

arbeiten nicht genügt hat. Das Ergebnis der Prüfung wird auf Grund der mündlichen und schriftlichen Prüfung bestimmt. Die Leistungen des Kandidaten in Übungen und Seminaren können dabei berücksichtigt werden. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Kandidat in zwei Pflichtfächern nicht genügt oder wenn das Ungenügend in einem Pflichtfach nicht durch gute Leistungen in anderen Pflichtfächern ausgeglichen wird.

Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie frühestens nach einem Semester wiederholen. Hierbei kann ihm das Prüfungsamt die Prüfung in solchen Fächern erlassen, in denen die Leistungen bei der ersten Prüfung mindestens als „gut“ beurteilt worden sind. Ist die wissenschaftliche Arbeit mindestens als „befriedigend“ beurteilt worden, so kann sie noch einmal unverändert oder umgearbeitet eingereicht werden.

Eine zweite Wiederholung ist nur aus wichtigen Gründen mit Genehmigung des Ministers zulässig.

Die Prüfungsgebühren in Höhe von DM 100,— für die Diplom-Prüfung für Volkswirte (Wiederholungsprüfung DM 50,—; für erweiterte Prüfung DM 40,—; Wiederholung der erweiterten Prüfung DM 20,— sind zugleich mit der Meldung zur Prüfung zu entrichten. Sie sind an die Universitätsquästur zu zahlen.

#### 2. Diplomprüfung für Kaufleute

Die Kaufmännische Diplomprüfung bildet den ordnungsmäßigen Abschluß des betriebswirtschaftlichen Studiums. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der Grad „Diplom-Kaufmann“ verliehen.

Der Kandidat muß sechs Semester ordnungsgemäß an einer anerkannten deutschen Hochschule dem Studium der Wissenschaften, die Gegenstand der Diplomprüfung sind, obgelegen haben. Davon muß er das letzte und mindestens ein früheres Semester an der beteiligten Hochschule studiert haben. Außerdem muß er mindestens ein halbes Jahr kaufmännisch tätig gewesen sein. Die kaufmännisch-praktische Tätigkeit kann vor Beginn des Studiums liegen oder während der Semesterferien abgeleistet werden. Sie muß spätestens zu Beginn des fünften Semesters abgeleistet sein.

Die Prüfung erstreckt sich auf vier Pflichtfächer und ein Wahlfach:

Pflichtfächer sind: 1. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Besondere Betriebswirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre der Banken oder der Fabriken oder des Warenhandels oder der Versicherung oder des Verkehrs oder des Treuhandwesens oder Betriebswirtschaftliche Steuerlehre), 3. Volkswirtschaftslehre, 4. a) die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Bürgerlichen Rechts (ohne Familien- und Erbrecht) sowie Handels- und Wirtschaftsrecht, b) das geltende Staats- und Verwaltungsrecht (einschließlich Steuerrecht).

Als Wahlfächer sind zugelassen: 1. Statistik, 2. Wirtschaftsgeschichte, 3. Wirtschaftsgeographie, 4. Genossenschaftswesen, 5. Besondere Betriebswirtschaftslehre (sofern diese nicht bereits unter die Pflichtfächer fällt), 6. Technologie, 7. Fremdsprachen, die an der beteiligten Hochschule gelehrt werden.

Durch Beschluß des Prüfungsamtes können weitere Wahlfächer, die an der beteiligten Hochschule hinreichend vertreten sind, zugelassen werden.

Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes um ein Gebiet vermindert werden, in dem der Kandidat während der letzten drei Jahre vor einer staatlichen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die gleichen Anforderungen gestellt wurden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden. Außerdem kann auf Antrag des Kandidaten bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsamtes ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungsleistungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

#### Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:  
1. Eine wissenschaftliche Arbeit aus der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre. Ein Thema hierzu kann vom Kandidaten frühestens im Laufe des vierten Studiensemesters beim Prüfungsamt beantragt werden. Das Thema wird durch das Los bestimmt. Die Frist zur Abgabe der wissenschaftlichen Arbeit umfaßt den Zeitraum von sechs Monaten.

2. je eine Klausurarbeit aus den Prüfungsfächern 1, 2, 3 und 4 a). Für jede der Klausurarbeiten werden zwei Aufgaben zur Wahl gestellt, zur Anfertigung stehen je bis zu vier Stunden zur Verfügung.

#### Mündliche Prüfung:

Die Bestimmungen entsprechen wörtlich denen der mündlichen Prüfung für Diplom-Volkswirte.

#### 3. Diplomprüfung für das Handelslehramt

Durch die Diplomprüfung wird die wissenschaftliche Befähigung für das Handelslehramt nachgewiesen. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der Grad „Diplom-Handelslehrer“ verliehen.

Der Kandidat muß sechs Semester ordnungsgemäß an einer anerkannten deutschen Hochschule dem Studium der Wissenschaften, die Gegenstand der Diplomprüfung sind, obgelegen haben und darf das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben. Er muß das letzte und mindestens ein früheres Semester an der beteiligten Hochschule studiert haben. Kandidaten, die die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestanden haben und sich der beschränkten Prüfung (siehe unten) unterziehen wollen, können erst nach einem Studium von mindestens drei Semestern auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft zur Prüfung zugelassen werden. Der Kandidat muß zwei Semester hindurch mit Erfolg am Unterricht und an den Übungen in einer Berufs- oder Handelsschule teilgenommen haben.

Die Prüfung erstreckt sich auf fünf Fächer. Zwei davon sind Pflichtfächer, drei Wahlfächer. Die Pflichtfächer sind: 1. allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Pädagogik.

Die Wahlgebiete können nur in Gruppen gewählt werden.

Zur Hauptgruppe gehören: 1. Besondere Betriebswirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre der Banken oder der Industrie oder des Warenhandels oder der Versicherung oder des Verkehrs oder des Treuhandwesens einschließlich der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre), 2. Volkswirtschaftslehre, 3. a) die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Bürgerlichen Rechts (ohne Familien- und Erbrecht), sowie Handels- und Wirtschaftsrecht, b) das geltende Staats- und Verwaltungsrecht.

Zur zweiten Gruppe gehören: 1. eine fremde Sprache im Zusammenhang mit der Kultur ihres Sprachgebiets (Oberstufe), 2. eine zweite fremde Sprache, sprachlich-technisch (Unterstufe) mit besonderer Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Ausdrucksform (Handelsbriefwechsel) oder Deutsch oder Wirtschaftsgeographie oder Wirtschaftsgeschichte, 3. Volkswirtschaft oder Rechtswissenschaft oder Wirtschaftsgeographie.

Zur dritten Gruppe gehören: 1. Chemie mit ihren wirtschaftlichen Anwendungsgebieten, 2. Physik, insbesondere der chemischen oder physikalischen Technologie, 3. Wirtschaftsgeographie.

Die Kandidaten der dritten Gruppe und diejenigen der zweiten, die die Volkswirtschaft oder Rechtswissenschaft als Prüfungsfach nicht wählen, haben nachzuweisen, daß sie sich an grundlegenden Vorlesungen und Übungen auf dem nicht gewählten Gebiet beteiligt haben. Für die Wirtschaftsgeographie hat jeder Kandidat auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe den gleichen Nachweis zu erbringen, auch wenn dieses Fach für ihn nicht Prüfungsfach ist.

Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes bis auf drei Fächer, unter denen sich die beiden Pflichtfächer befinden müssen, beschränkt werden, wenn der Kandidat während der letzten drei Jahre in den Fächern, von denen er befreit sein will, vor einer staatlichen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die gleichen Anforderungen gestellt wurden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden.



# Campingfahrt mit Liebeskummer

von Klaus Nonnenmann

Gegen Mitternacht kam ihr Fernruf: noch prima Platz hinten und mit Benzinbeteiligung, billiger gibts keine Natur, na Kurtchen sei kein Frosch! Denn bis morgen, wir hupen dreimal, exakt zehn Uhr. Du, noch eins: Paul ist verdammt pünktlich, also bitte!

Er packte bis drei, harte Eier im Socken, Henry Miller im Tornister, dann schlief er schlecht, träumte von Lili und wie saublöd, dieses Märchen Paul abzutreten. Veronal half über die Restnacht.

Ab fünf vor Zehn stand er im Garbardine am Fenster und hörte bis gegen zwei die Wagen hupen, auch die blauen, auch die gelben, wiewohl nur ein schwarzer dreimal hupen konnte. Essengehn wagte er nicht, autarktisch gings auch nicht mehr, Milch und altes Brot hatte er seiner Wirtin geschenkt, Kater Felix schlief fett hinter dem Herd.

Dann kam der Fernruf: sie lägen auf der Chaussee, so 70 KaEm südlich, Du Paul! wie heißt das Nest? also da seis passiert. Der rechte Pneu, aber nein doch, Kurtchen, rechts vorne, der war schon immer fällig. Paar Stündchen, man schleppt uns ab. Mußte ausgerechnet die Birke am Rand stehn, nur ne halbe Drehung, aber bei neunzig und der rechte Vorderpneu, ne Himmelfahrt hätt's werden können. Dann ging Kurt essen.

Gegen Abend schlenderte Lili ins Zimmer, müde aber frisch geschminkt, Paul sei noch zur Reparatur, Vergaser weißt Du, ich versteh nichts davon, was zum Futtern da?

Kurt wurde nervös wegen Lilis Pullover, dann kam Paul mit Hallo und öligen Händen, gib mals Handtuch, Pech muß man haben. Wohnst ja hübsch primitiv, alter Hase, was Lili?!

Lili fand es gemütlich. Lili schaute sich um und fand es entzückend bei Kurt, viel sprachen sie nicht mehr, Paul rauchte und Lili klapperte mit Kurtchens Besteck.

Es gab Heringsfilets in Tomate mit zwei Flaschen Vorrat vom Wagen. Sie aßen mit Ausdauer und meinten, es sei ziemlich spät geworden. Kurt und Paul suchten einen durchgängigen Leuchtmast und schoben den Wagen darunter, lohnt ja kaum, die paar Schritte. Sie bauten das Zelt ab, meinst Du, ich laß mir klauen? Sie trugen sechs Koffer, eine Hutschachtel, Spiritus und je zwei Arme Kleider am Bügel in Kurtchens Zimmer. Kurt preßte Lilis zarte Hüften an sich und spürte den Puls. Dann fuhr Paul doch noch zum Tanken, morgen früh wirds so knapp.

Kurt und Lili führten solange Bettwäschesgespräche und waren nervös. Die Nacht zu Dritt galt als Übergang und sportiv-kameradschaftlich, bißchen provisorisch, lachte Lili und streifte den Pullover ab, Kurt rauchte Lungenzüge, Paul wieherte und trank den Rest der Flasche.

Die Männer quälten sich auf der schmalen Couch, Lili träumte laut und wenig diskret aus der Hängematte. Spätmorgens beim Nes fand man das Leben positiv. Die Männer rasierten sich, Kameraden, mit Kurtchens Besteck, Lili befahl Koffer zu schließen und polierte sich die Perlmutterkrallen.

## DENVER

von Walter Kuebler

Meadow Gold von den Dächern —  
es flammt in den Röhren  
zuckender Traum  
aus Neon und Blut:  
Kein Stern, doch schlafbetört.  
Die dunklen Stimmen  
zerbrechen die Nacht,  
Kehlen aus Erz, bronzenener Laut,  
die Stimmen —

Schwärze in allem,  
das Licht aus Blei, Schweiß  
von den Stirnen der Schläfer.  
Ein jäher Blick  
auf frühen Klippen  
ertastet die Welt:  
Das Antlitz in Feuer und Rauch,  
das Läuten der Steine,  
den Krug, der zerbricht —  
niemand entgeht  
der verfallenden Stadt.

Stadt ohne Schlaf des Gebets,  
die eisernen Särge rollen vorüber,  
beladen mit Fleisch, das verriet,  
immer —  
den Rädern des Regens  
glauben die vielen,  
immer —  
das Licht verdorrt  
an den Stunden,  
immer —  
und Phoebus' Schwester  
— Mondschnuck mit Ähren —  
thront in den Höhlen.

Die Männer schleppten Koffer in den Wagen, trugen Kleider am Bügel und zurrten das Zelt aufs Dach. Dann fuhr man eine Umleitung, um Zeit zu sparen, und schob durch Lehmpfützen eine Böschung hinauf zur Autobahn.

Sofort stand der Tachometer auf 120. Im Radio schrie der Kindergottesdienst und Lili zog die Lippen nach. Kurt versuchte Knie angezogen, Knie gestreckt, Beine gespreizt und endlich mit Resignation, den freien Rücksitz neben der Spiritushutschachtel herrlich zu finden, so nur gegen Benzinbeteiligung. Klar himmlisch, schrie er gegen den Fahrtwind und streifte sich zweiminütlich die Haare aus der Stirn. Paul meinte, er habe seinen Sitz etwas nach hinten verstellt, ich komm besser ans Gas, verstehst Du?

Wie, schrie Kurt und strähnte die Haare.

Besser ans Gas, meinte Paul, mit dem Sitz, weißt Du.

Lili schrie nach hinten, er kommt besser ans Gas, hast Du gesehn, dieses Schwein! überholt uns in der Kurve. Im Super ölte das Schatzkästlein mit Johann Peter Hebel.

Reifenwechsel durchschwitzten sie auf halber Strecke, die Männer kletterten aufs Dach, das Zelt war verrutscht, dann bot Kurt seine Kenntnisse am Steuer, schielte nach Lilis Pullover und Paul fluchte über den Rücksitz. Einen Amerikaner müßte man haben, brüllte er gegen den Fahrtwind



Zeichnung: B. Schultze

und die Suchmeldungen. Die Heizung war nicht exakt abzdrehen, man öffnete alle Fenster und Paul drängte haarsträubend auf eigene Steuerung, doch Lili meinte, Kurt fahre ganz prima.

Dann sprach man über Öldruckausgleich und Frühzündung, Lili schlief ein.

Abends, es dämmerte schon, bogen sie unter der Stimme Amerikas auf die traute Waldwiese. Die Männer warfen das Zelt ins Gras, stellten die Koffer daneben, spuckten handwärts und rauchten die letzte zum abgewöhnen. Dann bauten sie fluchend bis gegen Mitternacht ein großartiges Campingzelt, Modell Robinson II inclusive Halbgarage, Ware geschützt.

Lili war selig, sprang trällernd im Scheinwerferlicht über die Wiese und hängte die Sommerkleider übers Vordach. Sie trug enge Leinehosen, System blauer Anton mit künstlichen Flecken am Knie, und klatschte Kurt aufs schweißnasse Kreuz: ist das Natur oder nicht Natur?!

Kurt fand es Natur, sinnierte auf Lilis Pullover und spatete bis gegen zwei am Wassergraben, dann baute er Rasenwürfel im Innenraum, es begann zu schütten. Kurt lehnte es ab, Ameisen zu sehen. Lili flötete herrlich ist das Zigeunerleben und blätterte im Life, die Männer schwiegen. Dann sank man sportiv-kameradschaftlich auf patentierte Luftmatratzen und war tot bis gegen sechs, als im Super der Wasserstand brüllte.

Kurt spürte Lilis schlafwarme Haut an seiner Nase, rasch stand er auf und wusch sich als erster, aber kalt. Nach vier Minuten war der Trinkwassersack Albatros-Spezial schlaff und am Ende, Kurt resignierte mit halbseitiger Rasur und lief ins Dorf, Wasser schleppen.

Sie saßen schlotternd im Wagen und wärmten die sportlichen Glieder in trockener Heißluft. Der Motor schrie in den deutschen Wald, Abgase füllten den Robinson II. Lili hustete und bat ihre Männer, es mit Spirituskocher zu versuchen. Kurt stand auf. Erst lüften, schrie Paul, meinst Du, ich explodiere gern bei dem Sauwetter?!

Gegen zehn gab es Frühstück mit Spiritusgeschmack aus der Einbaufächertasche unter Moskitonetz Safari/klein, im Wagen bildete Schulfunk, Franz von Sickingen starb neben Lilis Schinkenbrötchen. Der Regen klatschte ans Zelt, es war stinkgemütlich, fröhlich klapperten Zeltboy-Klappbestecke, Kurt preßte den großen Zeh unter den patentierten Klappstisch, der wackelte stark. Er lehnte es ab, Ameisen auf seiner Wade zu spüren und rettete den Spirituskaffee.

Der Oberförster sah gar nicht aus wie Rübezahl oder jünger, eher wie ein Friseur. Er aalte verbindlich über Pflichten und Rechte und in spätestens einer Stunde käme er nachsehen, bis dahin müsse er die Kennkarten der Herrschaften

einbehalten, das Strafmandat komme per Einschreiben, nein danke, keinen Schnaps, im Dienst schon gar nicht, sonst gern und in so angenehmer Nachbarschaft. Dann startete er auf Lilis Pullover und piff seinem Hund.

Die Männer rauchten noch eine zum abgewöhnen, kletterten aufs Dach und zurrten die Riemen über das durchweichte Zelt. Sie schleppten die feuchten Kleider, sie schmissen die Koffer voll. Lili heulte und puderte sorgfältig die Nase. Im Super schwangen Ratschläge für die deutsche Frau, nicht nur Kochtopf, auch aktive Demokratie.

Sie dröhnten rückwärts im Ersten auf die kleine Chaussee, Kurt schob ein bißchen, die Profile waren normal, nicht Safari/klein.

An der Kreuzung winkte der joviale Friseur, gab mit Kompliment die Kennkarten zurück und empfahl herzlich Frau Anzengruber, Viertelstündchen von hier. Dann startete er auf Lilis Pullover und wünschte gute Fahrt.

Frau Anzengruber war eine moderne Agriculteuse, sie nahm fünf Mark pro Tag und sagen wir zwei für den Wagen, ich schaff ihn ins Heu. Dann humpelte sie vor den Gästen und bot einen Waldhang mit Seeblick hinter der Scheuer. Dort wimpelten Fahnen über acht Zelten, Nanga Parbat glänzte im Hinterhofmilieu von Maryland Superior, Motouristenkinder spielten Fußball zwischen Kanisterburgen, Ölsardinen und Propankochern. Am Waldrand standen diskrete Kabinen und ein Umkleidezelt Venus/imprägniert.

Die Ankunft der Neuen war Sensation.

Man winkt Pauls Ferienfuhr im Rückwärtsgang neben Nanga Parbat. Sportiv-kameradschaftlich besiegt Männerteams die feuchte Natur. Kugelpolierte Zeltspanner, völkerverbindender Sporthumor, Großheringslaschen mit Seemannsknoten schafften das Unmögliche: vierzig Minuten später wand sich Lili laut singend hinter der imprägnierten Venus und spülte den Ärger unter Autodusche Neptun. Drei Minuten danach dampfte Propankaffee im Picknicknecessaire über geliehenen Kokosmatten. Neun sportive Campingfamilien, darunter das überationale Glanzstück, Mister Washington D. Buttler, Herr über Maryland Superior, klemmten sich gastlich im Robinson II und stritten über Frischhaltebeutel und Trockenbrennstofftableten.

Herr Nanga Parbat, Jungeselle aus Duisburg, erlaubte sich vor Kameradin Lili ein Späßchen mit Schwimmerbrille und Schnorchel. Er schwärmte vom balearischen Tiefkult, schwamm ich direkt am Hai.

Dann brachte man allseitig Skat in Vorschlag, Doppelpartien, Herr Washington werde ins Schlepp genommen, deutscher Skat in fünf Minuten, wäre gelacht, und am gemütlichsten sei es im Nanga Parbat.

Der Chef ließ sich nicht drängen, gab Dame Lili den Arm, dann ging man hinüber. Aus neun Bakelitkästen quakten vier Senderprogramme, die Sonne blinzelte, gleich spannten zwei Damen das Seil für sportliche Unterhosen, Persilduft lag auf dem Waldhang, die Motouristenkinder spielten Korea und der Tag ging mühelos zu Ende.

Am Abend bot Nanga Parbat als Rangältester das sportive Du auf internationaler Ebene und bat Lili gehorsamst um den ersten Kuß. Paul betonte unter verkramptem Lachen, Fräulein Lili sei seine Braut, die lachte schrill und verlangte Alkohol. Kurt schwieg, sog an der Brasil, schaute auf Lilis Pullover und dachte Natur oder nicht Natur.

Gegen Nacht, es goß in Strömen, zwei Hunde bellten, spielte die Campingfamilie Domino im Maryland Superior. Washingtons schwarze Hände mixten Tomate und auf Nanga Parbats ausdrückliche Bestellung zwei Skyliners-Gold für Lili und den Spender. Kurt stand auf, watete hinüber zum Robinson II, schlich mit Notgepäck zu Frau Anzengrubers Hofherd und nahm Platz.

Frau Anzengruber bot ihm kuhwarme Milch, das Glas zu fünfzig, Kurt trank es schauernd und lobte den Campingplatz.

Den habe sie mit ihrem Schwager ausgemacht, sagte sie stolz.

So, sagte Kurt und nippte am Glas.

Ja, sagte sie, er sei Oberförster, ein tüchtiger Kerl. Immer mit der Zeit.

Ganz recht, sagte Kurt und wann der nächste Zug fällig sei?

Frau Anzengruber holte die Brille.

Ist es sehr weit, fragte Kurt.

Aus Maryland Superior lachte Nanga Parbat herüber, unter Hallo und sportivem Applaus sang Lili the old man river im presto und Sopran. Washington schlug den Takt auf einem Kotflügel seines alten Chevrolets.

Der Regen rauschte und Frau Anzengruber sagte, das sei schon ein ziemlich weiter Weg.



# Opportunisten gefragt

Fortsetzung von Seite 1:

und für diese „Schmarotzer“. In der Deutschen Studentenzeitschrift (10/54) sagt er uns, was wir für sie zu tun haben. Er folgert das aus der Situation, in der sich die mitteldeutschen Studenten befinden. Aber er verzichtet genau so wie Herr Harig, der seine wichtigste Informationsquelle ist, auf eine Untersuchung der wirklichen Gründe für die Herausbildung des akademischen Insulanertums in Mitteldeutschland. Herr Harig nennt sie Schmarotzer, politisch Uninteressierte; gutgläubig vermuten wir dagegen, daß sie es in ihrem innersten Kern nicht sind, daß sie ihren Zustand bald aus dieser Unwahrheit befreien möchten und daß wir ihnen dazu verhelfen müssen.

Was könnt ihr uns bieten?

Gerade auf dieses Interesse baut aber Herr Müller. Wie könnte er uns sonst sagen, daß die mitteldeutschen Studenten gar nicht so leicht zu gewinnen sind, daß sie sich ziemlich teuer verkaufen, daß sie bedeutende Ansprüche anmelden. Wir werden uns an ihre Erwartungen halten müssen, um zu sehen, was wir von ihnen erwarten können. Nach Herrn Müller ist ihre Kardinalfrage: was könnt ihr uns bieten? oder wörtlich: „Könnt ihr die soziale Sicherheit unseres Studiums, die mit realen Aufstiegsmöglichkeiten verbunden ist, in einer demokratisch organisierten Universität und Gesellschaft bei völliger Gewährung der politischen und persönlichen Freiheit gewährleisten?“ So wäre unsere dringlichste Aufgabe, diese ‚demokratischen Realitäten‘ bei uns zu verwirklichen; dann erneut bei denen drüben anzuklopfen und bescheiden zu fragen: findet ihr nun Gefallen an der westlichen Demokratie? Doch um sie geht es ihnen gar nicht, dies zeigen ihre Forderungen ja ohnehin schon deutlich genug. In ihnen bekundet sich eine rein materialistische Gesinnung, schmackhaft gemacht für westliche Gaumen durch einen Schuß utopischer Universalfreiheit. Diese Studenten sind nach Herrn Müller ‚tatsächlich Marxisten‘ und lieben den Genuß der ökonomischen Freiheiten über alles, schon weniger den kämpferischen Einsatz für sie. Da ihnen der Elan fehlt, sind sie natürlich nur höchst fadenscheinige, farblose Marxisten; aber das ist uns keine Beruhigung. Denn sie sind und werden bleiben Schmarotzer aller Staatswesen, die sie nur nach dem Grad der befriedigten Genußsucht unterscheiden. Wir können in dem Erwerb solcher Typen keinen sittlichen Auftrag und keinen positiven Gewinn entdecken; unsere Bereitschaft zur Erfüllung ihrer Forderungen ist bei solchen Perspektiven nicht sehr groß. Das hieße ja die Voraussetzung für jene ‚ungesunde Rentnerideologie‘ schaffen, die Herr Harig bei seinen Studenten so bitter beklagt und die aus manchen westlichen Vorschlägen für ‚Studienhonorare‘ nicht gang hinwegzudiskutieren ist.

Da die gestellten Bedingungen keine besondere Empfehlung für die mitteldeutschen Kommilitonen enthalten, muß sie sich in anderen Äußerungen des Herrn Müller verbergen.

Vielleicht sind es gewisse **Gemeinsamkeiten** mit den westlichen Studenten, die ihn veranlassen, sich um das höchst anspruchsvolle Objekt zu bemühen. Er findet, daß ‚sozialer und politischer Opportunismus keineswegs nur ein

Attribut großer Teile der mitteldeutschen Studentenschaft‘ sei. Unbekümmert um etwa verschiedene Gründe dieser politisch indifferenten Haltung vergleicht er die akademischen Insulaner Mitteldeutschlands mit den an westdeutschen Hochschulen mehr und mehr herumwimmelnden politischen Blindschleichen, die sich in völligem Desinteresse am politischen Geschehen und an der akademischen Selbstverwaltung gefallen. Sieht er in deren Vermehrung den wesentlichen Vorteil? Aber das fände doch schon seinen Widerspruch in der absurden Konsequenz, daß Herr Müller den westdeutschen Opportunismus rügt, andererseits aber den mitteldeutschen importieren will.

Von den mitteldeutschen Studenten heißt es weiter, sie wüßten, „daß der soziale Bezugswort des Systems nicht die Arbeiterschaft, sondern die Intelligenz ist“, und so „wird ihr soziales Verhalten nicht durch die Solidarität mit der in ihrer Mehrheit das System ablehnenden Arbeiterschaft bestimmt, sondern als Nutznießer der neuen Klassengesellschaft begreifen sie sich als potentielle neue Intelligenz und orientieren sich am nach wie vor bourgeoisen Lebensstil dieser Schicht“.

Ob wohl in diesem wuchtigen Charaktergemälde die Empfehlung zu suchen ist? Vielleicht daß diese Studenten durch ihre Bezugslosigkeit zur Arbeiterschaft dem westdeutschen Typus nicht gar zu fern stehen, der sich da wieder auf jenen schnobrigen, klassenbewußten Gerichtsassessor der wilhelminischen Zeit hinentwickelt? Jene, die mit den revolutionären Arbeitermassen nicht auch noch als intellektuelle Führer faktieren und so die bourgeoise Wohlhabenheit erzittern machen?

Herr Müller wird sich das nicht ganz durchdacht haben, was er da geschrieben. Er empfiehlt uns diese Menschen so dringlich, obwohl er sie in einem Atemzug selbst als Nutznießer (aus Neigung, nicht als Zwang!) der neuen Gesellschaft verdächtigt. Er verbindet damit zugleich eine voraus-eilende Rehabilitierung der Arbeiterschaft, die indirekt die Intelligenz und in unserem Falle die Studentenschaft der geistigen Kollaboration bezichtigt. Mag das stimmen oder nicht — und wir sind der Meinung, daß in diesem Passus die gefährlichsten und verleumderischsten Gedanken des ganzen Artikels verborgen liegen — wir wissen jedenfalls nun erst recht nicht mehr, warum wir diese Studenten für uns gewinnen, den Einsatz baldmöglichst leisten sollen.

Wir kennen aber wenigstens die Situation der mitteldeutschen Studenten. Herr Müller wußte einleitend von ihr zu sagen: „Und die wiederum sieht nicht so schwarz aus, wie viele von uns glauben.“ Nach Herrn Müllers Ausführungen indessen müssen wir sagen: sie sieht schwärzer aus, als die meisten von uns es je erwarteten!

## Tummelplatz für Profitgierige?

Wir unterstellen zunächst, daß der akademische Insulaner Mitteldeutschlands tatsächlich dem von Herrn Müller gemeinten Typus entspricht, und fragen: Hat es dann überhaupt noch einen Sinn, für ihn die Wiedervereinigung zu betreiben? Was veranlaßt uns, diese Leute aus einem Unternehmen, das allem Anschein nach sozialer wirtschaftet, in unseres herüberzulocken? Warum soll es unser Ziel sein, das lukrativere Unternehmen zu werden und so die Wiedervereinigung zu einem bloßen Betriebswechsel herabzuwürdigen? Wir stellen demgegenüber fest: Unser Bedarf an solchen Profitgierigen ist vollauf gedeckt! Westdeutschlands Sorge betrifft nicht und niemals jene Kategorie von Flüchtlingen, die nur auf größeren finanziellen Gewinn spekulieren, und läßt sich auch nicht von jenen, die drüben solche Hoffnungen hegen, vorschreiben, was zu tun sei, damit sie willens werden, sich für uns zu erwärmen. Wir weigern uns ganz entschieden, daß Westdeutschland und ein wiedervereinigtes Deutschland zum Tummelplatz solcher asozialen Spekulanten wird!

Wir wissen aber, daß in Mitteldeutschland diese Gesinnung durchaus nicht so typisch ist, wie sie Herr Müller uns darzustellen versucht. Unsere Sorge und unser Bemühen um Verständigung gilt daher anderen. Es sind zunächst jene, die den Zwang des Regimes noch verspüren, die unter ihm leiden; die auch ein materielles Opfer nicht scheuen würden, sich seiner zu entledigen; für die daher die ökonomische Freiheit nicht erstes Gebot ihres Katechismus ist; die wissen, daß Freiheit nicht mit Bindungslosigkeit und einem Freibrief für gesellschaftliche Trägheit verwechselt werden darf.

Unsere Sorge gilt aber nicht minder ihren ideologischen Gegnern. Sie gilt den Begeisterten und Getreuen, die aus jugendlicher Unerfahrenheit und mangelnder Vergleichsmöglichkeit der herrschenden Ideologie verfallen sind. Sie bedürfen erst recht der Hilfe, mögen sie sie auch noch so sehr verwerfen, verschmähen und beschimpfen. Wir dürfen sie in ihrer Isoliertheit nicht beharren lassen, wir müssen gerade mit ihnen ins Gespräch kommen, um ihnen von Mal zu Mal wenigstens die Ahnung von dem zu vermitteln, was Freiheit des Geistes, der Lehre und der Forschung bedeuten. Ihren engen, nur von den Doktrinären bestimmten Horizont müssen wir erweitern. Die von ihnen Unterdrückten und politisch Entmündigten werden es verstehen, wenn wir auch in dieser Richtung Kontakt suchen, und sie werden es nicht als ein verräterisches Faktieren auslegen. Unsere ideologischen Gegner setzen ihre ganze Hoffnung in die geistige

Infiltration; sie wissen, daß man so die verhärteten Fronten brechen kann. Warum bedienen nicht auch wir uns dieser Methode?

Die soziale Fundierung unseres Studiums bleibt wesentlich Aufgabe der westdeutschen Studentenschaft. Aber wir lassen uns dadurch nicht bestechen, daß sie zur unabdingbaren Voraussetzung einer Verständigung mit unseren mitteldeutschen Kommilitonen erklärt wird. Denn es liegt uns gar nichts daran, die Wiedervereinigung auf dem Boden jener ‚ungesunden Rentnerideologie‘ zu betreiben.

Natürlich interessiert drüben keinen das Geplauder über die grundsätzliche Freiheit des Individuums, wie es Herr Dieter Wellershoff in seiner Rechtfertigung auf unsere Kritik (s. DISKUS 7/54; DSZ 8/54) wiederholte.

Schon in der **Alternativparole** ‚Grünes Hemd; ja oder nein?‘ unterlief ihm eine recht unsachliche Verfälschung unserer Meinung. Denn wir hatten nie in jener Ausschließlichkeit dafür wie er dagegen gesprochen. Wir waren nur der Ansicht, daß zu den ‚Hemden aller Farben...‘ auch ein grünes gehören könnte; daß wir unsere Hemden frei und offen tragen müßten und auch wirklich so etwas wie eine politische Gesinnung vorzuzeigen und anzubieten hätten, deren wir uns nicht zu schämen brauchen. Herr Wellershoff aber verkroch sich wieder in ein Phantom von absoluter Freiheit des Individuums, der man beim besten Willen keine konkrete Beziehung zur Gesellschaft, zum Staate absehen kann. Dadurch entbehren leider alle weisen Ratschläge der Verantwortlichkeit und werden zur bloßen Geste eines nur mit sich selbst beschäftigten Menschen. Diese Gesinnung ist nicht gar zu verschieden von der genannten Rentnerideologie. Ihre Repräsentanten verhalten sich zueinander wie geschäftiger Spekulant und versponnener Phantast; beide geraten an die Grenze des Asozialen als der konsequenten Durchführung der Freiheit des Individuums.

## Begegnung ohne Pathos

Für die Begegnung, die wir mit den zwei Studentengruppen Mitteldeutschlands stärker denn je und ohne Zögern herbeizuführen haben, gilt als wesentlichste Voraussetzung: Weg mit dem Pathos! Weg von grundsätzlichen Erwägungen! Wir kennen die Tendenz, uns bei den Kardinalfragen festzunageln und weltweite Lösungen zu fordern. Doch wir wollen uns nicht anmaßen, von uns aus die Fragen der hohen Politik zu lösen, die den geschicktesten Staatsmännern der Welt die größten Schwierigkeiten bereiten. Deshalb haben wir unser Gespräch auf das Detail zu lenken, uns in unserem Fachgebiet wieder verständigen zu lernen und die verschiedenartigen Denkstile aus ihrer Isolierung zu befreien.

So ergeben sich ganz konkrete Aufgaben für die Studentenschaft Westdeutschlands: sie hat den Kontakt wieder herzustellen und einen unmittelbaren Gedankenaustausch in Gang zu bringen. Der Asta aller Universitäten unterhält einen Referenten für Gesamtdeutsche Studentenfragen. Wir sehen seine Funktion nicht erschöpft in der gelegentlichen Betreuung politischer Flüchtlinge und dem Abheften der Hochschulinformationen. Er hat mit den politischen, religiösen, kulturellen und sportlichen Vereinigungen seiner eigenen Universität die Voraussetzungen für einen erweiterten Austausch der Studenten zu schaffen und sich mit den ostzonalen Studentenvertretungen darüber zu verständigen. Wir dürfen diesen Weg nicht scheuen, denn jeder Versuch, nur den einzelnen anzusprechen, bliebe zufällig und selten. Auch würden wir verdächtig werden, so etwas wie eine fünfte Kolonne organisieren zu wollen, würden durch diese Illegalität den einzelnen drüben noch mehr gefährden.

Für solchen Austausch, der auch nach der Ansicht des Bundesjugendringes mehr gefördert werden sollte, brauchen wir keineswegs erst auf staatliche finanzielle Unterstützung zu warten, weder hüben noch drüben. Zwar könnten den Universitäten vom VDS und dem Amt Mittel zur Verfügung gestellt werden, die zur Zeit einer wenig sinnvollen Propaganda zugute kommen. Aber die Fonds der studententischen Vereinigungen in Verbindung mit der Initiative des einzelnen und der Elternschaft würden schon eine recht umfangreiche Wirksamkeit garantieren. Dem Austausch wird so das staatspolitische Pathos und der hochoffizielle Charakter genommen. Mehr als bisher sollten westdeutsche Studenten an ostzonalen Tagungen teilnehmen und dies nicht dem Zufall eines Kirchentages überlassen. Kongresse, Fachmessen, Ausstellungen, Biennalen und so repräsentative Veranstaltungen wie das ‚Darmstädter Gespräch‘ müßten wahrgenommen werden, um ostzonalen Studenten die Möglichkeit zu geben, unser Leben und Denken kennenzulernen. Die Chancen, die in solchen Begegnungen liegen, sind bisher in keiner Weise genutzt worden. Wir würden untereinander so viele Gemeinsamkeiten entdecken, so viele parallele Interessen, daß die Schärfe des ideologischen Unterschiedes ihre alles vergiftende Wirkung verlieren würde. Wir kämen dann zu der Einsicht, daß es sich auch ohne vollständige Identität der Gesinnungen neben- und miteinander leben läßt. Aber das eben will erst wieder gelernt sein.

E. Pause

## „Studium generale“

durch die Deutsche Zeitung

nennt ein Hamburger Student seine Artikelsammlung, auf die er nie mehr verzichten will.

Der praktisch denkende Akademiker verschafft sich - über das Fachstudium hinaus - das gründliche Wissen und die Universalität der echten Persönlichkeit durch die

**Deutsche Zeitung**  
und Wirtschafts Zeitung

DAS BLATT DER ANSPRUCHSVOLLEN LESER

Verlangen Sie bitte kostenlose Probenummern vom Verlag: Stuttgart, Silberburgstraße 193 oder von unserem dortigen Beauftragten - siehe Aushang!

Monatlicher Vorzugspreis  
für Studierende DM 2,90

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch-Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!



# Der Hessenerlaß bleibt

Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen hat der Asta unserer Universität an die politischen Parteien Hessens die Frage gestellt, ob sie die Schulgeldfreiheit auch bei einer veränderten Zusammensetzung der Regierung aufrecht erhalten würden.

Wir veröffentlichen auszugsweise die Stellungnahmen der Parteien.

## SPD

Der Vorsitzende des Bezirks Hessen-Süd und Bundestagsabgeordnete Willi Birkelbach gibt folgende Antwort:

„Die in der Hessischen Verfassung verankerte Schul- und Studiengeldfreiheit ist für uns unantastbar. Wir werden uns jedem Versuch, sie zu beseitigen, oder auszuhöhlen mit Entschiedenheit widersetzen.“

Wir wissen uns in der Wahrung dieser alten programmatischen Forderung der SPD mit der Gesamtpartei im Bundesgebiet einig und sind stolz darauf, daß Hessen als einziges Land der Bundesrepublik die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit verfassungsmäßig verankert hat und praktiziert.“

Die SPD-Fraktion des Hessischen Landtages schreibt:

„Die Sozialdemokratische Partei hat die Schul- und Studiengeldfreiheit in Hessen eingeleitet und unterstützt. Sie wird alles daran setzen, um auch für die Folgezeit diesen Grundsatz zu erhalten und weitere Verbesserungen für die Studentenschaft und Schüler zu erzielen. Gleichzeitig wird die SPD bemüht sein, alle Schulen und Universitäten zu echten Bildungsstätten zu machen.“

## CDU

Der Landesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Union, Dr. Fay, teilt mit:

Die hessische CDU denkt nicht an eine Änderung der allgemeinen Schulgeldfreiheit, weil

1. sie in der Verfassung verankert ist,

2. Hessen durch Vereinbarungen mit anderen Bundesländern gebunden ist,
3. sie trotz einiger Bedenken zweifellos eine bessere Lösung darstellt als das früher übliche System von partieller Befreiung auf Grund von Fleißprüfungen.

Es ist also nicht daran gedacht, eine Änderung herbeizuführen. Man sollte diejenigen, die diese Vorwürfe erheben, darauf hinweisen, daß sie zum mindesten objektiv die Unwahrheit sagen.

## FDP

Der Kreisverband Frankfurt der Freien Demokratischen Partei gab folgende Auskunft:

Sie hatten sich dieser Tage mit der Frage an uns gewandt, ob die Freie Demokratische Partei auch nach der Landtagswahl für die Beibehaltung der Schul- und Studiengeldfreiheit eintritt. Unter Hinweis auf die Rede des Herrn Bundestagsabgeordneten Karl Gaul, die er anlässlich unseres Landesparteitages am Sonnabend, dem 25. September 1954, in Kassel gehalten hat, dürfen wir Ihnen erklären, daß die Freie Demokratische Partei nach wie vor für die Beibehaltung der Studiengeldfreiheit eintritt.

## BHE

Der Kreisvorsitzende des BHE, Dr. Kramer, forderte:

„Freie Bildungsmöglichkeiten für alle Begabten. Der Satz ist nicht dahin auszulegen, daß die Schulgeldfreiheit auf einen Kreis besonders Begabter einzuschränken ist. Vielmehr soll an der bisher bestehenden Schulgeldfreiheit in vollem Umfange festgehalten werden.“

## DP

Die DP hat die Anfrage des Asta bisher unbeantwortet gelassen.

Der nachfolgend abgedruckte Brief wurde am 31. 8. 54 an den Allgemeinen Studentenausschuß zu Händen des 1. Vorsitzenden, Herrn Karl-Heinz Reiningger, mit der Bitte um Abdruck im DISKUS gerichtet. Er ist unterzeichnet von dem Geschäftsführer der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Herrn Dr. F. Scheller.

## Es darf ruhig einmal davon gesprochen werden ...

... daß die von der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main anlässlich der Immatrikulation zum Sommersemester 1954 mit so großen Erwartungen gestartete Werbeaktion bei den Studenteltern ein voller Mißerfolg geworden ist.

Der Versuch, die Eltern der Studierenden durch die Studierenden selbst von einer Idee begeistern zu lassen, ist kläglich mißlungen. Konnte man auch in unserem materialistischen Zeitalter anderes erwarten? — Wohin der Wind die verausgabten 6000 Vordrucke verweht hat, weiß der Himmel, anscheinend nicht in die Hände der Studenteltern. Wäre auch nur ein Bruchteil der Rundschreiben an die Adressaten gelangt, so wäre — das sei zur Ehre der Studenteltern angenommen — ein so schlagender Mißerfolg von weniger als 1/2 % wohl kaum eingetreten.

In den letzten Nummern des „DISKUS“ ist mehrfach über Organisation und Entwicklung der Vereinigung berichtet worden. Wer aber wollte sich wohl der Mühe unterziehen, aus der Klubsessel-Perspektive des neuen Studentenhauses heraus Betrachtungen über Sinn und Zweck einer „Vereinigung von Freunden“ anzustellen? Wer wollte sich wohl Gedanken darüber machen, woher — — die Mittel für den neuen Omnibus, für zahlreiche Einrichtungen der Mensa, des Studentenhauses, der Universitätsinstitute usw. kommen, die gern von den Studierenden in Anspruch genommen werden?

Es ist uns wohl bekannt, daß nur ein kleiner Kreis der Studenteltern in der glücklichen Lage ist, für die Bildungsstätte, die den Studierenden neben dem Studium so viele Vorteile und Annehmlichkeiten bietet, materielle Opfer zu bringen. Daß aber hier eine groß angelegte und mit erheblichen Kosten in die Wege geleitete Werbung — ein Versuch „am grünen Stamm“ — völlig ergebnislos verlaufen ist, muß mit Bedauern und Sorge festgestellt werden. Ohne auf die „psychologische Seite“ näher einzugehen, möchten wir auf den trefflichen Artikel des Herrn Prof. Dr. H. Lehmann im Heft 4 des „DISKUS“ vom Mai 1954 verweisen, dessen Grundgedanken „Interesse, Verständnis, Verantwortung“ auch auf diesen Fall Anwendung finden könnten.

Trotzdem soll die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß sich auch innerhalb der Studentenschaft das Verständnis für eine engere Verbundenheit mit der Vereinigung von Freunden durchsetzt, und daß das Bewußtsein, in der Vereinigung einen wahren Freund und Helfer zu haben, doch noch zum Durchbruch kommt.

D. F. Scheller

## Mißbrauch internationaler Solidarität

Die Arbeitsgemeinschaft der Exilstudenten in der Bundesrepublik schickte uns nachfolgende Zuschrift. Wir halten das Problem für wichtig genug, um es zur Diskussion zu stellen und bitten die beteiligten Stellen um ihre Stellungnahme.

Die Redaktion

Auf der Generalversammlung des World University Service im Jahre 1952 wurde dem Bonner Büro des deutschen WUS Komitees die Sorge um das Wohl der ausländischen Studenten aus den Ländern hinter dem eisernen Vorhang, der sogenannten Exilstudenten, in der Bundesrepublik übertragen. Hierzu gehören 2 000 Studenten, die achtzehn verschiedene Muttersprachen sprechen. Von ihnen lebten mehr als 1 500 in Lagern und mußten ihr Studium aufgeben oder unterbrechen. Nicht einmal der vierte Teil konnte sich notdürftig an den Universitäten halten.

„Übernahme der Sorge“ sollte heißen, daß den Exilstudenten das Gefühl gegeben werden sollte, mit den einheimischen deutschen Studenten vollständig gleichberechtigt zu sein und dieselben Möglichkeiten zu haben.

Mit Eifer ging man ans Werk. Sofort wurden an alle Universitäten und alle möglichen Stellen Rundschreiben verschickt, um die Zuständigkeit des Bonner Büros kund zu tun. Auch wurde höflichst um Namenslisten der bekannten Exilstudenten gebeten.

Es traf sich, daß gerade zu dieser Zeit dem Bonner Büro zum ersten-, und leider auch zum letztenmal durch die UNO aus einer internationalen Spende eine Summe Geldes zur Verteilung anvertraut wurde. Sie reichte gerade aus, um für 10% der Exilstudenten die Studiengebühren für ein Semester zu bezahlen, war aber groß genug, um eine Flut von Notizen in allen deutschen und vielen ausländischen Studentenzeitungen auszulösen, in denen zu lesen stand, daß Beihilfen für den Lebensunterhalt, Bücher, Examensgebühren und eine Menge anderer notwendiger Dinge gewährt würden. —

Der Exilstudent, von der Druckerschwärze beeinflusst, nahm das für bare Münze und griff nach einem Antragsformular für Ausbildungsbeihilfen für Flüchtlingsstudenten. Aber — es gab keine für ihn und gibt auch heute noch nichts.

Es wäre vielleicht sinnvoll gewesen zu versuchen, für die Exilstudenten dieselben gesetzlichen Ausbildungsbeihilfen durchzusetzen, wie sie für deutsche Flüchtlingsstudenten ausgegeben werden, aber dieser Weg schien dem deutschen WUS-Zweig zu steil. Zweckmäßiger erschien es, etwas geschehen zu lassen, was sofort und gut sichtbar ist. Einige wenige ausländische Wohltätigkeitsfilialen haben ein paar Pakete und abgetragene Kleidungsstücke, die sonst von ihnen direkt zu verteilen gewesen wären, an das Bonner Büro zur Verteilung an die Exilstudenten übergeben. Noch einige Kleinigkeiten kamen und damit war Schluß. Es wurde nämlich beschlossen, mit dem Problem der Exilstudenten besser fertig zu werden und „erneut“ festgestellt, daß die Hilfeleistungen nicht in stärkerem Maße vollbracht werden sollen, als es notgedrungenerweise der Fall ist.

Internationale Mittel gab es tatsächlich und gibt es auch heute noch im WUS, aber dank der Bemühungen der Bonner Vertreter nicht für die Exilstudenten in Deutschland. Jährlich sammeln Professoren und Studenten in den westlichen Ländern den Gegenwert von 4—5 Millionen Schweizer Franken, wovon Dreiviertel aus den USA stammen, für notleidende Studentengruppen in anderen Ländern. Das deutsche Komitee hat jedoch den heroischen Entschluß gefaßt, daß die Versorgung der Exilstudenten „ohne Hilfe des Auslandes getragen werden muß, denn sie wirkte sich jetzt ungünstig aus“. Unter dem Motto „Die Verpflichtungen, die wir übernommen haben ...“ wurden die Exilstudenten einfach aus dem Hilfsprogramm des Auslandes herausgeschnitten.

Wendet sich heute ein Exilstudent an irgendeine deutsche oder ausländische Stelle um Hilfe, dann wird er automatisch an „die für ihn zuständige Stelle“, das Bonner WUS-Büro, verwiesen. Von dort ist die einzige Antwort, wenn überhaupt eine kommt: „Wir sind zur Zeit nicht in der Lage ...“ Nun denn, dann muß man eben warten, bis die Herren wieder in der Lage sind.

Seit ungefähr einem Vierteljahr jedoch zeigt das deutsche Generalsekretariat in Bonn eine auffallende Aktivität. Sechs holländische Stipendien wurden vermittelt, jeder 15. Exilstudent bekam ein Paket der Care-Mission für Exilstudenten, es sollen sogar 27 Exilstudenten im Rahmen des internationalen Programms des WUS in einem neubauten Studentenheim in München Aufnahme finden. Dies alles ohne hemmende Beratungen. Fürwahr, das ist an dem bisher üblichen WUS-Tempo gemessen eine äußerst schnelle Arbeitsweise.

Und der Anlaß dazu? Man hat durchaus nicht mehr Mittel und Möglichkeiten als zuvor, und an dem Problem hat sich auch nichts Wesentliches geändert, aber — die Exilstudenten griffen zur Selbsthilfe und das WUS-Renommé stand in Gefahr. Entgegen allen Erwartungen haben sich aus allen Winkel der Bundesrepublik die Vertreter der Exilstudentengruppen zusammengefunden und beschlossen, sofort gemeinsam ans Werk zu gehen. Das begann damit, erst einmal ihre wirkliche Lage ans Licht der Öffentlichkeit zu tragen. Einigen amtlichen Stellen wurde klarer Wein über die realen Verhältnisse eingeschenkt und einige Zeitungen stellten ein paar Spalten zur Verfügung. Auch im Ausland erschienen in diesem Sinne einige spärliche Meldungen, was zur Folge hatte, daß man besonders in den Ländern, wo man sich der feierlichen Verpflichtung zur Übernahme der Sorge für die Exilstudenten noch sehr gut erinnerte, nicht genug staunen konnte, woraus man auch kein Hehl machte. Die Wirkung in den Kreisen, die bis-

Wissenschaftliche Buchhandlung

**Josef Hilfrich**

die Buchhandlung des Studenten  
Adalbertstraße, Ecke Gräbstraße  
(An der BockenheimerWarte) Tel. 768 65

15% Ermäßigung auf ASTA-Berechtigungsschein

her mit Zuschüssen und Stipendien für Bonn nicht geizten, ist leicht auszumalen.

Man täte Unrecht, wenn man die örtlichen WUS-Gruppen in einen Vorwurf gegen das Bonner Generalsekretariat einbeziehen würde. Gerade in ihnen sind viele Studenten, die das öffentlich angekündigte Programm wörtlich nehmen, aber die Arbeit der Bonner Zentrale nicht überblicken können.

Die Lage der durchschnittlichen Exilstudenten ist heute aussichtsloser, als die eines sowjetzonalen Flüchtlingsstudenten, der morgen auf dem Boden der Bundesrepublik landen wird. Die Exilstudenten sind durchschnittlich 7—12 Jahre älter, Sprachschwierigkeiten behindern das Studium und die Nebenerwerbssaussichten. Sie stehen jetzt im entscheidenden Alter von durchschnittlich 30 Jahren, und wenn man nicht alsbald zur Hilfe schreitet, wird sich das Problem in 3—5 Jahren selbst lösen. Nur fragt es sich, wie dann bei diesen Menschen das Bild von Deutschland und dem deutschen Verantwortungsbewußtsein aussehen wird.

Anatol Oratow

**Mit Millionen von Wettfreunden  
ständig im Dienste des Sports**

 **HESSEN-TOTO**  
IM WEST-SÜD-BLOCK



# Studenten sind anfällig

Es ist eine allgemeine Beobachtung, daß die Häufigkeit der Tuberkulose nachläßt, wenn der Lebensstandard der Bevölkerung eine Verbesserung erfährt. Die Entwicklung in der Bundesrepublik und West-Berlin seit der Währungsreform hat diese Erfahrung aufs Neue bestätigt. Es gibt aber eine Personengruppe, die ausgenommen blieb. Das sind die Studierenden.

Erhebungen, die der Verband Deutscher Studentenwerke und, unabhängig davon, das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose über die Tuberkulose-erkrankten Studierenden unternahmen, haben Zahlen von alarmierender Aktualität erbracht. Im vergangenen Jahre befanden sich 800 Studierende in Lungenheilstätten, und man muß befürchten, daß eine große Zahl heilstättenbedürftiger Studierender durch die zum Teil mangelhaften Untersuchungen nicht erfaßt wurde und ihrem Studium weiter nachgeht. Im Durchschnitt der Bevölkerung rechnet man mit 0,1 % heilstättenbedürftigen Tuberkulösen. Allein der Prozentsatz der Studierenden in einer Heilstätte beträgt das Sechsfache. Noch dies Verhältnis ist zu optimistisch geschätzt, denn gerade bei der Altersgruppe zwischen 20 und 25 Jahren tritt Tuberkulose am häufigsten auf, so daß der Vergleich mit der Gesamtbevölkerung nicht richtig wäre. An aktiven Tuberkulösen aller Organe fand man bei Untersuchungen im Jahre 1953 in den Hochschulorten Göttingen, Berlin, Freiburg und Stuttgart einen Prozentsatz von durchschnittlich 3,5, während bei der gleichaltrigen nicht studierenden Personengruppe nur ein Prozentsatz von 1,6 zu beobachten war.

Diese Zahlen zusammen mit den Ergebnissen der Untersuchungen über die soziale Lage der Studentenschaft zeigen, welche Aktualität die Tuberkulosebekämpfung bei den Hochschulbesuchern hat. Für ihre Durchführung bedarf es aber unbedingt der Mithilfe aller Studierenden.

Die Bekämpfung der Tuberkulose gliedert man am besten in drei Abschnitte:

1. die Untersuchung aller Studierenden,
2. die Betreuung der in Behandlung befindlichen tuberkulosekranken Studierenden,
3. die Betreuung der Rekonvaleszenten.

Untersuchungen bei einer so stark gefährdeten Bevölkerungsgruppe sollten mindestens im Abstand von 2 Jahren stattfinden — also zu Beginn des 1., 5. und 9. Semesters. Dabei darf es nicht dem einzelnen überlassen sein, ob er sich dieser Untersuchung unterziehen will. Bei der großen Möglichkeit der Ansteckung hat die Gemeinschaft einer Hochschule ein Recht darauf, daß alle Studierenden regelmäßig untersucht werden. Warum das so wichtig ist, mögen zwei Beispiele deutlich machen.

In Berlin waren zu Beginn des Wintersemesters 1953/54 1062 Studierende des ersten Semesters zu untersuchen. Es wird niemand immatrikuliert, der nicht vorher diese Untersuchung über sich ergehen ließ. 1060 Studierende haben sich der Untersuchung unterzogen. Die zwei, die es verstanden, die Immatrikulation ohne Untersuchung zu erreichen, konnten nachträglich erfaßt werden. Beide waren offen tuberkulös. Hätte man sie nicht noch auffinden können, wäre die ganze Untersuchung sinnlos gewesen, da zwei große Infektionsquellen in den Hörsälen verblieben wären.

Erfahrungsgemäß versuchen Personen, die befürchten müssen, daß sie eine Tuberkulose haben, sich der obligatorischen Untersuchung zu entziehen. Das geht soweit, daß Studierende, bei denen eine aktive Tuberkulose festgestellt worden ist, die Hochschule wechseln, und zwar dorthin, wo keine Pflichtuntersuchung durchgeführt wird. Auf keinen Fall aber begeben sie sich in Behandlung. Natürlich sind diese Vorkommnisse nicht die Regel, aber sie sind häufig.

Warum entziehen sich aber Personen, die doch wohl befürchten, daß mit ihrer Lunge etwas nicht in Ordnung sein könnte, der Pflichtuntersuchung? Studenten haben hierfür häufig einen sehr bestimmten Grund. Man kann auf den verschiedensten Gebieten des Hochschullebens beobachten, daß der Student heute mit nüchternem Blick lediglich sein Studienziel, also den Abschluß des Staatsexamens oder die Promotion sieht. Plötzlich nun erscheint in diesem vorausgerechneten Ausbildungsweg ein Faktor, den man nicht mit einkalkulieren konnte, nämlich das körperliche Versagen auf irgendeinem Gebiet. Der Studierende scheut sich davor, seinen einmal gefaßten und durchkalkulierten Plan umzuwerfen. Das erleichtert er sich, indem er die Unkenntnis über den Stand seiner Gesundheit sorgfältig bewahrt. Ausdrücke wie „Ach, es wird schon nicht so schlimm sein“ oder „Ich bin bloß abgespannt“ und ähnliche sind ja wohl ein Symptom dafür.

In mehreren europäischen Ländern bestehen Tuberkulose-sanatorien, die lediglich für Studierende bestimmt sind. In ihnen werden die Patienten nicht nur ärztlich betreut, sondern man versucht auch, ihre Studien zu fördern. Neuerdings gibt es in der Schweiz auch ein internationales Hochschulsanatorium. Diese, wenn auch beschränkte Weiterführung des Studiums im Sanato-

rium ist zugleich eine Beschäftigungstherapie, die die Ausheilung des Tuberkuloseprozesses begünstigen kann. Die Sanatorien sind zum Teil so weit entwickelt worden, daß es möglich ist, dort eine ganze Reihe von Studienfächern bis zum Examen zu studieren. In dem Schweizer Hochschulsanatorium werden die Studierenden von ihren Professoren besucht und bei ihrer geistigen Arbeit betreut. — Dieser Gedanke erscheint zuerst als neu; dem ist aber nicht so. Vor dem zweiten Weltkrieg hatten auch deutsche Studenten die Möglichkeit, in ein eigenes Hochschulsanatorium, in Agra in der Schweiz, aufgenommen zu werden. Der Leiter, Professor Alexander, hat damals schon eine spezifische Therapie für die dort liegenden deutschen Studierenden ausgearbeitet.

Der Verband Deutscher Studentenwerke bemüht sich seit längerem darum, ein Sanatorium einrichten zu lassen. Die Grundgedanken der anderen europäischen Hochschulsanatorien wurden übernommen; um aber den deutschen Verhältnissen gerecht zu werden, mußten zuerst einige Einschränkungen vorgenommen werden. Der Verband denkt daran, eine Anstalt in der Nähe von Freiburg, die einem Landesfürsorgeverband gehört und auch von diesem ärztlich betreut wird, als Hochschulsanatorium einrichten zu lassen. Dieses Sanatorium soll etwa 200 Betten haben und von der Universität Freiburg mit betreut werden. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1953 800 Studierende in westdeutschen Heilstätten gelegen haben, so wird man erkennen, daß eine Bettenzahl von 200 durchaus nicht zu groß ist, auch wenn man berücksichtigt, daß die durchschnittliche Kurdauer, also der durchschnittliche Heilstättenaufenthalt des einzelnen fünf bis sechs Monate beträgt, ein Bett im Jahr also zweimal belegt werden kann.

Studenten und Jungakademiker gehören heute zu den sozial am schlechtesten gestellten Schichten. Vom Finanziellen aus gesehen ist also der Ausdruck „akademisches Proletariat“ durchaus berechtigt. Etwa 80 % aller Studierenden werden im Falle einer längeren Erkrankung, zu der auch die Tbc zu rechnen ist, von Landesfürsorgeverbänden betreut werden, die regelmäßig auch die Kosten für die Ausheilung ihrer Patienten tragen. Diese Studierenden liegen aber heute in den verschiedensten Heilstätten. Sollte es nicht möglich sein, die Hälfte aller dieser heute in verschiedenen Heilstätten liegenden Studierenden in einem Sanatorium zusammenzulegen, das auch dem Landesfürsorgeverband gehört, genau so betreut wird und daher keine größeren Kosten verursacht?

Schwieriger ist es um die geistige Betreuung der in diesem Sanatorium liegenden Studierenden bestellt. Das setzt eine Bibliothek voraus, erfordert ein Bildgerät, eventuell sogar ein Schmalfilmgerät usw. Aus rein finanziellen Erwägungen beschränkt sich der Verband in seinem Vorschlag auf eine Organisation im Sinne des Studium generale und will erst nach Klärung der finanziellen Situation ein wirkliches „Hochschul“-Sanatorium einrichten.

## Vom Hochschulsport

Bei der Fülle großer Internationaler Ereignisse hat der Hochschulsport in diesem Sommer nur eine untergeordnete Rolle im Publikumsinteresse gespielt. Das ist durchaus verständlich; aber die Leistungen unserer Studentensportler sind es wert, in kurzer Übersicht noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden.

**Mannschaftsspiele.** Der Beginn des Sommersemesters stand im Zeichen der letzten Vor- und der Zwischenrundenspiele im Handball und Fußball. Im Handball war Marburg der Gruppensieger vor Frankfurt, Gießen und Mainz nicht mehr zu nehmen, in der Zwischenrunde verlor es jedoch gegen die TH Aachen. Darmstadt, in einer anderen Gruppe spielend, erlitt ein ähnliches Schicksal, und so fand die Endrunde ohne hessische Teilnehmer statt. Hochschulmeister wurde die Uni München (19 : 15 gegen Hannover im Endspiel).

Die Fußballrunde brachte eine spannende Auseinandersetzung zwischen Frankfurt und Marburg, die die Frankfurter nach Punktgleichheit erst im zweiten Entscheidungsspiel durch einen 6 : 3-Sieg für sich entscheiden konnten. In der Zwischenrunde mußten sie sich allerdings gegen Köln mit 4 : 1 n. Verl. geschlagen geben (4 : 2 gegen Kiel, 3 : 2 gegen München), und es blieb bei einem vierten Platz. Hochschulmeister: Köln nach 4 : 3-Sieg gegen Kiel.

Weitere Hochschulmeister: Hockey: Uni Köln (3 : 1 gegen Heidelberg); Faustball: TH Aachen als Turniersieger vor Erlangen, Hamburg und Braunschweig.

**Leichtathletik.** In dem prächtigen Darmstädter Hochschulstadion wurden am 31. Juli und 1. August die Meisterschaften in der Leichtathletik, in Verbindung mit den Entspielen in Fußball, Handball, Hockey und Faustball ausgekämpft. Eine muster-gültige Organisation sorgte dafür, daß jeder von den 400 Wettkämpfern eine gute Erinnerung an die Tage von Darmstadt mit nach Hause nahm. Dankend erwähnt werden muß hier vor allem Se. Magnifizienz Prof. Dr. Klöppel, der sportfreundliche Rektor der gastgebenden Hochschule, dessen verständnisvolle Förderung diesem Hochfest des deutschen Studentensportes so gut zum Gelingen verhalf.

Drei der Teilnehmer ragten durch jeweils drei Siege unter den anderen Wettkämpfern besonders hervor: bei den Studentinnen Hilke Thymm (Uni Hamburg) durch Siege über 100 m, 80 m Hürden und in der 4×100 m-Staffel; bei den Studenten Olaf Lawrenz (FU Berlin), der deutsche 800 m-Meister: 800 m, 1500 m, 4×400 m-Staffel, und Eckfried Becker (Uni Frankfurt): 100 m, 200 m, 4×100 m. Von den teilnehmenden Hochschulen rangiert bei den Studenten die Uni Frankfurt nach einer inoffiziellen Wertung an erster Stelle vor der FU Berlin und Uni München.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres zeigt, daß bei den Studenten die Leistungen in 6 von 19 Wettbewerben hinter denen von 1953 zurückgeblieben sind.

Zu dem Programm der Tuberkulosebekämpfung an den Hochschulen gehört schließlich auch die Überwachung der Rekonvaleszenten. Ein kleiner Prozeß braucht schon bis zur restlosen Ausheilung mindestens das Dreifache der üblichen, halbjährigen Kurdauer. Was passiert also heute, wenn der Student aus dem Sanatorium entlassen wird? Er bekommt durch die Entlassung das Gefühl, daß er nun wieder gesund sei, und empfindet den Ratschlag des behandelnden Arztes, daß er sich noch unbedingt schonen müßte, als übertrieben besorgt. Er stürzt sich in sein Studium, weil er ja ein Semester verloren hat, das er unbedingt nachholen muß, damit sein Studienplan nicht umgeworfen wird. Er arbeitet die Nächte durch. Er arbeitet daneben vielleicht noch für seinen Lebensunterhalt als Werkstudent. In absehbarer Zeit wird er dann einen Rückfall erleiden, der in der Regel viel schwerer auszuheilen ist als die erste Erkrankung.

In Marburg wurde sehr bald nach dem Zusammenbruch ein Haus für gesundheitsgefährdete Studenten eingerichtet, welches in der Hauptsache solche Rekonvaleszenten aufnimmt, die aus einer Heilstätte entlassen worden sind. Dieses Haus wird von einem Arzt geleitet. Die Studierenden können ihrem Studium nachgehen, stehen aber unter ständiger ärztlicher Kontrolle, um ein Wiederausbrechen der Krankheit rechtzeitig zu verhindern. Die Erfahrungen, die von Herrn Dr. Vogel und von Herrn Dr. Schmidt als Leiter dieses Hauses gemacht wurden, sind denkbar gut. Es erscheint anstrengenswert, solche Studentenheime als Nachbehandlungsstätten einzurichten. Wenn man bedenkt, welche relativ große Zahl von Studentenwohnheimen — zum Teil mit öffentlichen Geldern — gebaut worden ist, dann scheint auch dieser Vorschlag zur Einrichtung solcher Heime für gesundheitsgefährdete Studenten nicht übertrieben. Man braucht ja nur einmal zu rechnen: Bis zur restlosen klinischen Ausheilung eines kleinen Tuberkuloseprozesses braucht es mindestens anderthalb Jahre. Durchschnittlich befinden sich also die tuberkulosekranken Studierenden davon ein halbes Jahr in der Heilstätte, während sie ein ganzes Jahr als Rekonvaleszenten wieder an der Hochschule sind. Wir haben also an den westdeutschen Hochschulen im vergangenen Jahr rund 1600 solcher Rekonvaleszenten gehabt, wenn man die mittleren und großen Prozesse überhaupt nicht berücksichtigt.

Die Tuberkulose ist auch heute noch gerade für die jungen Menschen ein Schicksal, welches schwer in die Entwicklung des einzelnen eingreift und fast in jedem Falle nach der Ausheilung ein „psychisches Krüppelgefühl“ zurückläßt. Denken wir nur einmal daran, wie schwierig es für einen solchen Kommilitonen ist, ein Zimmer zu bekommen, wenn die Zimmerwirtin weiß, daß er aus der Heilstätte kommt. Denken wir an die vielen anderen Schwierigkeiten, die diesen jungen Menschen begegnen und aus denen man manchmal den Eindruck gewinnt, daß es sich bei der Tuberkulose um einen „kultivierten Aussatz“ handelt!

Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der Studentenwerke sich besonders dieser jungen unglücklichen Menschen anzunehmen.

Dr. Manfred Franke

**Studenten:** 100 m 1. Becker (Ffm.) 11,0 (3. Schweigert, Ffm.); 200 m: Becker, Ffm. 22,7 (2. Schweigert, Ffm.); 400 m: Moser, München 49,7; 800 m: Lawrenz, FU Berlin 1 : 51,2; 1500 m: Lawrenz 3 : 49,6 (2. Retienne, Ffm.); 5000 m: Kamps, TH Stuttgart 15 : 05,8 (2. Richter, Marburg); 110 m Hürden: Steines, Mainz 15,4; 400 m Hürden: Preuß, Münster 56,0; Weitsprung: Oberbeck, Köln 7,07 m (3. Hagedorn THD); Hochsprung: Theilmann, Ffm. 1,85 (2. Hinrichs, Mbg.); Stabhoch: Yüksel, München 3,70; Dreisprung: Ismail, Heidelberg 14,43; Kugel: Lutter, München 14,47; Diskus: Maier, München 43,95; Speer: Kretschmar, FU Berlin 64,02; Hammer: Dahms TU Berlin, 48,22 (3. Koop. THD); 4×100 m: FU Berlin 3 : 20,4 (3. TH Darmstadt); 3×1000 m: Uni Frankfurt.

**Gem. 10-Kpf. Einzel:** 1. Burckert, Uni Kiel; **Mannschaft:** 1. Göttingen; **Studentinnen:** 100 m: Thymm, Hamburg 12,8; 180 m Hürden: Thymm, Hamburg 11,8; 4×100 m: Uni Hamburg 51,1; **Weitsprung:** Schittek, Freiburg 5,29 m; **Hochsprung:** Schittek, Freiburg 1,48; **Kugel:** Klute, Heidelberg 12,95; **Diskus:** Klute, Heidelberg 40,78; **Speer:** Brömmel, München 44,09. **Gem. 6-Kampf, Einzel:** Bethé, Uni Köln; **Mannschaft:** Uni Köln.

### Weitere Sportnachrichten:

Bei der DHM Rudern wurde Marburg 2. im Vierer m. Stm. Ebenfalls 2. wurde im Einer Türsan, THD.

Bei der DHM Reiten belegte Villmer, THD, im Wahl-Jagdspringen Kl. L den 3. Platz. Frl. Jacob (Ffm.) wurde im Jagdspringen Kl. A Zweite, im Geländerritt belegte sie einen ersten Platz.

Stork (Ffm.) wurde deutscher Hochschulmeister im 200 m-Brustschwimmen.

Den einzigen Sieg für Hessens Studenten holte sich im Tennis Jayme (Ffm.) im Herren-Einzel der Klasse B.

Beim Leichtathletik-6-Länder-Kampf in Cagliari (Sardinien) wurde die ADH-Auswahl dritte. Es gab einen deutschen Sieg durch Maier (München) im Kugelstoßen. Retienne (Ffm.) wurde 2. über 1500.

Die nächste Internationale Hochschul-Sportwoche (sog. Studententolympiade) findet im August 1955 in San Sebastian (Spanien) statt.

Dieser Ausgabe liegt das Verlagsverzeichnis des Verlages Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, bei.

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134 Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

foto WAGNER für bessere Fotoarbeiten  
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 7 1657

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M  
Mainzer Landstraße 216  
Ruf 34672

Strichzügen  
Farbzügen  
Autotypen  
Galvanos  
Rotaprintfolien  
Matern - Stereos



# Hochschulnachrichten

## Rechtswissenschaftliche Fakultät

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Schlochauer wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht gewählt.  
Herr Prof. Dr. Walter Mallmann (seitler Universität Tübingen) wurde zum ordentlichen Professor ernannt unter Berufung auf den ordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht.

## Medizinische Fakultät

Herr Prof. Dr. Ferdinand Hoff nahm an einem ärztlichen Konsilium in Addis Abeba teil.

Herr Professor Dr. Dr. Oscar Gans wurde zum Ehrenmitglied der „Iranian Society of Dermatology and Venerology“, Teheran, ernannt.  
Herr Prof. Gans nahm im April an einer Sitzung der „Royal Society of Medicine“ in England teil, um persönlich die Urkunde über die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft entgegenzunehmen. An der Tagung der Section of Dermatology nahm Herr Prof. Gans ebenfalls teil.

Herr Prof. Dr. Peter Holtz erhielt einen Ruf an die Universität Köln.  
Herr Prof. Dr. Heinz von Diringshofen, der als außerplanmäßiger Professor für Innere Medizin tätig ist, nahm an dem Kongreß für Luftfahrtmedizin in Denver/Colorado teil. Er erhielt außerdem einen Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin.

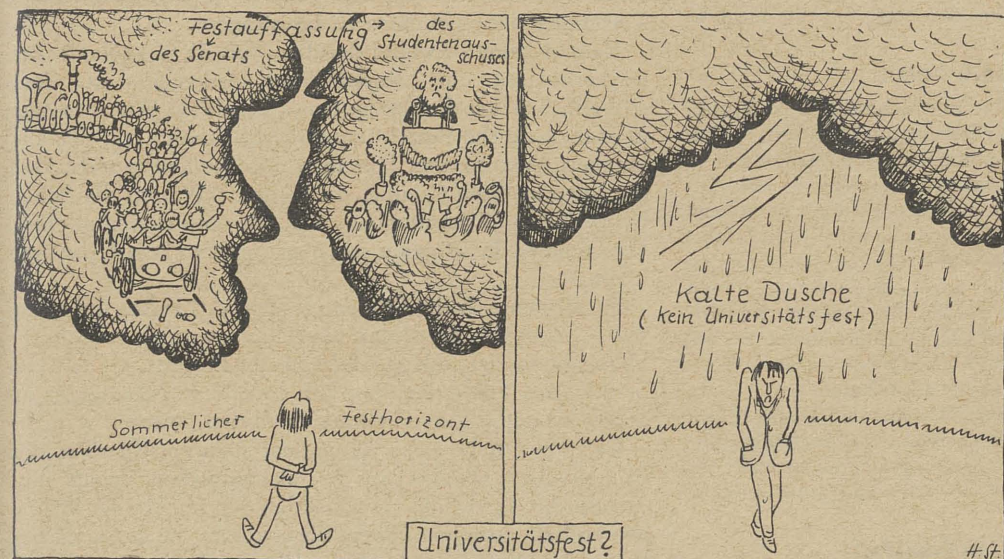
Herr Priv. Doz. Dr. Karl Radenbach wurde zum Fellow des American College of Chest Physicians ernannt.

Herr Priv. Doz. Dr. Otto Hövels hat sich an die Universität Erlangen umhabilitiert.

Herr Dr. Oskar Grüner erhielt die *venia legendi* für das Fach „Gerichtliche und soziale Medizin“.

## Philosophische Fakultät

Herr Dr. Heinz Kröll erhielt einen Lehrauftrag für „Romanische Linguistik“.



Wenn zwei sich streiten, leidet der dritte

Herr Prof. Dr. Theodor Adorno wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Mit der Vertretung eines ordentlichen Lehrstuhls wurden beauftragt:  
Herr Prof. Alfred Rammelmeyer, Universität Marburg, für „Slawistik“.

Herr Prof. Dr. Helmuth Scheel, Universität Mainz, für „Orientalistik“.  
Herr Prof. Dr. Gerhard Bersu wurde durch Schreiben des Generaldirektors der UNESCO zum Mitglied des Internationalen Komitees für Monumente, historische Denkmäler und archäologische Ausgrabungen ernannt und hat an der letzten Sitzung dieses Komitees in Paris teilgenommen.

Herr Priv. Doz. Dr. Julius Schaaf wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Herr Karl Heinz Haag erhielt die *venia legendi* für „Philosophie“.  
Frau Dr. Isabel McCourt wurde zur Lektorin für Englische Sprache ernannt.

Herr Prof. Dr. Friedrich Hahn erhielt einen Lehrauftrag für „Religionspädagogik“.

## Naturwissenschaftliche Fakultät

Herr Prof. Dr. Peter Holtz wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Pharmakologischen Gesellschaft und der im Juni 1957 in Freiburg stattfindenden Pharmakologentagung gewählt.

Die *venia legendi* wurde erteilt an: Herrn Dr. Rudolf K. Zahn für „Physiologische Chemie und Physiologie“, Herrn Dr. Karl Luff für „Gerichtliche und soziale Medizin“, Herrn Dr. Rolf Schneider für „Anatomie“.

Herr Prof. Dr. Willy Hartner hielt Vorträge an den Universitäten London, Oxford und Cambridge.

Herr Dr. August Ried erhielt einen Lehrauftrag für „Botanik“.

Herr Dr. Bernhard Grzimek, Direktor des Zoologischen Gartens, erhielt einen Lehrauftrag für „Tiergärtnerei und Tierschutz“.

Herr Dr. Günter Rosenstock erhielt einen Lehrauftrag für „Botanik“.

## Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Herr Prof. Dr. Arnold Bergsträßer, Freiburg, wurde mit der Abhaltung einer Vorlesung aus dem Gebiet der politischen Wissenschaft beauftragt.

Herr Prof. Dr. Karl Hagenmüller erhielt einen Ruf an die Universität des Saarlandes.

Herr Prof. Dr. Karl Abraham, seitler Wirtschaftshochschule Mannheim, wurde zum ordentlichen Professor ernannt unter gleichzeitiger Ernennung zum Direktor des Wirtschaftspädagogischen Seminars.

Herr Prof. Dr. Otto Veit wurde zum ordentlichen Professor ernannt unter Berufung auf den ordentlichen Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.

Zum ordentlichen Professor (persönlicher Ordinarius) wurden ernannt:  
Herr Prof. Dr. Ernst Fraenkel und  
Herr Prof. Dr. Hans Achinger.

Der frühere Ordinarius unserer Universität Herr Botschafter Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Herr Priv. Doz. Paul Riebel erhielt einen Ruf an die Universität Köln.

Herr Prof. Dr. Ludwig Neundörfer wurde als einziges Mitglied der Bundesrepublik Deutschland in eine Studiengruppe von 5 Wissenschaftlern beim Generalsekretariat des Europarates berufen. Aufgabe dieser internationalen Studiengruppe soll es sein, der beratenden Versammlung des Europarates Unterlagen und Vorschläge zu unterbreiten über die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den wenig entwickelten Gebieten der Mitgliedstaaten des Europarates. Außerdem wurde er in die Fachkommission V für wirtschaftliche, finanzielle und soziale Probleme der Deutschen Atomkommission berufen und zum 3. Male Vor-

sitzender der Arbeitsgemeinschaft der sozialwissenschaftlichen Institute.

Herr Dipl.-Kfm. Dr. Otfried Fischer erhielt einen Lehrauftrag für „Buchhaltung und Bilanz für Juristen“.

Herr Dipl.-Volkswirt Dr. Peter J. Deneffe, Abteilungsleiter im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, erhielt einen Lehrauftrag für das Gebiet „Aktuelle Fragen der Wirtschaftsstatistik“.

## Katholische Studentengemeinde

### Gottesdienste

Sonntags, 8.30 Uhr, Akademischer Gottesdienst in der Kapelle des Studentenhauses.

Dienstags, 7.30 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.

Donnerstags, 19.15 Uhr, Abendmesse in der Kapelle des Studentenhauses.

Freitags, 7 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.

Freitags, 8.15 Uhr, Missa für Mediziner in der Rektoratskapelle des Städt. Krankenhauses, Ludwig-Rehn-Straße 7.

### Abendveranstaltungen

Montag, 27. 5., 19 bis 21 Uhr, Studentische Glaubensschule im Großen Klubraum des Studentenhauses.

Mittwoch, 29. 5., 20 Uhr, Zusammensein mit ausländischen Studenten im Kleinen Klubraum des Studentenhauses „Das deutsche Volkslied“

Freitag, 31. 5., 20 Uhr, Offener Abend des Studentenpfarrers im Großen Klubraum des Studentenhauses „Asiens neuer Weg“. P. Gypkens, Frankfurt/M.

Montag, 3. 6., 20 Uhr, Öffentlicher Vortrag in der Aula der Universität „Wo stehen die Eliten heute?“ H. Mons, Maurer, Wien (angefragt)

Mittwoch, 5. 6., 20 Uhr, Mediziner-Kreis im Kleinen Klubraum des Studentenhauses „Ärztliche Eheberatung (Fragen der Eheschließung)“

### Sonderveranstaltung

Christi Himmelfahrt, Donnerstag, den 30. 5., Gemeinschaftstag der KSG. Abfahrt nach Hohe- mark im Anschluß an den Akademischen Gottesdienst. Tausendwanderung nach Königstein. Abendessen und Tanz im Park- hotel Bender.

## Evangelische Studentengemeinde

### Gottesdienste

Jeden Sonntag, 10 Uhr, Kapelle des Studentenhauses.

### Hochschulabende

Mittwoch, 29. 5., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenhauses: Studentenpfarrer Dr. W. Böhme: „Das dämonische in der Geschichte“ (1. Mose 5 und 6)

Mittwoch, 5. 6., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenhauses: Studentenpfarrer Dr. W. Böhme: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“ (1. Mose 7 und 8)

Mittwoch, 19. 6., 19.15 Uhr, Hörsaal „H“ der Universität: Prof. Dr. Hans Rudolf Müller-Schwefe, Hamburg: „Ethik des Atomzeit- zeitalters“.

## Sonstige Veranstaltungen

Montag, 27. 5., 19.15 Uhr, Kleiner Klubraum des Studentenhauses: Offener Abend des Studentenpfarrers.

Donnerstag, 30. 5., (Himmelfahrt) Studienfahrt in die Umgebung.

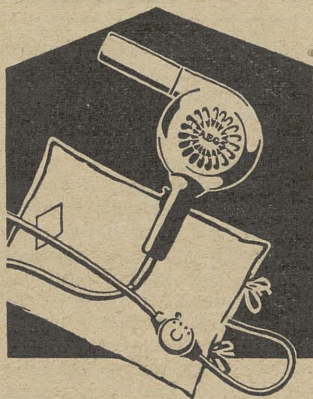
Dienstag, 4. 6., 20 Uhr, Großer Klubraum des Studentenhauses: Für Ehe- malige Abiturienten und Studenten der DDR: Diskussion über Bert Brecht. (Einführung: Prof. Dr. Kunz)

Donnerstag, 6. 6., 19.15 Uhr, Senckenberganlage 35: Medizinerkreis.

Montag, 17. 6., (Tag der deutschen Einheit): Studienfahrt mit ehemaligen Studenten der DDR.

## Selbstverwaltung

Den Bemühungen des Landesverbandes Hessen um Senkung der Sport- beiträge ist ein erster Erfolg beschieden worden. Wie Frau Ministerialrat Dr. von Bila in einem Schreiben mitteilt, besteht die Aussicht, die Kosten für den freiwilligen Sport vom Haushaltsjahr 1958 ab, auf den Landeshaushalt zu



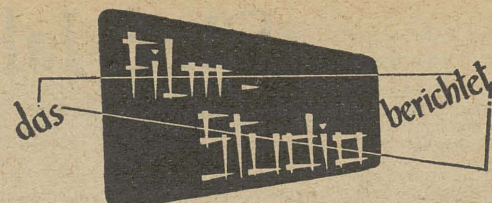
## Zwei Elektrogeräte, die in keinem Hause fehlen sollten:

der AEG-Haartrockner, der unentbehrlich zur Pflege Ihres Haares, aber genau so praktisch zum Trocknen leichter Wäschestücke ist, und das beliebte AEG-Heizkissen, mit dem Sie den Samariter unter den Elektrogeräten im Hause haben. Das sind wirklich Geschenke, die jeden Tag von neuem Freude bereiten!

AEG-Haartrockner ab 42,- DM  
AEG-Heizkissen m. drei Regelstufen u. abnehmbarem Überzug ab 19,50 DM



Erhältlich überall im Fachhandel



Mittwoch, den 29. Mai 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, den 30. Mai 18.30, 21.00 Uhr

Julius Cäsar, Joseph L. Mankiewicz, 1953

Mittwoch, den 5. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, den 6. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Gewagtes Spiel (Break the News), René Clair, 1939

Sonderveranstaltung

Mittwoch, den 12. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, den 13. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Ekstase, Gustav Machaty, 1932

Mittwoch, den 19. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, den 20. Juni 18.30, 21.00 Uhr

Die ehrbare Dirne (La p... respecteuse)

Marcel Pagliero, 1952

verlagern. Die akademischen Ausschüsse für Leibestübungen sind angewiesen worden, diese Angelegenheit in den Voranschlägen des kommenden Haushaltsjahres zu berücksichtigen.

Die Erhöhung der Sozialgebühren ist vom Ältestenrat der Studentenschaft der Universität Frankfurt aufgehoben worden, um „den Studentischen Vertretern gegenüber Rektor und Senat eine einheitliche und widerspruchsfreie Stellungnahme zu ermöglichen.“ Dies bedeutet jedoch keine endgültige Entscheidung. Das Studentenparlament wird in diesem Semester erneut darüber zu befinden haben.

Der Studentische Schnelldienst wird von diesem Sommersemester ab als eigene Kostenstelle in das Studentenwerk Frankfurt übernommen. Die Arbeitsvermittlung soll jedoch weiterhin von Studenten durchgeführt werden. Damit ist der jahrelange Streit um die Rechtsform des Schnelldienstes einer Lösung zugeführt worden. Senat, Studentenwerk und die Vertreter der Studentenschaft erklärten sich gegen die Auffassung der bisherigen Geschäftsführung des Schnelldienstes mit der Rechtsform einverstanden.

## Öffnungszeiten und Sprechstunden des AstA

Geschäftszeit: Mo bis Sa 9-12.30  
Mi 14-16.00

Die Vorsitzenden und Referenten sind für Sie zu sprechen:

Gunther Kurtz (1. Vorsitzender) Di, Do 10-11  
Klaus Scheunemann (2. Vors.) Di, Do 11-12  
Uwe Lorenzen (3. Vors.) Di 10-12  
Sozialreferent (Wilfried Fass) Mo 11-12 (Buchverb. Sch.)  
Do 16-17 (Buchverb. Sch.)

Auslandsreferat Di, Do, Fr 13-14  
nach Plan an Zi. 17

Gesamtdeutsches Referat (Herr Franke) Fr 10-12  
VW-Bus-Vermietung (Herr Gräser) Do 12-13  
Kultur- und Pressereferat (Horst Glaser) Fr 11-12  
(Außerdem nach persönlicher Verabredung)

## Der AstA bittet um Hilfe

Das Deutsche Rote Kreuz sucht etwa 60 Studenten zur Organisation und Durchführung eines Heimkehrertreffens am 15. und 16. Juni 1957 für fünf Tage. Die Studentinnen und Studenten werden zur Einrichtung einer Halle und zur aktiven Befragungsarbeit dringend gebraucht. Es ist pro Tag ein Tagegeld von 8 DM für die entstehenden Spesen festgesetzt. Bisher haben sich nur 9 Kommilitonen gemeldet, daher bittet der Allgemeine Studentenausschuß um Meldungen. Interessenten können sich im AstA (Zimmer 15) in eine Liste eintragen.

## „Loeb-Lectures“

Die nachstehenden Vorlesungen sind für Hörer aller Fakultäten sowie für die Öffentlichkeit bestimmt. Sie unterliegen nicht der Belegpflicht und sind unentgeltlich. Alle Vorlesungen finden im großen Übungsraum des Philosophischen Seminars (Raum Nr. 113/115) statt. Der Dekan: Strasburger

Prof. Dr. M. Buber (Jerusalem)

Ende Mai, Zeitpunkt und Thema werden noch durch Anschlag in der Universität bekanntgegeben

Dr. J. G. Weiss (Salford, England)

Mittwoch, 19. Juni, 14-16 Uhr Vorlesung: „Die Soziologie der Anfänge Chassidischer Mystik“

Dr. Fr. Hacker (Beverly Hills, Calif., USA)

Mittwoch, 26. Juni, 14-16 Uhr, Vorlesung: „Zur Psychologie des Vorurteils“

Dr. A. S. Dörfler (London)

Mittwoch, 3. Juli, 14-16 Uhr Vorlesung: „Die Grundprobleme des Proselytismus in der talmudischen Literatur“

Prof. Dr. G. Scholem (Jerusalem)

Freitag, 12. Juli, 16-18 Uhr

Montag, 15. Juli, 16-18 Uhr

Mittwoch, 17. Juli, 14-16 Uhr Vorlesungen:

„Kabbalah in Safed“

## Unbillig

Die Möglichkeiten einer Beeinflussung, die Studenten gegenüber den Professoren und der Universität in Händen halten, sind gering. Andererseits gibt es in umgekehrter Richtung zahlreiche Gelegenheiten, um Studenten mores zu lehren. Wir Studenten wehren uns nicht, sofern ein Grund zur Anwendung einer Maßnahme gegeben ist. Dafür meinen wir aber, daß Dinge vermieden werden sollten, die als unbillig zu bezeichnen sind. Unbillig jedoch ist es, wenn Studenten der fünften Fakultät nach neun Monaten, ja nach über einem Jahr noch nicht erfahren können, ob ihre Diplomarbeit angenommen oder zurückgewiesen ist. Selbst bei Berücksichtigung des Andranges in dieser Fakultät spricht hieraus eine Mißachtung gegenüber den Studenten, die auf der Passivseite der Professoren und auch der Assistenten zu buchen ist.

Wir erachten den Tatbestand als so erheblich, daß man in der Prüfungsordnung aufnehmen oder zumindest der Prüfungsausschuß den verbindlichen und zu veröffentlichenden Beschluß fassen sollte: Dem Studenten ist drei Monate nach Abgabe der Diplomarbeit auf Anfrage mitzuteilen, ob seine Arbeit angenommen oder nicht angenommen worden ist. Richard Landers

## Orient-Institut Frankfurt am Main

Samstag, 1. Juni 1957, 18 Uhr

spricht

Herr August Abel

über

## „Die Islam-Völker in den politischen Erschütterungen der Gegenwart“

im Hörsaal des Senckenberg-Museums

Eintritt frei für die Mitglieder der „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V.“ Interessenten, die die Vorträge des Orient-Institutes laufend zu besuchen wünschen, bitten wir, ihre Anschrift beim Büro des Instituts, Savignystraße 65, Telefon 77 41 64, aufzugeben. Sie erhalten alsdann zu allen Vorträgen Einladungen.

## Die Buchhandlung für den MEDIZINER

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaft

FRANKFURT A.M.-SUD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen, Gartenstraße 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken



# Fünf Jahre DISKUS

Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus den Ausführungen von Alexander Böhm anlässlich einer Feier zum 5-jährigen Bestehen des DISKUS. Alexander Böhm ist seit 4 Jahren einer der Herausgeber der Zeitung.

Die fünfjährige Geschichte des DISKUS ist reich an gefährlichen Krisen, die nur durch die wohlwollende Einstellung aller Beteiligten überwunden werden konnten.

Beginnen wir mit der Finanzierung unserer Zeitung. Es ist kein Geheimnis, daß der DISKUS, seit er besteht, einen erheblichen Zuschuß vom Hessischen Staat bekommt, der allein sein Erscheinen in der bekannten Form gestattet. Dieser Geldgeber könnte einen großen Einfluß ausüben, wenn er die Zahlungen von der politischen Richtung der Zeitung mehr oder weniger abhängig machen würde. Es ist sehr interessant und ich sage es hier mit größter Hochachtung, daß die sozialdemokratische Landesregierung in Hessen nie den leisesten Versuch gemacht hat, Einfluß auf die Richtung des DISKUS zu nehmen. Das ist besonders beachtlich, weil der DISKUS, der Zusammensetzung der Frankfurter Studentenschaft gemäß, nur wenige sozialistische Mitarbeiter hatte und hat. Da man heute in unverlässiger Verallgemeinerung leider oft hört, in der Politik werde alles nur nach dem Parteibuch behandelt, erscheint es angebracht, dieses erfreuliche Gegenbeispiel herauszustellen. Neben der Hessischen Landesregierung hätten Rektor und Senat der Universität Frankfurt am Main hinreichend Gelegenheit gehabt, uns das Leben schwer zu machen, denn unsere Satzung sieht vor, daß der Zuschuß der Hessischen Landesregierung einem Senatsausschuß der Universität zugeleitet wird, der ihn an uns weitergibt. Ganz so zurückhaltend wie die Hessische Landesregierung ist die Universität allerdings nicht gewesen. Es gab manche heftige Debatten mit Rektoren und Ausschußmitgliedern. Aber auch hier muß dankbar erwähnt werden, daß von dem finanziellen Druckmittel nicht Gebrauch gemacht worden ist, und immer eine Einigung über die Streitfragen bei beiderseitigen Nachgeben gefunden werden konnte. Regierung und Universität haben aber nicht nur „unsere Kreise nicht gestört“, sie haben uns darüber hinaus in vielen Fällen durch rasche und regelmäßige Übersendung des Zuschusses, durch Zuwendung von Sondermitteln und durch Zuspruch jeglicher Art sehr geholfen. Zahlreiche Professoren unserer Hochschule haben gegen geringes oder gar kein Honorar Aufsätze und Artikel zur Verfügung gestellt. Die Beamten des Kuratoriums haben uns bei der Aufstellung unserer finanziellen Jahresberichte beraten und geholfen. Ihnen allen gilt heute unser herzlicher Dank.

Weitere Unterstützung haben wir seit dem Bestehen des DISKUS von den Freunden und Förderern der Universität und darüber hinaus von den Kreisen der Wirtschaft, die uns durch regelmäßige Anzeigenaufträge erfreuen, erhalten. Spannungen, interessanterweise stärkere Spannungen als mit Rektor und Senat, ergaben sich mit unseren Helfern aus der Wirtschaft wegen einzelner politischer, ja sogar feuilletonistischer Artikel unserer Zeitung, da aber unsere Kritiker ehrliche Freunde der Studentenschaft sind, kamen wir meist zu einer Einigung.

Die Linie der Zeitung bestimmen die fünf Herausgeber, die jedes Jahr vom Studentenparlament (also der durch Wahlen der ganzen Studentenschaft in jedem Semester hervorgegangenen Studentenvertretung) gewählt werden müssen. Jedes Parlament wäre in der Lage gewesen, bedingungslose Parteigänger der jeweils vertretenen Richtung als Herausgeber in den DISKUS zu entsenden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der dadurch bedingte Redakteur- und Richtungswechsel die Zeitung ruiniert haben würde. Die Parlamente haben aber im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die ganze Studentenschaft und für die auf sie überkommene Studentenzeitung die Kontinuität des DISKUS nie durchbrochen und stets unter Belassung einiger alter Herausgeber solche Studenten in den DISKUS gewählt, die nicht radikal alles verändern wollten.

Was die Politik angeht, so hat sich der DISKUS nie zum Sprachrohr irgendeiner Gruppe machen lassen. Wir haben vielmehr Fragen, die uns — auch im Hinblick auf Studenten und Universität — besonders wichtig erschienen häufig unter Würdigung aller Gesichtspunkte abgehandelt. Wir haben es immer als unsere Aufgabe angesehen, gute Beziehungen zu unseren jüdischen Mitbürgern herzustellen und über den jungen Staat Israel zu berichten; die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen und gegen die Vorurteile zu kämpfen, die Nationalsozialismus und Antisemitismus hervorgebracht haben und die vielen unserer Landsleute bis heute im Kopf herumschwirren. Unsere Bemühungen galten und gelten der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und der Kontaktaufnahme mit den Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs, wobei wir darauf achten, den kommunistischen Behörden keinen Ansatz zu entstellender Propaganda zu geben.

Die studentischen und die Universitätsbelange nehmen bei uns naturgemäß einen breiten Raum ein. Fragen der Studienreform und der Studentenförderung sind unter Berücksichtigung ausländischer Beispiele breit abgehandelt worden. Die traditionelle

Freundschaft der Universität Frankfurt mit amerikanischen Universitäten hat durch viele Reiseberichte ihren Ausdruck gefunden, aber auch aus anderen Staaten haben wir ausführlich berichtet.

In unserem Lokalteil haben wir die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung gewürdigt und uns dafür eingesetzt, daß die Rechte der Studenten an der Mitverwaltung der Universität nicht im Wege der allgemeinen Restauration beschnitten, sondern den Grundsätzen der hessischen Verfassung erweitert werden. Unser Feuilleton hat jungen studentischen Autoren stets Platz eingeräumt und in Fachkreisen, zu denen zu zählen ich mich nicht rühmen kann, viel Anerkennung gefunden. Wir haben dafür gesorgt, daß dieser wichtige Teil der Studentenzeitung nicht zu kurz kommt. Unsere wissenschaftliche Beilage endlich hat durch die Jahre aus allen Gebieten der Wissenschaften viele lesenswerte Beiträge gebracht und dadurch hoffentlich etwas zum „studium generale“ beigetragen.

Allen denjenigen, denen ich noch nicht für ein spezielles Verdienst um den DISKUS gedankt habe, danke ich jetzt noch herzlich für das lebenswürdige Interesse, das sie an unserer Zeitung genommen haben. Sie alle aber bitte ich, uns auch in der kommenden Zeit Ihr Wohlwollen zu erhalten; wir — und unsere Nachfolger, so hoffe ich — werden das Beste tun, Sie nicht zu enttäuschen.

## Man fährt nach Polen

In einer erfreulich-sachlichen Aussprache beschloß das Frankfurter Studentenparlament in einer Sitzung am Mittwoch, 8. Mai, eine Einladung des polnischen Studentenverbandes zu einem achttägigen Besuch nach Krakau anzunehmen. Wie wir weiter in Erfahrung bringen konnten, hat sich der Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität mit dieser ersten Besuchsfahrt Frankfurter Studenten in eines der Ostblockländer einverstanden erklärt. Ziel der Reise soll zunächst gegenseitiges Kennenlernen sein. Es ist weiterhin beschlossen worden, die Krakauer Kommilitonen zu einem Gegenbesuch nach Frankfurt einzuladen. Es besteht die Möglichkeit, diese erste Fühlungsnahe später zu Kontaktstipendien in Krakau und Frankfurt auszubauen.

Das Studentenparlament war sich, wie aus den Diskussionen zu entnehmen war, über den mit der Reise verbundenen politischen Charakter, völlig im klaren. Um so gravierender und auch erfreulicher sollte dieser Beschluß bewertet und aufgenommen werden. hs.

## 5 Jahre AIESEC in Frankfurt

Kurz nach dem 2. Weltkrieg ist eine Organisation entstanden, die insgesamt, 21, außer Amerika, vorwiegend europäische Länder umfaßt und an über 100 Universitäten und Hochschulen vertreten ist. Es ist die Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales = AIESEC. An der Universität Frankfurt besteht seit März 1953 ein Lokal-Komitee. Ziel der AIESEC ist die internationale Zusammenarbeit der Wirtschaft- und Sozialwissenschaften studierenden Jugend. Sie entfaltet ihre Tätigkeit u. a. auf 4 Hauptgebieten:

1. Austausch von Praktikanten insbesondere während der Sommersemesterferien unter den Mitgliedsländern der Organisation.

Photocopies über Mikrofilm, schnell, sauber, preiswert, auch vergrößert oder verkleinert. Botendienst.



2. Veranstaltung von wirtschaftswissenschaftlichen Studienreisen ins Ausland.
3. Austausch von Informationsmaterial über die Studienmöglichkeiten in anderen Ländern.
4. Durchführung von wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Seminaren.

Im Spätsommer dieses Jahres (vom 31. August bis 8. September) findet das zweite internationale Studienseminar in Den Haag statt. Professoren und Wirtschaftsführer werden zu dem Thema „Wirtschaftliche Organisation“ sprechen.

Das Hauptaugenmerk der AIESEC gilt jedoch dem Praktikantenaustausch. Der Student der Wirtschaftswissenschaften erhält die Möglichkeit — soweit er sich in einem vorausgehenden Auswahlverfahren dafür als geeignet erweist, — während der Sommerferien in einem ausländischen Betrieb (Industrie, Bank, Handel) sein kaufmännisches Praktikum abzuleisten und erhält dabei eine Vergütung, die den Auslandsaufenthalt in etwa finanziert.

Es ist in den wenigen Jahren des Bestehens und des Aufbaues der AIESEC gelungen, diesen Praktikantenaustausch von 89 ausgetauschten Studenten im Jahre 1949 auf nahezu 1400 im Jahre 1956 zu steigern.

Als besonders schwierig erweist es sich in Frankfurt einen Praktikantenplatz für einen ausländischen Kommilitonen zu erhalten, da die Anzahl der deutschen Werkstudenten schon beträchtlich ist.

Die Hauptaufgabe der Lokalkomitees besteht in der Betreuung der ausländischen Kommilitonen und der Stellenbeschaffung. Das Ziel des Frankfurter Komitees ist es, die Anzahl der Praktikantenplätze noch wesentlich zu erhöhen, um dadurch einen größeren Teil unserer Studenten die Möglichkeit zum Praktikum

## Am Puls gefühlt

Seit vielen Jahren schon gibt es in allen Hochschulen Diskussionen um die Mitberaterung der Studenten im Senat. An einigen Universitäten haben die Kontroversen die Fronten so verhärtet, daß man kaum mehr von einer Zusammenarbeit studentischer Selbstverwaltung und Universitätsbehörden sprechen kann.

In Frankfurt hat sich der AStA in dieser Frage verständig und elastisch verhalten. Seine Forderungen beschränken sich auf ein Mitspracherecht in „studentischen Fragen“, wobei dieser Begriff auch von unseren Selbstverwaltern denkbar eng gefaßt akzeptiert wurde. Diese kluge Selbstbescheidung dürfte viel zu dem erfreulichen Verhältnis, namentlich zum Rektor beigetragen haben.

Der Verlauf der vergangenen Sitzung des Senats brachte jedoch die Studentenvertreter in eine recht schwierige Lage. Es wurde ihnen, ohne vorherige Mitteilung, ein Antrag des Studentenhauses e. V. auf Erhöhung der Sozialgebühren um 1,— DM zugunsten des Studentenhauses präsentiert. Zu allem Unglück war AStA-Vorsitzender Kurtz nicht anwesend. So wurde auch die Gelegenheit verpaßt, offiziell eine Vertagung dieses Punktes zu beantragen.

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß diese geplante Beitragserhöhung ein „studentisches Anliegen“ ist, denn schließlich sollen die Studenten ja bezahlen. Wir vermögen über die sachliche Berechtigung dieser Erhöhung nichts auszusagen. Warum aber läßt man den Studenten nicht Zeit, die Lage in ihren Gremien zu beraten? Warum die fiebrhafte Eile des Studentenhaus e. V., da doch dessen unglückliche finanzielle Situation schon seit langem kein Geheimnis mehr ist.

So können sich die Studenten nicht des sicher unberechtigten Verdachts erwehren, überfahren worden zu sein. So bleibt ihnen noch die Möglichkeit des Protests, wo ein vorbereitendes, klärendes Gespräch sowohl zweckmäßiger als auch dem guten Einvernehmen dienlicher gewesen wäre.

Der Senat sollte sich doch einmal dazu entschließen, den studentischen Mitgliedern des akademischen Senats eine Tagesordnung, die alle zu behandelnden Punkte der Sitzungen enthält, zustellen. Jedenfalls erscheint die gegenwärtige Praxis der Einladung durch die Übersendung einer Rumpftagesordnung aus geschmacklichen und anderen Gründen nicht erstrebenswert. Wir glauben, daß es sich hier im wesentlichen um eine Geste handeln würde, die aber geeignet wäre, das Vertrauen und das Selbstbewußtsein der Studenten zu stärken und die bisher zu Recht beanstandeten, Zweigleisigkeiten künftig mehr und mehr zu vermeiden. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft! hs.

im Ausland zu verschaffen. Für diesen Sommer ist mit Stellen in Holland, Dänemark, Schweden, Frankreich und Jugoslawien zu rechnen. Paul Krondorfer

## Nur für Studentinnen!

Haben Sie schon einmal im Studentenhaus die gemütlichen Räume gesehen, wo Sie ausruhen und zwischen der Arbeit entspannen können? Ihre Einrichtung wurde vom Deutschen Akademikerinnenbund gestiftet, der nach dem Krieg in Frankfurt in Anwesenheit von Frau Agnes von Zahn-Harnack wieder neu ins Leben gerufen wurde. Kennen Sie diesen Akademikerinnenbund und warum könnte er Ihnen schon während Ihres Studiums von Nutzen sein? Sie lernen dort nicht nur Frauen aller akademischen Berufe und jeden Alters kennen, sondern können sich vor allem auch über die Berufsaussichten und praktischen Erfahrungen der Juristin, der Ärztin, der Lehrerin, Volkswirtin, Vikarin oder Architektin in Vorträgen oder in zwanglosem Gespräch bei den monatlichen Zusammenkünften informieren. Gerade der Gedankenaustausch, besonders auch in den Fragen und Aufgaben des öffentlichen Lebens, ist ja für die moderne Frau besonders wichtig, und die älteren, schon im Beruf stehenden Akademikerinnen legen auf die Mitarbeit der jüngeren Kolleginnen ebensowohl viel Wert wie Sie vielleicht für einen Rat oder eine Anregung dankbar sind.

Die Mitglieder des Akademikerinnenbundes würden sich freuen, Sie als Gäste oder, wenn Sie mehr als drei Semester studiert haben, als außerordentliche Mitglieder zu begrüßen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe des Frankfurter Akademikerinnenklubs ist Frau Erika Simon, Theodor-Sturm-Straße 2.

Wie in den Hochschulnachrichten dieser Ausgabe zu lesen, hat Prof. Hagenmüller einen Ruf an die Universität Saarbrücken erhalten. Prof. Hagenmüller, seit Jahren Vertrauensdozent der Frankfurter Studentenschaft hat sich auch als Vorstandsmitglied anderer die Studenten interessierender Vereinigungen (Studentenwerk und Studentenhaus) für das Wohl der Studierenden eingesetzt. Die Studentenschaft hofft, daß der junge und allgemein beliebte Dozent die Universität Frankfurt nicht verlassen wird.

## Universitätsbuchhandlung

### BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 (Am Goetheplatz)

Telefon: 23633 u. 25264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch - Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. — Angebote unverbindlich!

## Luise Pollinger

PAPIER · BUROBEDARF · DRUCKSACHEN  
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

## KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke  
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 77 55 89

Ebert-Küchenhoff-Meiß

## DAS

### AMTSGERICHTLICHE DEZERNAT

begründet von Dr. EUGEN EBERT

15. Auflage

Beispiele und Verfügungsentwürfe für die gesamte amtsrichterliche Praxis unter Anführung der einschlägigen gesetzl. Bestimmungen und Ministerialerlasse Das Werk erscheint in 8 Lieferungen zu je 10 Bogen zum Preise von 12,— DM je Lieferung. Das Werk kann nur als Gesamtwerk abgegeben werden.

Grundbuchwesen — Testaments- und Nachlaß-Sachen — Öffentliche Register — Rechtsstreit und Vollstreckung in das bewegliche Vermögen — Vollstreckungsschutz, Konkursverfahren, Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses — Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen — Das Strafverfahren — Familien- und Vormundschaftsrecht, Verschollenheitsrecht — Das Arbeitsgerichtsverfahren — Landwirtschaftsrecht.

VERLAG DR. GÜNTER ZÜHLSDORF  
FRANKFURT A. M., OEDERWEG 39 A



# Kaugummi

Die europäische Wirtschaft ist auf Kohle und Eisen aufgebaut. Die amerikanische scheint dem überraschten Besucher auf Kaugummi und Lippenstift zu basieren. Denn wenn man den ungeheuren Verbrauch Amerikas gerade an diesen beiden Artikeln beobachtet, so kann man leicht zu der Überzeugung gelangen, daß die enorme Prosperität des Landes einzig aus der Produktion beider herrühre.

Kaugummi ist nicht mehr bloßes Vergnügen allein in den USA. Er hat seinen festen Platz im Wirtschaftsleben, in der soziologischen Gestaltung und in der Gesellschaft eingenommen. Amerika wäre undenkbar ohne ihn, wie es undenkbar ohne seine Autos wäre. So unterschiedlich die verschiedenen Teile des Landes sein mögen — das Kaugummikauen vereint sie. Der Kaugummi klebt die 48 Unionstaaten heute fest zusammen, von denen vor noch nicht hundert Jahren elf einmal ihren eigenen Weg gehen wollten.

Dabei spielt der zu kauende Kaugummi eine wesentlich unwichtigere Rolle als der gekaute. Der erstere liegt in hübsche bunte Kartönchen verpackt auf den Regalen der Selbstbedienungsgeschäfte — der letztere aber ist überall gegenwärtig. Er beherrscht Amerika.

Am Tage meiner Ankunft in New York ging ich in ein Restaurant, um zu Mittag zu essen. Dabei fuhr ich unwillkürlich mit der Hand an der unteren Seite der Tischplatte entlang. Sie fühlte sich eigenartig rau und ungleichmäßig an. Das begann mich zu interessieren, und in einem unbeobachteten Augenblick beugte ich mich von meinem Sitz herab und nahm das Problem in Augenschein. Was ich sah, erstaunte mich nicht wenig. Die Tischplatte war dicht an dicht beklebt mit inzwischen erhärteten Kaugummis, die dort zu hunderten abgelagerten wie bei uns die Stalachte in den Tropfsteinhöhlen.

Wenn ich von da ab in Amerika in ein Restaurant ging, war mein erster Griff stets unter die Tischplatte, um mich zu überzeugen, daß man überall in gleicher Weise verfährt. Ich machte dieselbe Feststellung im ganzen Land, in New York und in Californien, in Florida wie in Minnesota.

Nicht nur in den Restaurants, auch an den Sitzen der Kinos findet man dieses Phänomen des amerikanischen Lebens. Und als ich an mein mittelwestliches Gastcollege kam, an dem ich zwei Semester studieren sollte, stellte ich fest, daß man dort auch die Bänke mit Kaugummis beklebt hatte.

Kurz vor meiner Abreise aus den Staaten erzählte ich einem befreundeten amerikanischen Journalisten von dieser Entdeckung und fragte ihn, ob dem nicht abzuhelpen sei. Er erschrak sichtlich bei diesem Gedanken und rief: „Um Gottes willen, lassen Sie sie bloß dran. Das gesamte Mobiliar unserer Restaurants, Kinos, Theater und Colleges würde auseinanderfallen. Es wird ja lediglich durch die Kaugummis zusammengehalten.“

Diese Geschichte mag dem neuankommenden Europäer zuerst etwas unappetitlich erscheinen. Sie ist jedoch nur ein Beispiel für die gleiche Nonchalance, die Amerika so liebenswert macht.

Der Amerikaner lebt ein einzigartiges Leben der Offenheit. Er ist in erster Linie Mitmensch, und erst in zweiter Privatmensch, und er nimmt keinen Anstoß daran, wenn sich sein Nachbar auf alle möglichen Weisen mehr oder weniger aufdringlich bemerkbar macht. So wäre ein amerikanisches Restaurant undenkbar ohne „Nickelodeon“, eine riesige, in schillernden Farben verzierte Musiktruhe, in die man ein 5 cent Stück hineinwirft, sich auf einer langen Liste seinen Lieblingsschlager aussucht, einen entsprechenden Knopf drückt und sich die Platte vorspielen läßt. Diese Nickelodeons spielen nun keineswegs leise, sie schreien durch den ganzen Raum. Weil irgend jemand eine bestimmte Platte hören will, müssen alle übrigen Gäste mithören. Für 5 cent kann man ein ganzes Restaurant voller Leute ärgern.

Aber es ärgert sich ja keiner. In Europa würde man auf das Recht des Individuums pochen — in Amerika stört man

sich nicht an dem Lärm seines Mitmenschen. Wer den Schlagger gerne hört, lauscht hin und freut sich, daß er 5 cent gespart hat, wer ihn nicht leiden kann, hört weg. Es gibt demnach keine Aufdringlichkeit in unserem Sinne. Das ist eines der bezeichnendsten Merkmale dieses großen Landes, und es fällt manchem neuankommenden Europäer schwer, sich daran zu gewöhnen.

Ich war auch überrascht, als ich meine ersten Unterrichtsstunden im college absolvierte und dabei feststellte, daß stets bei offener Tür unterrichtet wurde. Jeder, der auf dem Gang vorbeiging, äugte interessiert in die Klasse, und die Worte des Professors vermischten sich draußen mit denen des Lehrers im nächsten Klassenzimmer, der seine Tür ebenfalls nicht schloß. Aber warum, so sagt man sich in Amerika, soll man eine Tür schließen, wenn man doch nur einen ganz harmlosen Unterricht dahinter betreibt. Ablenken läßt man sich nicht, und im übrigen soll nur jeder sehen, was vor sich geht.

Es gibt praktisch keine Frau in Amerika, die ohne make-up ihr Haus verläßt. Es gehört einfach dazu, und eine ungeschminkte Amerikanerin in der Öffentlichkeit würde sich etwa fühlen wie eine deutsche Frau im Unterrock.

Besonders die amerikanischen Studentinnen verstehen dies bis zur Perfektion zu betreiben. Zu den Vorlesungen kommen sie so salopp angezogen wie nur möglich: in blauen Leinenhosen, lose hängenden sweaters, weißen Söckchen und flachhackigen, ausgetretenen Sportschuhen — aber undenkbar ohne make-up.

Amerika ist ein liebenswertes Land, und es ist ein unglaublich junges Land. Seine Kosmetik und sein Kaugummi sind vielleicht ein Attribut dieser Jugend, wie die vollgestopften Hosentaschen dasjenige eines Zwölfjährigen. Ihr Riesenumsatz hält außerdem die Wirtschaft in Gang, und wer sollte darum ihren Gebrauch übel nehmen?

Peter Gerisch

## Je nachdem

Karlchens Frau Mama ist eine nette Dame. Deshalb schickt sie ihm auch hin und wieder ein Paket mit diesem und jenem.

Nun ist es hierorts üblich, die Pakete nur auf Wunsch zuzustellen, so daß der glückliche Empfänger zunächst eine Benachrichtigungskarte erhält des Inhalts, daß für ihn am soundsovielten von daundda ein Paket angekommen sei, das er in der Zeit von 8—19 Uhr im Postamt Piefkestraße abholen möge.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man setzt sich an's Telefon und ruft die Paketausgabe an, sie soll das Paketchen herbringen oder man benutzt das dafür aufzuwendende Geld für eine Straßenbahnfahrt zum angegebenen Postamt. (Die Linie hat man natürlich nicht auf der Monatskarte.) Fährt man zum Postamt, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man bekommt das Paket oder man bekommt es nicht.

Fall 2. Der Beamte: „Personalausweis bitte!“ Karlchen zückt seinen Studentenausweis. Der Beamte: studiert die zahlreichen Stempel, betrachtet das Bild, Karlchen, die Stempel . . . und nun gibt es, wie gesagt, zwei Möglichkeiten: Entweder er sagt: „Schön!“ oder, und das passierte Karlchen in seinen zwei Jahren studentischen Daseins zum erstenmal in der vorigen Woche . . . oder er sagt: „Nee, eine Bescheinigung von der Schule ist kein Ausweis!“

Nachdem Karlchen tief Luft geholt hatte, erzählte er dem Beamten, daß eine Universität eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, und er wies darauf hin, daß „Bild und Unterschrift beglaubigt“ worden sind, wie es auf dem Ausweis steht. Auch als Karlchen ihm erzählte, daß er bisweilen sogar größere Summen Geldes (erst kürzlich waren es

DM 150,—) von der Post mit diesem Ausweis abhole, ließ sich der Beamte nicht von seinem abweisenden Kopfschütteln abbringen. „Dann haben Sie eben bisher Glück gehabt“, war alles, was sich noch aus ihm herausbringen ließ. Seine Entrüstung begründete sich vor allem auf das Nichtvorhandensein eines Personalausweises. Aber wozu soll man sich auch einen Personalausweis zulegen, man braucht ihn ja doch nie. Schließlich hat man seinen Studentenausweis und für den Ernstfall den Reisepaß in der Schublade, der nach Postverwaltungsauskunft „auch als Personalausweis gilt“, im übrigen müsse ein Ausweis eine Personenbeschreibung enthalten. Studentenausweise enthalten eine solche zum Glück noch nicht.

Karlchen mußte sich geschlagen geben. So ging er denn still nach Haus, setzte sich vor der Wirtin Telefon und rief das eben zornig verlassene Postamt an. Man solle schleunigst das Paket Nr. 387 an folgende Anschrift senden, befahl er, und die Post, freundlich und kundendienstbereit, sicherte ihm die morgige Zustellung zu.

Anderen Tags stieg Karlchen von der Vorlesung kommend die Treppen zu Frau Wirtins Wohnung empor und stieß oben auf den Paketbriefträger, der Herrn Karl suchte. Karlchen sagte, das sei er, worauf der Briefträger ihm das Paket in die Hand drückte und die Zustellgebühr verlangte. Karlchen, ob des Briefträgers Vertrauenseligkeit baß erstaunt, fragte, was er denn sonst mit dem Paket gemacht hätte und im übrigen wisse er ja nicht, ob er wirklich Herr Karl sei. Doch der Briefträger beruhigte ihn, er habe einen Blick für so etwas und sonst hätte er das Paket eben nebenan abgegeben. Was sollte er denn sonst damit machen, schließlich muß er doch seine Zustellgebühr bekommen. Das sah Karlchen ein.

Horst Göbel

## Kurzschlüsse

Die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Erhebungen und Meinungsumfragen bieten die Möglichkeit zu vielfältigen Mißverständnissen. Auch mit statistischen Zahlen und Korrelationen läßt sich nicht alles eindeutig belegen. Gefährlich, beliebt und verbreitet ist zudem die Gewohnheit, aus solchen Daten das je Gewünschte herauszulesen, zumal dann, wenn es sich bei dem Gegenstand der Untersuchung um ein „heißes Eisen“ handelt.

So wurde bei der Erhebung eines Bielefelder Instituts über die Mentalität der westdeutschen Jugend zwischen 15 und 24 auf die Frage „Welche Persönlichkeit aus unserer deutschen Vergangenheit bewundern Sie am meisten?“ weit aus am häufigsten Fürst Bismarck, der eiserne Kanzler, genannt. In großem Abstand folgen Friedrich der Große, Hitler, Rommel, Hindenburg, Karl der Große und schließlich Goethe und Luther. Wie es scheint, ein Hohn auf alle Um-erziehung und Staatsbürgerpädagogik; kein Wunder also,



wenn viele Zeitungen im In- und Ausland dazu bemerkten, die deutsche Jugend begeistere sich offenbar nach wie vor für die Politik mit Blut und Eisen.

Abgesehen davon, daß sich diese Feststellung durch andere Ergebnisse derselben Untersuchung bezweifeln läßt, wäre zu fragen, woher die deutsche Jugend diese ihre Weisheit und Begeisterung für die „starken Männer“ in der Politik bezieht. Schließlich kann ihr Urteil nicht von ungefähr kommen, wenigstens nicht dann, wenn es, wie bei Bismarck oder Karl dem Großen, nicht mehr aus eigener Anschauung gespeist werden kann. Die Jugend hat geantwortet, wie sie es gelernt hat: im Elternhaus, aus Büchern und nicht zuletzt von Geschichtslehrern und Professoren. Nachgeplapperte Weisheit als Meinung der Jugend auszugeben, scheint uns ein Ablenkungsmanöver zu sein.

C. Ch. Kaiser

## GLUTAMINSÄURE-GRANULAT · HOMBURG ·

Originalpackung zu 100 g

Indiziert bei:

nervösen Erschöpfungszuständen, allgemeinen Ermüdungserscheinungen, Vorbereitung auf Examina,  
vor anstrengenden Konferenzen

Erhältlich in allen Apotheken



Chemiewerk HOMBURG Aktiengesellschaft  
Frankfurt/Main

## GLUTAMETTEN · HOMBURG ·

Originalpackung zu 100 Dragées





# Auf dem Wege zur Kunst

Ein Bildbericht vom Städel'schen Kunstinstitut für bildende Künste

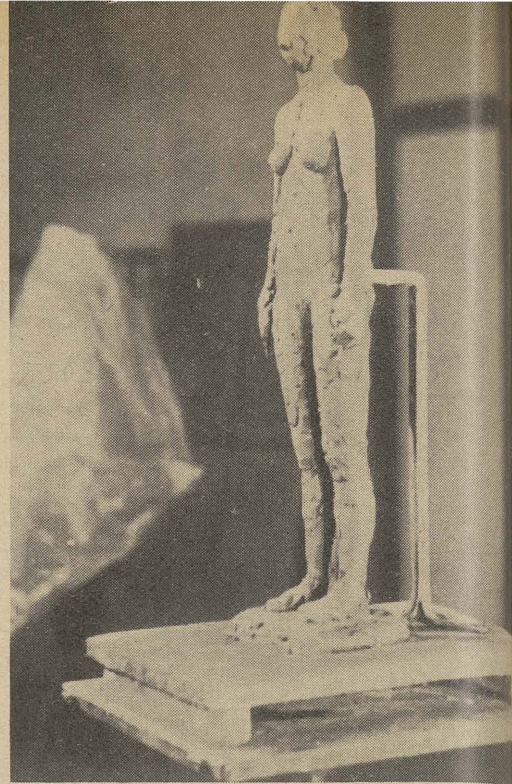
Seit 1817 besteht in Frankfurt die von Johann Friedrich Städel gestiftete Kunstschule. Gegenwärtig bemühen sich dort 50 Studenten in drei Malklassen und einer Bildhauerklasse um die bildenden Künste. Fortgeschrittenen Schülern stehen eigene Ateliers zur Verfügung.



Arbeit an einer Plastik



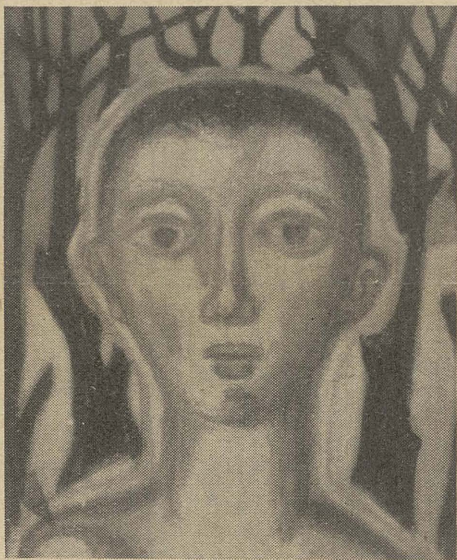
Der Stifter



Der Werkstoff der angehenden Bildhauer ist der Ton, ein Material, das leicht zu bearbeiten ist und auch Verbesserungen erlaubt. Erst wenn die Hand sicherer geworden ist, beginnt die Arbeit mit Holz oder Stein. — Da Ton sehr weich ist, wird er „über ein Gerüst gearbeitet“. Ein Teil davon ist hinter der Figur sichtbar.



hier wird auf den gemauerten Grund des Bildes die Zeichnung mit Kaseinfarben in dünnen Lasuren aufgetragen.



Diese Arbeit eines fortgeschrittenen Schülers zeigt, daß man nicht nur die Entwicklung des Formalen betreibt, sondern auch neue Materialien erforscht. Der Grund dieses Bildes ist aus mit Ölfarbe vermishtem Mörtel gemauert.



Die abstrakten Elemente eines Bildes werden zuerst geschaffen. Die Abbildung zeigt dieses Stadium. Im Laufe der weiteren Entwicklung treten dann die abbildenden Elemente in Erscheinung.

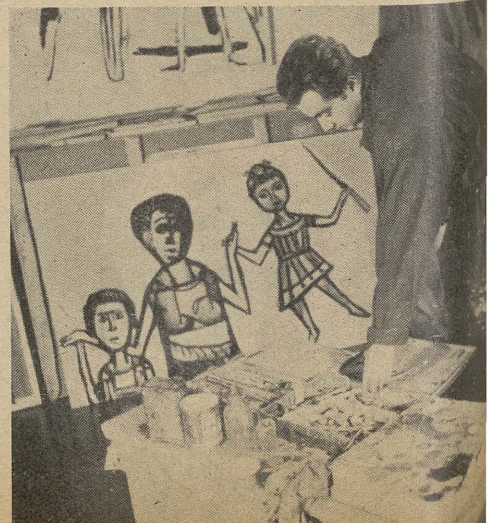


Der Bleiguß (Bild rechts) ist 23 cm hoch. Er wurde von einem Städel-Schüler höheren Semesters nach einem Tonmodell gefertigt.

Diese Entwürfe für Glasfenster (unten) zeigen besonders deutlich verschiedene Entwicklungsstufen. Die Arbeit eines Anfängers (Mitte) ist noch völlig naiv und formal unbedeutend gestaltet. Links der Entwurf eines Fortgeschrittenen. Er lehnt sich noch stark an historische Vorbilder an, da er wohl das Handwerkliche beherrscht, einen eigenen Stil aber noch nicht gefunden hat. Das Werk rechts ist noch nicht vollkommen. Es zeigt aber, daß das rein Akademische zurücktritt und sich eine persönliche Gestaltung abzeichnet. Sämtliche Entwürfe sind auf Papier gezeichnet, da die technischen Voraussetzungen einer Glasverarbeitung noch nicht geschaffen sind.



Aufnahmen: Günter Schölzel



Werkzeug eines Städel-Schülers. Die Farben werden nicht auf einer Palette, sondern auf einem Mischstein zubereitet. Die Kästen enthalten Öl- und Temperafarben.